Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 36 Jahrgang 4 September '87

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Himmel auf Erden?

Irgendwo zwischen dem Bonner (Bundes-)Hochhaus „Tulpenfeld" und der Selbstverwaltung traf sich CONTRASTE mit dem Bundesvorstand der Grünen auf der Suche nach der „grünen Kultur". Welche andere Kultur dann eine grün-nahe Stiftung fördern kann und wie Basisdemokratie „zu Ende gedacht", dann aber auch gemacht werden soll...

CONTRASTE fragte Regina Michalik und Rolf Grösch vom Bundesvorstand der Grünen. Dieses und einiges mehr zu den verschiedenen Stiftungsmodellen in unserem Schwerpunkt auf den Seiten 10 bis 13

Diskussion um eine grün-nahe Stiftung

Foto: CONTRASTE

Der Lockruf des Geldes

Red. Berlin „Die neuen Helfer". Unter diesem Titel erschien in Buchform eine im Auftrag des Berliner Senats erstellte Studie des Sozialwissenschaftlers Josef Huber, die sich mit der Berliner Praxis der staatlichen Förderung von Selbsthilfegruppen und -projekten beschäftigt. Inzwischen gibt es eine erste Bestandsaufnahme und Bewertung aus der Sicht der Projekte in unserem Beitrag von Lutz Wende auf Seite 7.

In der Oktober-Ausgabe folgt eine politische Bewertung des „Berliner Modells" durch Claudia von Braunmühl.

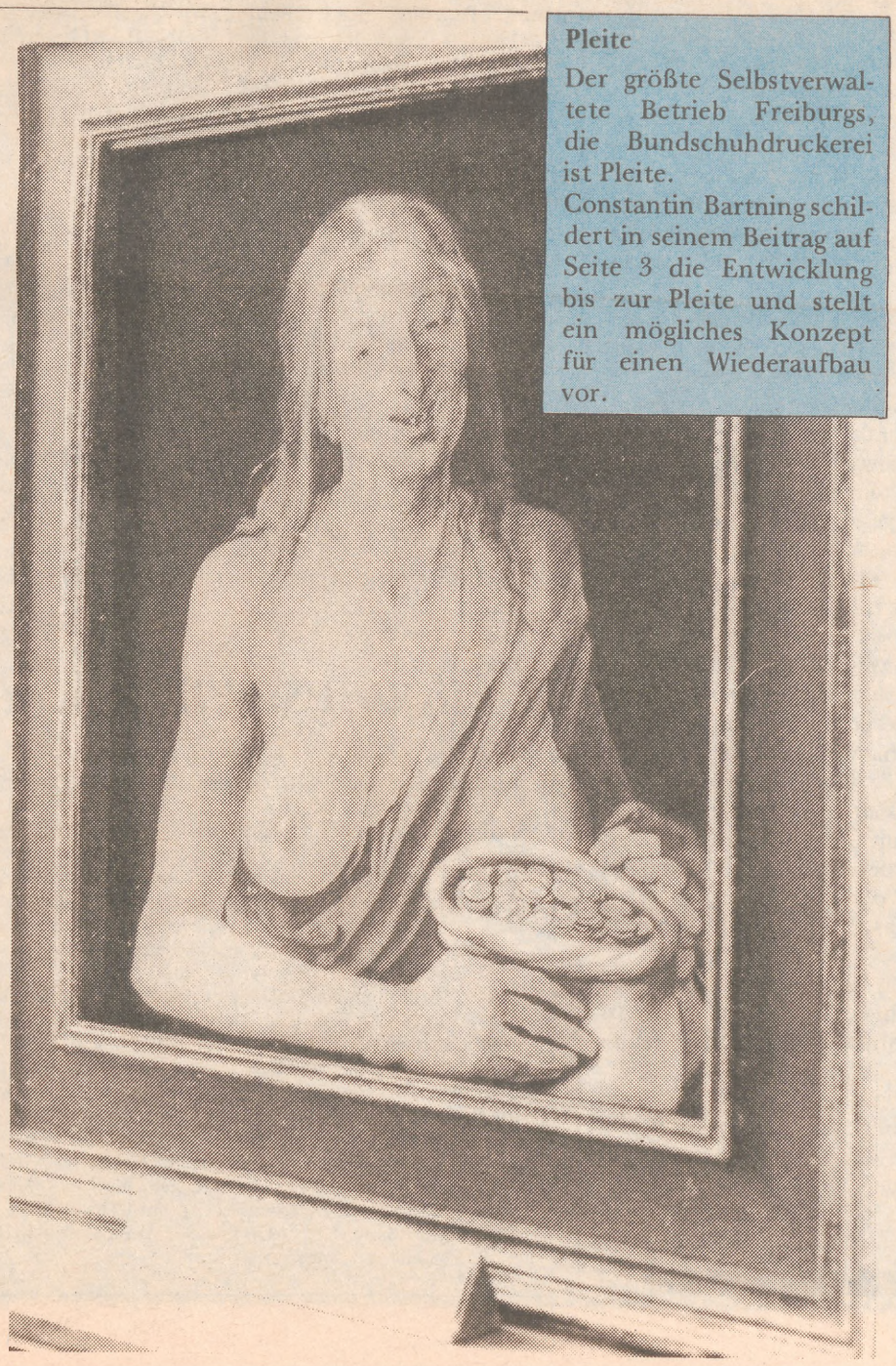
Bildung

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung / Die weiteren Aktivitäten des Vereines Selbstverwalteter Grafischer Betriebe

Bildung für SelbstverwalterInnen ist angesagt. Eine ganze Reihe von Initiativen hat sich zum Ziel gesetzt, berufliche, soziale und politische Lernprozesse in Selbstverwalteten Betrieben und Projekten zu unterstützen. Über zwei Neugründungen berichten wir in dieser Ausgabe.

Auf Seite 9 stellt Constantin Bartning die weiteren Aktivitäten des „Vereins Selbstverwalteter Grafischer Betriebe" dar und auf Seite 4 stellt Fritz Warthenpfuhl das gerade gegründete „Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung" vor.

Ein CONTRASTE-Schwerpunkt zum Thema ist in Planung (siehe Seite 3)



Pleite

Der größte Selbstverwaltete Betrieb Freiburgs, die Bundschuhdruckerei ist Pleite.

Constantin Bartning schildert in seinem Beitrag auf Seite 3 die Entwicklung bis zur Pleite und stellt ein mögliches Konzept für einen Wiederaufbau vor.

Der Dreiklang der Freiheit

Anmerkungen von Joachim Schmidt zum geplanten AGP-Kongress in Hamburg **Seite 3**

Gemeinnützige Lokalradios in Hamburg

Radio zwischen Basisorientierung und Kommerz. Ein Beitrag von Dieter Schippers **auf Seite 5**

Ökologisches Marketing

nicht nur für ökologische Nahrung. Ein Beitrag von Bernhard Scholer.
Die Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen traditionellen Konsumgenossenschaften und Naturkostinitiativen geht weiter. Unter dem Titel **Eile tut Not** antwortet Hans Stapelfeldt (Revisionsverband Konsumgenosssenschaften) auf einen Beitrag von Michael Wöhrle (CONTRASTE Juli/August) und versucht, weitere Diskussionspunkte aus der Sicht des traditionellen Verbandes einzubringen. **Seite 6**

Produktivgenossenschaften

Woran liegt es, daß die Produktivgenossenschaften – definiert im Genossenschaftsgesetz als „Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkauf derselben auf gemeinschaftliche Rechnung" – im deutschen Rechtsformangebot praktisch keine Rolle spielen? Armin Höland stellt im 1. Teil unserer Genossenschaftsserie Überlegungen zu dieser Rechtsform an **Seite 14**

Vorankündigung:

Alternative Projekte und zweiter Arbeitsmarkt

Dieses Thema betrifft fast alle und ist trotzdem beinahe ein Tabu.
Innerhalb des 2. Arbeitsmarktes mit ABM-Stellen (seltener BSHG-Stellen) wird ein immer größerer Teil der Projekteszene gefördert.
Inzwischen haben Beschäftigungskonzepte, die sich am 2. Arbeitsmarkt orientieren früheren Forderungen nach staatlicher Förderung von Projekten in der politischen Öffentlichkeit den Rang abgelaufen.
Das Schwwerpunkthema in CONTRASTE im Oktober beschreibt die innere Logik der bekannten Modelle eines 2. Arbeitsmarktes, bringt eine Zusammenstellung bundesweiter Erfahrungen von Projekten mit ABM-Förderung und dokumentiert erste Vernetzungsversuche von Betroffenen, die eigene Zielvorstellungen entgegensetzen wollen.

DER KOMMENTAR:

Zur Grünen Stiftungsdebatte

Wer träumt noch von dem Himmel auf Erden?

Von Kurt Regenauer, Nürnberg *(s. gebenst. Foto)*

Da wird es sie also höchstwahrscheinlich geben, die grünnahe Stiftung, wenn nämlich der Oldenburger Parteitag der Grünen am 19. September darüber befindet. Denn die Weichen stehen auf Stiftung, das hat zuletzt der Workshop gezeigt, auf dem der Ratschlag mit „den Bewegungen" gesucht wurde. Peinlich nur, daß die „Stärkste der Bewegungen", nämlich die der Grünen selber im Parlament, bis auf einen Abgeordneten durch Abwesenheit glänzte. Dabei haben doch sicher einige Abgeordnete mit daran gedreht, daß die Stiftungsdiskussion zur Entscheidung drängt.

Dennoch hatte dieser Workshop nicht den befürchteten Legitimationscharakter. Die dorthin bewegten Menschen trafen vielmehr eine Grüne Partei, die zu Stiftungsfragen selber im Meinungschaos zu versinken droht. Und gleich vier Stiftungsmodelle, die sich unvermindert gegenseitig ausschließen und dennoch authentisch die „andere Kultur" für sich reklamieren können, vermindern den Entscheidungsnotstand nicht gerade, der dem Parteitag droht.

Ob nun von der einen Hälfte des Himmels, den Frauen, gleich über den ganzen „Himmel auf Erden" verfügt werden soll oder das andere politische Profil, das sich alle herbeiwünschen, gar selber himmlisch wird, weil es vom Olymp der geistigen Höhe vieler anerkennenswerter und geschätzter Persönlichkeiten kommt, für die die Böll-Initiative eine Lanze bricht – ob dieses Profil nun der Kultur des Widerstands entspricht oder auf die Vielfalt projektbezogenen Widerstandes, auf eine alternative Kultur setzen mag ..., es ist auf jeden Fall an der Zeit, von dem Himmel auf Erden auf den Teppich der Realität zu kommen. Selbst wenn dazu auch noch Bewegungen politisch zu bewegen sind.

Es wird nämlich bestimmt gar nicht so leicht, die Bundes- und Ländermittel auch tatsächlich abzurufen, solange wir nur von einem „anderen Profil" träumen. Da hebt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag schon jetzt warnend den Zeigefinger. Aufgeschlossenere und „ganzheitliche" Bildungsbegriffe haben zwar viel mit „politischer Willensbildung" zu tun, aber die obliegt nach gängigem Verständnis eben mal den Parteien und traditionellen Verbänden. Es ist daher immer noch einfacher, eine Stiftung als Geldwaschanlage für eine Partei zu bilden, als tatsächlich Bildung von unten zu ermöglichen. Auf jeden Fall können die Gelder nicht einfach verhönkelt werden.

Und „Wackersdorf ist zwar überall", aber die Oberpfalz z.B. ist auch die Schnittstelle der vielfältigsten ökologischen und sozialen Probleme. Projekte und Initiativen vor Ort müssen daher auch den vielfältigsten Widerstand leisten – da ist es natürlich besonders schwer, ein griffigeres Profil zu finden als einen „Regenbogen", wie ihn sich die Bayernstiftung ans Mäntelchen heften will, um der Einheit der Vielfalt entsprechen zu können. Tatsächlich transparent können Förderentscheidungen in diesem Bereich am ehesten vor Ort werden und nicht am grünen Tisch in Bonn.

Paradox mutet da der von Lukas Beckmann und Michael Vesper vorgebrachte Einwand an, man wolle nicht zig Länderbürokratien schaffen, die sich dann mit den Grünen verfilzen. Einmal impliziert dieses Argument, es solle eben doch eine Bürokratie geben, halt die in Bonn. Zum anderen haben gewachsene formelle und informelle Zusammenschlüsse zumindest in Bayern durchaus Übung darin, sich auch **gegen** Grüne durchzusetzen, etwa wenn die aus wahlpolitischen Gründen eine WAA-Demo kurzerhand abblasen wollen. Bürokratien lassen sich aber immer nur „von unten" verhindern.

Die Verfügungsgewalt mögen die BundesstifterInnen daher ruhig fordern für ihr jeweiliges Modell und mit der geballten Macht ihres politischen Profils. Aber sie sollten aufhören, sich gegenseitig die politische Existenzberechtigung abzusprechen und fähig werden, über den Tellerrand der „eigenen Bewegung" zu schauen. Wo in dem einen Bereich nur Bundesstrukturen Aktionsfähigkeit herstellen können, machen in anderen Bereichen eben auch Landesstrukturen Sinn. Wo Prominente sich einbringen wollen, sollen sie es tun. Wo Frauen anstiften wollen, verfügt frau halt über den Zaster. Das schließt sich doch alles nicht zwingend aus.

Sonst schließt uns der Staat kraft seiner real existierenden Verfügungsgewalt über die Stiftungsmittel seinerseits aus, ehe die verschiedenen Stiftungsträume ausgeträumt sind.

Als leidenschaftlicher „Reise-Guru" gehe ich dann doch lieber surfen und träum von der Südsee ... mit dem uncoolen Gefühl im Bauch, daß linke Makker ja doch nur zu linken Schnullis werden, nicht aber zu gescheiten „Feministen", wenn sie sich politisch entmündigen lassen.

Neue Redaktionen

Regionalredaktion in Hamburg

Seit gut einem Monat gibt es nun erstmals auch in Hamburg eine Regionalredaktion. Nachdem sich hier nicht nur eine Unmenge von Betrieben und Projekten, sondern auch die verschiedensten Verbände gegründet haben, ist dies nur ein konsequenter Schritt gewesen. Besonders dringlich ist die Gründung vor allem deshalb geworden, weil es nach dem Ausstieg der Bremer Redaktion für die Nordlichter seit einiger Zeit keine kontinuierliche CONTRASTE-Adresse mehr gab.

Und nun gibt es in Hamburg gleich zwei CONTRASTE-Redaktionen: Die nationale Kulturredaktion (siehe auch Vorstellung auf dieser Seite) und die regionale Redaktion für Hamburg und dessen weitere Umgebung. Die Regionalredaktion möchte Ansprechstelle sein für Informationen, Ideen und Artikel, in erster Linie natürlich mit Themen, die für CONTRASTE-Leser von Interesse sind. Dies gilt nicht nur für Gedanken, aus denen Artikel werden können, sondern vor allem auch für Kurzmeldungen und Termine, die in den Zusammenhang von CONTRASTE passen.

Daneben streben wir an, die BUNTEN SEITEN als „Nachfolger" des völlig veralteten Hamburger Stattführers (Stand:1981 (!)) zu nutzen. Die BUNTEN SEITEN haben nicht nur den Vorteil, daß sie jedes halbe Jahr neu erscheinen, und damit der schnellen Überalterung eines gebundenen Stattführers geschützt sind, sondern sie sind als Beilage von CONTRASTE billig und weit verbreitet.

Wir möchten uns aber nicht nur darauf beschränken, Koordinationsstelle für das Erstellen der Zeitung zu sein, sondern wollen als Redaktion an Diskussionsprozessen teilnehmen und sie möglichst anregen. Das gilt nicht nur für solche Themen wie Lawaetz-Stiftung oder das Hamburger Bankgeschehen, sondern auch z.B. für die Kooperation von Betrieben („BiS") und Projekten.

Kurt Regenauer (2. v. r.) *Foto Horst Tippelt*

Kulturredaktion

Wer wir sind:
Wir, Barbara Brüggmann und Klaus Nagel, sind Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Stadtteilkultur e.V. in Hamburg. Die AG Stadtteilkultur ist Dachverband und Interesssensvertretung von derzeit 121 Hamburger Stadtteilzentren, Initiativen, Zeitungen, Kultur- und Mediengruppen, Theatergruppen und Einzelpersonen.

Was wir wollen:
Wir wollen mit Hilfe von CONTRASTE bundesweit die Diskussion zwischen den sozio-kulturellen Zentren beleben. Über die bisherigen Gelegenheiten von Kongressen, Seminaren und persönlichen Kontakten hinaus wollen wir innere und äußere Ereignisse und Erfahrungen von Kulturzentren und Initiativen verbreiten und reflektieren und damit die Kooperation und Weiterentwicklung von Projekten fördern. Neue Ansätze in der Soziokultur sollen aufgegriffen und diskutiert werden, Kultur soll nicht nur als „Beiwerk" begriffen werden.

Was wir können:
Das Büro der AG Stadtteilkultur wird redaktionelle Anlaufstelle für die hoffentlich zahlreich angehenden Artikel sein. Die Artikel werden wir – falls nötig – nur auf „Lesbarkeit" hin bearbeiten und unsere Änderungsvorschläge mit den Autoren und Autorinnen abstimmen. Wir wollen die Kultur-Seite zunächst vierteljährlich komplett gestalten. Mittelfristiges Ziel ist die monatlich erscheinende Kultur-Seite, die neben den Artikeln auch Termine, Kurzinfos usw. enthalten wird.

Was wir brauchen:
Die Qualität und Aktualität unserer Kultur-Seite hängt von der Diskussionswütigkeit und Aktionsfreudigkeit „unserer" Szene ab. Wir brauchen deshalb viele, viele Artikel, streitbare Diskutanten, aktuelle Veranstaltungshinweise.....
alles bitte schicken an:

Barbara Brüggmann
Klaus Nagel
Kulturredaktion
c/o AG Stadtteilkultur e.V.
Bornstr. 12
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 23 28
oder 410 52 22

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 13402

CONTRASTE wird von ca. 30 Macher/innen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt ... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammmbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Eigenverlag

Die **Anzeigenpreisliste** (es gilt 2/86) ist über die Heidelberger Anschrift zu erhalten.

Anzeigen
Sabine Joswig, Kölnische Str. 76, 3500 Kassel
Tel. (0561) 1 36 18

Redaktionen

Berlin
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Franz-Josef Bartsch
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Tel. (030) 691 30 72

Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 439 91 22

Rhein-Main
blätterwald e.G.
Petra Inden
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 11

Kassel
Riedmühle e.V.
Robert F. Mayer
Gunar Seitz
Guntershäuser Str. 6
3501 Fuldabrück 3
Tel. (05665) 45 89

Bayern
Netzwerk Franken
Kurt Regenauer
Arno Huber
Hochstr. 23, Rückgeb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Redaktion Sozialpolitik
AG SPAK
Kistelerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21

Redaktion Genossenschaften
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel. (0761) 70 90 23

Redaktion Stadtökologie
Michael Makowski
Dr. Zamenhofstraat
Rotterdam, Niederlande
Tel. (003110) 4136567

Redaktion Grafische Betriebe
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

Kulturredaktionen

Barbara Brüggmann
Klaus Nagel
AG Stadtteilkultur e.V.
Bornstr. 12
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 44 23 28

Club Voltaire
Eckard Holler
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Redaktion Ökobank
Dieter Reincke
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. (069) 499 04 47

V.i.S.d.P.:
Dieter Poschen
über
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Herstellung:
Zündsatz GbR
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg 1

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
Eigenvertrieb über
CONTRASTE e.V.
Tel. (06221) 16 24 67

Kontoverbindung
Nr. 1130 05 – 756
Postgiroamt Karlsruhe
BLZ 660 100 75

Der Dreiklang der Freiheit

Anmerkungen zum AGP-Kongreß in Hamburg

Red. Rhein/Main „Mehr Selbstbestimmung, mehr Selbstverantwortung, mehr Selbstvorsorge – dieser Dreiklang der Freiheit ist heute nicht nur subjektiv wünschbar, er ist auch objektiv möglich." Wer das wohl gesagt hat? Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann auf einer Wahlkampfveranstaltung? Falsch! Milton Friedman anläßlich seines 75. Geburtstages? Iwo! Es war Dr. Alfred Herrhausen, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, dessen weise Sprüche gemeinsam mit denen von Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, sozusagen als bonmot die offizielle Einladung zum AGP-Kongreß* zieren.
Führwar ein netter Gedanke: Anti-Apartheids- und Pazifisten-Alfred gemeinsam mit Menschenrechts-Nobbi als Fahnenträger der Alternativen Wirtschaft!

Joachim Schmidt

Alternative Wirtschaft?
Ist die AGP tatsächlich das Sprachrohr der Alternativ-Ökonomie geworden? Es scheint fast so: Die G.I.B. verschickt unkommentiert die Kongreß-Einladungen; die CONTRASTE druckt die Einladung als Anzeige unkommentiert ab; die alternativ-ökonomischen Promis werden zahlreich vertreten sein.

Grundsätzliche Fragen tauchen weniger auf als die schmerzhafte Suche nach einer freien Stelle im Terminkalender, um irgendwelche Treffs, die für den 27./28.10. angesetzt waren, zu verschieben, auch wenn es Bauchschmerzen macht, Duu, ehrlich.

Dabei ist dieser Kongreß nicht so unproblematisch:

AGP und Selbstverwaltete Betriebe

Die AGP und ihre Mitgliedsunternehmen kennzeichnet eine liberal (nicht wirtschaftsliberal) ausgerichtete Unternehmensphilosophie, die ordnungspolitisch aber ganz klar in der Kategorie Marktwirtschaft unterzubringen ist. So ist denn auch in der offiziellen Kongreß-Einladung zu lesen: „...die Arbeitslosigkeit ist die größte Herausforderung für die soziale Marktwirtschaft seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Alle Unternehmen und Initiativen sind aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. Vieles ist bereits getan und erreicht, ...". (Interessanterweise fehlte dieser Absatz in der CONTRASTE-Anzeige.)

Das heißt: die Maxime, daß Kapital letztlich vor Arbeit geht, gilt auch hier. Nur soll die Kluft durch Beteiligungsmodelle u.ä. verkleinert werden. Die Grenzen derlei Tuns setzen sich durch marktwirtschaftliche Rentabilitäts- und Erfolgsüberlegungen von selbst.

Die bisher existierenden Beteiligungs- und Mitbestimmungsmodelle wurden in der Regel von oben eingesetzt, wohl auch weil sich die Unternehmensleitung dadurch eine Steigerung der Leistungsmotivation erhofft hat. Insofern sind Selbstverwaltete Betriebe geeignete Forschungsobjekte, um positive Verstärker bezüglich der Leistungsmotivation herauszufinden und in den eigenen Betrieben anzuwenden.

Nun sind wir Selbstverwaltungs-Apostel ja wesentlich realistischer geworden in bezug auf Umsetzung von Ansprüchen, aber ein bißchen mehr sollte einen Selbstverwalteten Betrieb doch ausmachen: Hierarchieabbau soweit wie möglich, Kostendeckung statt Gewinnstreben, Verringerung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit; Kapitalneutralisierung, gemeinsame Verfügungsrechte u.v.m..

AGP und Alternative Volkswirtschaft

Das Festhalten am marktwirtschaftlichen Rahmen führt dazu, daß ökologisch und sozial verträglich nur im oben beschriebenen Rahmen produziert werden kann. Wenn sich Unternehmen freiwillig zu Umweltschutzmaßnahmen verpflichten, hat dies oft einen anderen Hintergurnd: z.B. ein ausgezeichnetes strategisches Managment oder Marketingüberlegungen.

Die gesamte Diskussion über Umwelt, Ökologie etc. innerhalb der Ökonomie einschließlich der Sozialbilanzen spielt sich auf der mikroökonomischen Ebene ab. Dabei hat schon F.W. Kapp erkannt: „Im Grunde genommen war der Kern der Problematik immer diese mikroökonomische Methode, Kosten und Folgen von Investitionsentscheidungen vom Standpunkt des Einzelunternehmens einzuschätzen. Diese Entscheidungslogik ist es, die in der Vergangenheit erhebliche Sozialkosten verursacht hat... .", und weiter: „Größenordnung und Charakter der Bedrohung und der auf dem Spiele stehenden Werte lassen es zu, Sozialkosten und Umweltzerstörung als den Hauptwiderspruch im System der Marktwirtschaft zu bezeichnen." (F.W. Kapp, Soziale Kosten der Marktwirtschaft; Frankfurt a.M., 1979).

Dieser Sachverhalt ist z.B. auch mit Herrn Günther, Geschäftsführer von Bischof + Klein, die in einem Modellversuch eine Sozialbilanz einführen wollen, dem Förderkreis Umwelt 'future' und 'unserem' Reinhard Pfriem vom Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin zu diskutieren.

AGP und Gewerkschaften

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München geht in seinem Ansatz zur Erklärung von Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt (Fachwort: Arbeitsmarktsegmentation) davon aus:

- daß die primäre Ursache von Arbeitsmarktsegmentation das betriebliche Interesse an der Verfügung über und der Nutzung von spezifisch qualifizierter Arbeitskraft und die Politiken zur Durchsetzung dieses Interesses sind;
- daß sich die verschiedenen Teilarbeitsmärkte nicht nur durch besondere Formen der Mobilität und Verteilung, sondern vor allem auch durch spezifische Formen der Qualifikation auszeichnen;
- daß die Arbeitsmarktstruktur in der Bundesrepublik drei Teilstrukturen kennzeichnet: den fachlichen, den betrieblichen und den unspezifischen Teilarbeitsmarkt.

Große Bedeutung wird dem betrieblichen Teilarbeitsmarkt beigemessen, den Arbeitskräfte mit speziellen, betriebsspezifischen Qualifikationen kennzeichnen. Weitere Merkmale sind die Gratifikationsformen, die die zwischenbetriebliche Mobilität hemmen, Einstellungsregeln nach Gesichtspunkten der langfristigen Integrierbarkeit der Arbeitskräfte und das Vorherrschen informeller Lernprozesse.

Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer zeichnet ein Interesse an der Abschirmung des betrieblichen Teilmarktes aus: Die Arbeitnehmer sind an einer gesicherten Stellung interessiert. Ihr Interesse richtet sich darauf, durch Veränderungen im Arbeitsrecht, in den Tarifverträgen und in der betrieblichen Personalpraxis die Arbeitsplatzgarantie zu erhöhen.

Das Bestreben der Arbeitgeber ist durch das Interesse an der Amortisation der Humankapitalinvestitionen, durch die Vermeidung von Wiederbeschaffungskosten bei Entlassungen und dann später wieder notwendig werdenden Neueinstellungen, durch die Legitimierungsnotwendigkeit in der Öffentlichkeit und durch gesetzliche und vertragliche Regelungen begründet.

Den unspezifischen oder 'Jedermanns' - Teilarbeitsmarkt kennzeichnen Randbelegschaften mit einer 'Konjukturpufferfunktion', die als Reservoir dienen, aus dem bei Bedarf die Arbeitskräfte rekrutiert werden.

Für die Beschäftigungspolitik haben die Aussagen des Münchener Instituts zur Folge, daß die Flexibilität bei der Rekrutierung von Arbeitskräften vom externen (außerbetrieblichen) Markt geschwächt ist, daß aber der interne Markt über Arbeitszeitvariationen und technisch-organisatorische Veränderungen eine höhere Anpassungskapazität besitzt.

Eine weitere Folge ist, daß sich die alten Arbeitnehmer-Rollen auflösen und die Gewerkschaften stark an Macht und Einfluß verlieren werden. (Vergl. dazu z.B. Lutz, B.; Wirtschaftliche Entwicklung, betriebliche Interessen und Arbeitsmarktsegmentation, München 1978 und Sengenberger, W.; Hrsg.; Der gespaltene Arbeitsmarkt, Frankfurt, New York, 1978).

Da die Ansätze der AGP die beschriebene Art der Arbeitsmarktspaltung fördern, müßten eigentlich strategisch denkende Gewerkschaftler Gegenposition beziehen!?

Zum guten Schluß

müßten also jetzt GewerkschafterInnen; Ökologen und Ökologinnen und SelbstverwalterInnen der AGP den Garaus machen.

Doch das sollte nicht Sinn dieser Zeilen gewesen sein. Positionen lassen sich durch extreme Darstellungen besser verdeutlichen als durch ständige Entschuldigungen, Relativierung.

Selbstverständlich sind die in der AGP zusammengeschlossenen Unternehmen keine 'Gegner', die es zu 'bekämpfen' gilt. Es existieren gemeinsame Interessen, die wir gemeinsam vertreten sollten; ein gemeinsames Stück Weg, auf dem wir uns unterstützen sollten.

Doch müßte klar sein, daß sich die Wege auch wieder trennen werden, irgendwann, oder?

In diesem Sinne: Nichts für ungut, Herr Lezius. Vielleicht trifft mensch sich – in Hamburg oder anderswo!

***Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft; AGP-Kongreß 1987; Menschen machen Wirtschaft; Menschen schaffen Arbeit; Initiativen gegen Arbeitslosigkeit; Hamburg, 27./28.10.1987.**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KURZMELDUNGEN

Herbstaktionen im WAAckerland:
Die lokalen Bürgerinitiativen in und um Wackersdorf/Schwandorf bereiten zur Zeit die gegen den Bau der WAA gerichteten Aktionstage unter dem Motto „Wir proben den Ernstfall" vor, die am 8., 9. und 10. Oktober 1987 stattfinden sollen.

Informationen und Kontakt über:
Info-Büro „Freies Wackerland", Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr, Telefon: 09434/33 68
oder
Anti-WAA-Büro, Telefon: 09431/10 29

Grüne Bildung

Der Verein „Grüne/Alternative in den Räten NRW e.V." führt von September bis Dezember 1987 Seminare, Fachtagungen und Konferenzen zu ökologischen, kommunal- und gesundheitspolitischen Themen durch. An dieser Stelle sei auf die in Dortmund stattfindende Veranstaltung „Feministische Stadtplanung" (10.10.87, 10.30 bis 17.00 Uhr, Dortmund, Dietrich-Keunig-Haus, Leopoldstr. 50 - 58, Studio Raum 226) hingewiesen sowie auf die Tagung zum Thema „Ökologische Siedlungssanierung" (31.10.87, 11 Uhr, Bochum, Brückstr. 38, Büro Wohnstadt e.V.).

Alle Seminare sind grundsätzlich kostenlos. Eine Broschüre mit ausführlichen Veranstaltungsbeschreibungen ist zu beziehen über „Grüne/Alternative in den Räten NRW e.V.", Volksgartenstr. 35, 4000 Düsseldorf 1.

Schwerpunkt Bildung

In der letzten Zeit wurden eine Reihe von Bildungseinrichtungen für den Selbstverwaltungssektor gegründet bzw. sind in Gründung (so z.B.: Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung (LAAW) in NRW, der Arbeitskreis für Partizipation und Kooperation, Berlin, der Verein Selbstverwalteter grafischer Betriebe, Berlin, die Arbeitsgruppe „Bildungsarbeit von unten", Süddeutschland...)

Die Vorstellung der Ziele dieser Einrichtung und eine Diskussion über Zweck und Inhalte von Bildungseinrichtungen soll zum Schwerpunktthema in CONTRASTE Februar '88 werden.
Die Koordination des Schwerpunktes liegt bei der Red. Rhein/Main und bei Fritz Warthenpfuhl, Taunusstr. 39, 6100 Darmstadt.

HEXENKÜCHE
rollendes Restaurant

3074 Steyerberg 14
0 57 64/23 49
(05021/62258)

Aufruf

Zur Mitarbeit an einem Buch zum Thema: Konfliktbewältigung in Selbstverwalteten Betrieben

Ein Lern– und Arbeitsbuch für Kollektive.

1988 soll in der „Reihe Selbstverwaltung" der AG SPAK–Publikationen ein Handbuch zum Thema „Konfliktbewältigung in Selbstverwalteten Betrieben" erscheinen.
Grundlagen bilden bislang neben der einschlägigen Literatur aus dem selbstverwalteten und traditionellen Bereich (Goldner/Kokigei, Glasl u.ä.) Forschungsergebnisse über die eigene zehnjährige Konfliktgeschichte in unserem Betrieb, Arbeitsergebnisse aus mehreren durchgeführten Seminaren zu diesem Themenkreis und Erfahrungen aus der Konflikt– und Projektberatung.
Ziel ist, ein praktisches Lern– und Arbeitsbuch für Kollektive zu entwickeln, um mit aktuellen und künftigen Konflikten konstruktiver umgehen zu können. Das Buch soll helfen, neben den finanziellen auch die verheerenden persönlichen, sozialen und politischen „Kosten" der Konflikte zu senken.

Das Buch soll drei Schwerpunkte umfassen:

1. Theoretischer Teil:
   - Konflikt– und Innovationspotentiale
   - Konfliktmythen und –ursachen
   - Konfliktmanagement und Selbst-Organisations-Entwicklung...
2. Exemplarischer Teil:
   - Konflikt-Erfahrungsberichte aus Betrieben und Projekten...
3. Praktischer Teil:
   - Konflikt-Diagnose (Typus, Eskalationsgrad...)
   - Konflikt-Behandlung (3.Partei, Supervision...)
   - Konflikt-Vorbeugung (Kommunikationsregeln, Schiedsverträge...)

Dazu werden noch Beiträge aller Art gesucht, z.B. Literaturhinweise, Examensarbeiten, Konflikterfahrungsberichte, Konfliktberatungsberichte, Supervisionserfahrungen, Schiedsvereinbarungen, Gesellschaftsverträge, bewährte Gruppenkommunikationstechniken, Adressen von Personen und Institutionen auf diesem Gebiet, Konflikt-Seminarberichte, Konflikt-Kostenbilanzen, Fotos, Karikaturen etc.

Wer also Lust, Zeit und/oder Material zum Thema „Konfliktbewältigung in Selbstverwalteten Betrieben" beitragen will, wende sich bitte an:

Elmar Sing, Beethovenstr. 28, 7750 Konstanz
Tel.. 07531 / 15433 oder 20146 und 63690 (abends)

Veranstaltungen des Instituts für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung im Herbst 1987

Seminar: „Neue Produkte für Behinderte" vom 4. bis 6.12.87 in Neu-Anspach/Taunus in Kooperation mit dem Hessischen Jugendring, dem Deutschen Jugendinstitut und dem Club der Behinderten und ihrer Freunde, Frankfurt

In dem Seminar sollen Kontakte zwischen Behinderteninitiativen und selbstorganisierten Ausbildungsprojekten, die vor der Betriebsgründung stehen, hergestellt bzw. intensiviert werden, um Kooperationsmöglichkeiten zu erkunden.

Insbesondere soll es darum gehen, zu prüfen, welche Produkte und Dienstleistungen aus der Sicht der Behinderten zusätzlich zum bestehenden Marktangebot gebraucht werden und welchen Beitrag die aus den Ausbildungsinitiativen entstehenden Betriebe zu einer angemessenen Problemlösung leisten können.

Dabei geht es auch um die Frage, wie bedarfsorientierte Produzenten – Konsumentenbezüge aussehen können, ob Produktentwicklungsforschung notwendig ist, und wie das alles finanziert werden kann.

Teilnehmerbeitrag: ca. 25,– DM, Anmeldung bis 31.10.87 an: Diethelm Damm, Am Burgacker 31 a, 6200 Wiesbaden. Teilnahme erst nach Teilnahmebestätigung möglich.

Seminar „Marketing – Praxis in SV Betrieben", Tagesseminar am Mittwoch, 14.10.87, von 9.00 bis 18.00 Uhr in Frankfurt zum Erfahrungsaustausch für Mitarbeiter aus SV-Betrieben.

Anhand der traditionellen Marketing-Instrumente sollen die Teilnehmer die eigene Marketing-Praxis beurteilen und durch Betriebsvergleich Stärken und Schwächen ihres Marketing-Konzepts ermitteln; dabei sollen typische Elemente eines Marketings für SV Betriebe herausgearbeitet werden.

Themen: – Was ist Marketing? – Welche Marketing-Instrumente werden angewendet? – Welche Marketing-Instrumente sind für meinen Betrieb sinnvoll? – Wie erstellt man ein Marketing-Konzept? – Gibt es typische Marketing-Instrumente für SV Betriebe?

Unterlagen gegen schriftliche Anmeldung bis 30.9.87 bei Uwe Kirchbach, Wirtschaftswunder, Neuhaußstr. 11, 6000 Frankfurt 1. Höhe des TN-Beitrags ist noch offen.

„Entlohnung in SV Betrieben und Projekten", am 8.10.87, von 18.30 bis 21.00 Uhr in der Mainzer Landstr. 147 (Vordereingang, 4. Stock, kleiner Versammlungsraum)

Der Einheitslohn (gleicher Lohn für ungleiche Arbeit) beherrscht die Selbstdarstellung von SV-Projekten, vermutlich aber nicht die Realität. Er ist mit Problemen und Konflikten verbunden (um das Einhalten von Arbeitszeiten, wegen der Reduktion der Arbeitsintensität auf das niedrigste gemeinsame Niveau, wegen der Abwanderung von Mitarbeitern). Bei einer ersten Veranstaltung zu diesem Thema soll ein Überblick über folgende Aspekte gegeben werden: – Empirische Untersuchungen zu Löhnen im SV Bereich – Theoretische Überlegungen zu Arbeit, Lohn, Verteilungskonflikt – Alternativen zum Einheitslohn (Tarif-, Markt-, Bedürfnis-, Hungerlöhne) – Innerbetriebliche Konsensfindung (Tarifverträge in SV Betrieben?) – Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit? (Gewerkschaften, Einheitstarife, zwischenbetriebliche Lohndifferenzen in Jugoslawien) – Warum überhaupt Lohnarbeit im Kollektivbetrieb? (Theorie 2. Teil)

Die anschließende Diskussion wird zeigen, welche der Themen für weitere Veranstaltungen (evtl. Gastvorträge) von Interesse sind. Möglich sind vier weitere Abendtermine und ein Wochenende.

Teilnehmerbeitrag: 10,– DM (Verbandsmitglieder 5,– DM). Anmeldung bis 30.9.87 bei Fritz Warthenpfuhl, Institut, Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt.

Wochenendseminar: „Konfliktbewältigung in selbstverwalteten Betrieben" vom 9. bis 11.10.87 in der Hessischen Jugendbildungsstätte Dietzenbach (HJD)

„Konflikte sind Innovationspotentiale", ist ein Kernsatz von Elmar Sing zu dem Seminar, das am Freitag, dem 9.10.87, beginnt. In sieben Arbeitseinheiten werden folgende Themen behandelt: – Konflikterfahrungen und Konfliktmuster – Konflikt- und Innovationspotentiale in SV Betrieben – Konfliktmythen und -ursachen – Eskalation der Konflikte – Konfliktdiagnose – Konfliktbehandlung – Konfliktvermeidung oder -gestaltung?

Mehr zum Programm und Unterlagen gibt es nach der Anmeldung beim Institut, Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt. Die TN-Zahl ist auf 15 begrenzt.

Erfahrungsaustausch mit englischen COOP-Mitarbeitern und Gewerkschaftern in der Hessischen Jugendbildungsstätte Dietzenbach (HJD) am Mittwoch, dem 7.10.87, von 14.00 bis 20.00 Uhr

Die HJD organisiert traditionell einen Austausch mit britischen Kooperativisten und Gewerkschaftern. Die Engländer sind vom 5. bis 10.10. in Dietzenbach und stellen Interessenten am 8.10. ihre Coops und die sie unterstützenden Einrichtungen vor.

Eingeladen sind alle Interessenten, insbesondere aber solche, die an der Englandexkursion vom 1.5. bis 8.5.88 in Newcastle upon Tyne und in Sunderland (Coop-Entwicklungsregion SOERC) teilnehmen wollen.

Anmeldungen bis 30.9.87 an Gabriele Herbert, HJD, Offenthaler Str. 75, 6057 Dietzenbach.

Weitere Veranstaltungen sind geplant oder in Vorbereitung:

zur Theorie:
- Geschichte des Genossenschaftswesens (Bernd Hassert), evtl. Nov. 87)
- Einführung in Theorie, Praxis, Geschichte und Zukunft der SV-Wirtschaft (Frühjahr 88)
- Selbstverwaltung und Ökologie (Arbeitstitel, Anfang 88)
- Soziale Grenzen des Wachstums (s. Buch von Fred Hirsch, Frühjahr 88)

zur Praxis der SV:
- Generationswechsel in Betrieben/Projekten (Frühjahr 88)
- Finanzierung mit und ohne Ökobank (Anfang 88)
- Buchhaltung nicht für Buchhalter (betriebsinterne Kontrolle der wirtschaftlichen Lage für die Mitarbeiter – Mitte 88)
- Projektfindung – sinnvolle Produkte (bei angemeldetem Interesse Frühjahr 88 s.u.)

zu Erfahrungsaustausch und Vernetzung (bis jetzt v.a. internat.):
- zur Ökonomie Nicaraguas (Erfahrungsberichte, Daten und Informationen über Wirtschaft und Gesellschaft Nicaraguas nach der Revolution (Anfang 88), evtl. Fortsetzung mit:
- Kooperativen in Nicaragua (Berichte, Beispiele von Zusammenarbeit – Blätterwald, HWG Mannheim, Werkhof/ATES Darmstadt, ..., Perspektiven)
- sinnvolle Produkte s.o. (Exkursion nach England, Besuch von CATES, Islington CDA und London Coop Fair im Frühjahr 88)
- Politische Ökonomie der SV (internationales Seminar am Interuniversity Center in Dubrovnik mit TN aus Süd- und Nordamerika, Ungarn, GB, Dänemark, Holland, Baskenland, BRD und Jugoslawien, vom 11 bis 22.4.88)

Über Interessensbekundungen an den Veranstaltungen, sei es als Teilnehmer oder als Referent (an die Institutsadresse), freuen wir uns.

Unser Beitrag zur Bildungsoffensive

INSTITUT FÜR SELBSTORGANISATION UND BETRIEBLICHE SELBSTVERWALTUNG

Red. Rhein/Main Was mit dem „Aufbruch zu neuen Ufern", dem „Anders arbeiten, anders Wirtschaften", „Bunt wie der Regenbogen" in den 70er Jahren begann, steckt heute in „Finanzierungsproblemen", „Partizipationsproblemen", unterliegt „Marktzwängen", hat „ökonomische Standardprobleme", kurz: steckt voll in den „Mühen der Ebenen" – wie Schlagworte aus den Titeln zum Thema Alternative Ökonomie aus den letzten sieben Jahren widerspiegeln.

Fritz Warthenpfuhl

Daß das „Ende der Alternativen" gekommen ist oder daß ein Teil von ihnen als „Die neuen Helfer" in die Geschichte eingeht, darf – trotz allem – bezweifelt werden.

Lernprozesse sind abgelaufen, Kollektivmitarbeiter haben sich qualifiziert, manche sind abgewandert, neue sind hinzugekommen, Betriebe haben sich stabilisiert, viele nur ökonomisch. Doch nach wie vor werden neue Projekte in Angriff genommen.

So hat sich z.B. eine Reihe von Initiativen in der BRD zum Ziel gesetzt, berufliche, soziale und politische Lernprozesse in selbstverwalteten Betrieben und Projekten zu unterstützen.

Eine dieser Initiativen ist das „Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung", Rundeturmstrasse 16, 6100 Darmstadt, das gerade gegründet wurde und im Herbst 1987 mit einer Reihe von Veranstaltungen seine Arbeit beginnen will.

Schwerpunkte des Instituts sollen neben den Weiterbildungsveranstaltungen Projektberatung und Unterstützung, Vernetzung und Forschung sein.

Ausgangspunkt aller Aktivitäten sind die Interessen und Probleme der Initiativen, aus denen wir kommen oder mit denen wir ständig zusammenarbeiten, und wir hoffen, für Erfahrungsaustausch, Kooperation, gemeinsame Interessenvertretung und Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven der SV-Bewegung ein kontinuierliches Forum bieten zu können.

Eine solche Arbeit muß unseres Erachtens regional verortet und überregional vernetzt sein. Deshalb richten sich unsere Aktivitäten schwerpunktmäßig auf die Projekte und Initiativen im Umfeld des Verbandes der selbstverwalteten Betriebe Hessen, des Netzwerks Rhein-Main, des hessischen BDP, der Ökobank.

Jedoch wollen wir uns natürlich auch mit ähnlichen Initiativen in anderen Bundesländern austauschen, Kontakte zu Gewerkschaften pflegen und internationale Erfahrungen verarbeiten, sei es durch Exkursion, Seminare oder durch Referentenaustausch.

Für die Weiterbildung der Institutsmitarbeiter wird ein Arbeitskreis eingerichtet, in dem über einzelne Veranstaltungen (z.B. über einen Grundkurs: „Theorie, Praxis, Geschichte und Zukunft der Selbstverwaltung") und über allgemeine Themen (z.B. berufliche Bildung und Selbstverwaltung) gesprochen werden soll. Interessenten mögen sich schriftlich an die Institutsadresse wenden, zu einem Telefon reicht es noch nicht.

Ende mit Schrecken

Selbstverwaltete Druckerei ist in Konkurs gegangen / Wie geht es weiter?

Constantin Bartning

24.8.87 Freiburg. Die Bundschuhdruckerei in Freiburg hat am 20.8.87 Konkursantrag beim Amtsgericht eingereicht.

Die Bundschuhdruckerei war mit 15 Mitarbeitern der größte selbstverwaltete Betrieb in Freiburg und Umgebung. Die technische Ausstattung kann mit „bürgerlichen" Betrieben mithalten: Fotosatz mit Kathodenstrahlbelichter, Repro, Plattenkopie, Druckmaschinen Miller TP41 2-Farben/SW (70x100), SC29 einfarben (50x70), Heidelberger GTO, Falzmaschine, Schneidemaschine, kleiner Sammelhefter usw.

Die Bundschuhdruckerei wurde 1975 gegründet. Als 1978 ein Kollektivmitglied eine Erbschaft machte, war eine erhebliche Vergrößerung der Druckerei möglich. Sie zog in das Gbäude der heutigen „Fabrik" um, die als Projektezentrum ebenfalls aus dieser Erbschaft erworben worden war. Der Erbe trennte sich im Streit von den anderen Mitarbeitern des Betriebes. 1983 kaufte ihm die Belegschaft den Betrieb ab. Auch die „Fabrik" wurde von einem Verein aus dem privaten Vermögen übernommen und ist ein unabhängiges Projekte- und Kulturzentrum.

Die Entwicklung bis zur Pleite

An bedeutenden Investitionen wurde im Frühjahr vergangenen Jahres eine TP41 aufgestellt, sowie die veraltete Satzanlage gegen eine neue mit CRT-Belichter ausgetauscht. Außerdem wurden mit erheblichen Kosten Arbeitsräume renoviert bzw. eingerichtet.

Diese Investitionen, insbesondere die Anschaffung der TP41 (monatliche Ratenbelastung 4.500 DM), haben zum Ende des Betriebes beigetragen. Jedoch ist die finanzielle Belastung nur Teil der Ursachen.

Es ist dem Kollektiv nicht gelungen, die organisatorischen und kaufmännischen Konsequenzen der Vergrößerung in den Griff zu bekommen. So war die Druckformherstellung z.B. nicht imstande, bei guter Auftragslage ausreichend Druckformen zu liefern, die qualitative und terminliche Unzuverlässigkeit des Betriebes machte Aquisitationserfolge (ein Außendienstmitarbeiter aquirierte überregional) immer wieder zunichte, (fehlerhafte) Angebote unter den eigenen Kosten verdarben erfolgreiche Produktionen.

Trotz (zeitweise) vier Mitarbeitern im Büro steht die Ermittlung von Kosten und Erträgen für die verschiedenen Bereiche noch aus. Die Selbstinformation als Grundlage verantwortlicher Entscheidungen war und ist unzureichend. Mit eine Folge der unzureichenden Selbstinformation über die laufende wirtschaftliche Entwicklung war eine wachsende Fraktionsbildung im Kollektiv, waren Eigenmächtigkeiten, persönlicher Druck („wenn die TP nicht gekauft wird, kündige ich") und die Jagd auf Sündenböcke.

Die Verantwortung für den Gesamtbetrieb auf Grundlage unzureichender Informationen war eine ständige Überforderung, besonders für Leute, die keine betriebswirtschaftliche Ausbildung haben.

Der „Einheitslohn" lag immer bei 1.200 DM (selbst dies wurde in den letzten Monaten nicht erwirtschaftet). Die Arbeitszeit lag, zumindest für einige, selten unter 50 Stunden in der Woche.

Daß unter diesen Umständen Streß und Frustration an der Tagesordnung waren, wird niemanden wundern. Die Produktionsleistung lag daher trotz einzelner Spitzenleistung weit unter dem, was die Kollegen nach ihrem Qualifikationsniveau hätten erreichen können.

Diese Umstände förderten die Fluktuation (mit den zusätzlichen Kosten für Einarbeitung neuer Mitarbeiter) und führten schließlich zur Resignation langjähriger Mitarbeiter, von denen zwischen Sommer 1986 und Frühjahr 1987 vier ausschieden.

Ende 1986 wurde ein Berater engagiert. Dieser sah vor allem die finanzwirtschaftlichen Probleme, auf die er die von ihm vorgeschlagene Lösung ausrichtete. (Umfinanzierung von Krediten z.T. auf ERP-Mittel, wozu die Geschäftsanteile auf zwei Gesellschafter konzentriert werden mussten; Aufstellung eines Finanz- und Umsatzplanes). Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Konzepten war die Gruppe nicht mehr in der Lage.

Als die Umsätze in diesem Jahr erheblich hinter der Planung zurückblieben und die von der Bank geforderte Begrenzung der Betriebsverluste nicht gelang, (ca. DM 90.000,– in den ersten sieben Monaten), verweigerte die Bank die Kreditauszahlung. Das führte die Zahlungsunfähigkeit herbei und in der Folge den Gang zum Konkursrichter.

Das Kollektiv ist am Ende

Jetzt ist die Mehrheit des Kollektivs völlig „ausgebrannt" und möchte den Betrieb so schnell wie möglich auflösen. Von der einzelnen Verwertung verspricht man sich höhere Erlöse und damit eine etwas günstigere Konkursquote. Da etliche über persönliche Haftung für Kredite noch lange unter der Bundschuhpleite leiden werden, klammern sie sich an jeden Strohhalm.

Wie realistisch ist ein Wiederaufbau?

Mindestens zwei Mitarbeiter des Kollektivs wollen die Druckerei in veränderter Form erhalten. Mit weiteren ist bei Nachlassen des Gruppendrucks zu rechnen. Auch die Kollegen der Grafischen Siebdruck-Werkstatt in der „Fabrik" (die Dunkelkammer und Schneidemaschine von Bundschuh mitnutzen), und die Mitarbeiter der „Fabrik" selbst unterstützen die Aufrechterhaltung.

Doch wie soll fast ohne Leute und nach dem beschriebenen Desaster der Betrieb erhalten werden? Der Optimismus des Berichterstatters gründet sich auf Erfahrungen, die 1979 bei „Oktoberdruck" gemacht wurden. Auch dieser Betrieb war nicht nur finanziell „fertig", es wollte niemand mehr dort arbeiten. Und 1983 war ein günstiges Kaufangebot für eine Siebdruckerei Anlaß, mit Hilfe der Kollektiv-Leasing-Gesellschaft Akut-Siebdruck in Berlin zu gründen. Das Kollektiv arbeitet heute erfolgreich mit fünf Mitgliedern. Grundlage der erfolgreichen Entwicklung war bei beiden Betrieben die Änderung der betrieblichen Ökonomie von der reformierten Lohnarbeit hin zur Kollektiv-Selbständigen-Arbeit.

Selbstverständlich wird mehr gebraucht als Optimismus. Z.B. eine sorgfältige Analyse der bisherigen Auftragsstruktur und Erfahrungen aus der Aquisition der letzten Monate als Grundlage für ein Angebotskonzept. Daran wird gearbeitet.

Wie soll es weitergehen?

Grundlage der laufenden Gespräche hier in Freiburg ist folgendes Konzept:

1. Die Kollektiv-Leasing-Gesellschaft für Selbstverwaltete Betriebe mbH. erwirbt aus der Konkursmasse die erforderlichen Maschinen, Geräte und Einrichtungen für einen neuen Betrieb.
   Voraussetzung für diesen Erwerb ist die Erhöhung des Stammkapitals der Kollektiv-Leasing, um damit die durch den Erwerb der Maschinen entstehenden Kredit-Risiken abdecken zu können.
2. Die Kollektiv-Leasing vermietet die Produktionsmittel an die Neue Bundschuh GmbH. Die Vermietung erfolgt mit ansteigenden Raten entsprechend der allmählich steigenden Leistungsfähigkeit, bis die Raten eine Höhe erreicht haben, die den Übergang von der Fremd- zur Eigenfinanzierung ermöglichen.
3. Die künftigen Mitarbeiter der Neuen Bundschuhdruckerei gründen eine GmbH, an der sie mit gleichen Anteilen und Stimmrecht beteiligt sind.
   Das neue Kollektiv arbeitet nach dem Konzept der Kollektiv-Selbständigen-Arbeit:
   Der Ertrag der gemeinsamen Arbeit bzw. einzelner Abteilungen wird entsprechend dem Anteil der Arbeitsstunden untereinander aufgeteilt. Die Ermittlung der Erträge auf der Grundlage von Platzkosten und Nachkalkulation wird Bestandteil der Produktionsarbeit.

Hilfe von außen?

Sie soll nicht nur aus der Region Freiburg kommen.

Gebraucht werden Mittel für eine Kapitalerhöhung der Kollektiv-Leasing-Gesellschaft, Rat und Unterstützung von Kollegen aus anderen Betrieben, eine Chance, trotz negativer Erfahrungen in der Vergangenheit, bei Satz- und Druckaufträgen zum Zuge zu kommen.

Und schließlich werden Kollegen gesucht, die in dieses neue alte Projekt mit ihrer Arbeit und Phantasie einsteigen wollen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zwischen Basisorientierung und Kommerz

Gemeinnützige Lokalradios in Hamburg

Red. Hamburg Die beiden Anbietergemeinschaften KORAH/Kommunales Radio und OK-Radio haben am 5. August von der Hamburger Landesanstalt für Neue Medien (HAM) die beiden noch freien Hörfunkfrequenzen erhalten. Ob die erste Freude der beiden Gewinner über die Frequenzzuteilung von Dauer sein wird, ist zu bezweifeln, denn sie müssen gegen die finanzstarken kommerziellen Privatradios antreten.

Dieter Schippers

Die Zeiten des NDR-Sendemonopols sind vorüber. Aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen erreichen privatwirtschaftliche Radiowellen (RSH und ffn) das Hamburger Hörerpublikum. Anfang des Jahres begann auch der erste kommerzielle Hamburger Sender (Radio Hamburg) mit seinem Programm, das Mitte des Jahres durch den zweiten kommerziellen Radiosender (Radio 107) Konkurrenz bekam.

Das Rezept dieser Radios, deren Programm von ca. 2 Millionen Hamburger Hörern empfangen werden kann, ist denkbar einfach: Musik, Musik, Musik, unterbrochen von maximal 15 bis 20 Minuten Wortbeiträgen pro Sendestunde, wobei die Werbung wohl auch zum Wortbeitrag zu zählen ist. Da die Radios ausschließlich über Werbung finanziert werden und die Kapitalgeber sich auch einen finanziellen Gewinn von den Radios versprechen, ist das Programm auf die Werbung hin ausgerichtet. Bis zu 12 Minuten Werbung pro Sendestunde sind erlaubt, Sponsorenwerbung nicht mitgerechnet.

Die gemeinnützigen Radios nach dem Mediengesetz

Neben dem NDR mit seinem Hamburger Programmteil und den schon bestehenden kommerziellen Radios werden ab Anfang 1988 zwei weitere Radiostationen die Hamburger Medienlandschaft bereichern: KORAH/ Kommunales Radio und OK-Radio. Es bleibt aber abzuwarten, ob die beiden Bewerber sich über die Lizenzerteilung lange freuen werden, denn das Hamburger Mediengesetz sieht für sie eine Besonderheit vor: Im Gegensatz zu den kommerziellen Radios sollen die beiden neuen Radios von Anbietergemeinschaften betrieben werden, die die Möglichkeit für Gruppen und Gemeinschaften schaffen, insbesondere mit Bezug auf die Stadtteile, kulturelle Aktivitäten zu fördern und zur Meinungsbildung über Fragen des örtlichen Geschehens beizutragen.

Um die beiden freien UKW-Frequenzen durften sich nur Anbietergemeinschaften ortsbezogener Interessenten bewerben, die ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die lokale Bezogenheit der gemeinnützigen Radios wird durch die begrenzte Reichweite der Sender erreicht. Um den gemeinnützigen Anspruch zu wahren, soll die Anbietergemeinschaft (die für das Programm verantwortlich sein soll) von der Betriebsgesellschaft (die die wirtschaftliche Unabhängigkeit sicherstellen soll) organisatorisch und personell getrennt sein. Dieses Organisationsmodell wurde allen Bewerbern von der Hamburger Landesanstalt für Neue Medien (HAM) zur Auflage gemacht.

Die Bewerber

Unter den Vorgaben der HAM bewarben sich zunächst sieben Anbietergemeinschaften (siehe Kasten). Dem Kommunalen Radio, Radio Hummel, Vierzig Plus, dem Rundfunkinstitut und OK-Radio geht es trotz Gemeinnützigkeitsanspruch mehr um Geschäft und Einfluß.Die beidensanderen Anbietergemeinschaften KORAH und der Förderverein unabhängiges Lokalradio Hamburg FUNK e.V. sind schon durch ihre Gründungsmitglieder basisorientiert.

Beide Bewerber unterschieden sich aber in den Vorstellungen, wie ein lokales Radio betrieben werden soll. Während KORAH ein professionelles Radio will, bei dem die Initiativen in erster Linie Informationslieferanten sind, wollte der FUNK e.V. die Initiativen selber zu Wort kommen lassen, die dann von der Radiowerkstatt des Vereins unterstützt werden sollten.

Allen sieben Anbietergemeinschaften war jedoch gemeinsam, daß hinter ihnen keine finanzstarken Konzerne stehen, die bei eventuell auftretenden Defiziten einspringen würden. Die ungelöste Finanzierung des FUNK e.V. war denn auch ein wesentlicher Aspekt, warum dieses Konzept bei der Frequenzvergabe nicht berücksichtigt wurde.

Eine der größten Chancen auf Erhalt einer der beiden Frequenzen hatte KORAH. Wohl auch stark beeinflusst durch den letzten Wahlausgang der Hamburger Bürgerschaft (SPD-FDP-Koalition), machte die HAM KORAH die Auflage, über ein Zusammengehen mit dem Kommunalen Radio zu verhandeln. Die HAM war nicht bereit, den Weg für ein linkeres Radio in Hamburg zu bereiten. Besonders die konservativeren Mitglieder des HAM-Vorstandes verlangten deshalb ein Korrektiv durch die dem FDP-Spektrum näherstehende Anbietergemeinschaft Kommunales Radio. Dies ist auch ein typisch Hanseatischer Kompromiß zwischen Geld und Kultur.

Am 5. August wurden deshalb die beiden Frequenzen an KORAH/Kommunales Radio und OK-Radio vergeben. OK-Radio hatte sich bereits im letzten Jahr um eine der beiden kommerziellen Frequenzen beworben, war aber seinem Konkurrenten Radio 107 unterlegen. Mit verschiedenen Vereinen als beteiligte Radiomitstreiter versuchte OK-Radio nun, sich das gemeinnützige Deckmäntelchen überzuziehen. In Wirklichkeit geht es aber um Marktanteile. Bei OK Radio ist die kleinere Stadtzeitung „Oxmox" wichtigstes Mitglied, während bei Radio 107 die erfolgreichere Stadtzeitungskonkurrenz „Szene" stark engagiert ist.

Die Crux der gemeinnützigen Radios ist ihre Finanzierung

Das Verbot der erwerbswirtschaftlichen Betreibung macht es den gemeinnützigen Radios schwer, Kapitalgeber für ihr Projekt zu finden, die besonders in der Startphase dringend benötigt werden. Da eine Finanzierung über Rundfunkgebühren nicht vorgesehen ist (und wenn auch auf die Werbung verzichtet würde), müssen sich die Radiobetreiber auf die Schlüssigkeit und Überzeugungskraft ihres Konzepts verlassen können, wollen sie ehrenamtliche und freiwillige finanzielle und redaktionelle Hilfe bekommen.

Da die Chance zum Radiomachen auf dem Reißbrett der Hamburger Medienpolitiker entstanden ist, fehlt bislang der große Rückhalt in der Bevölkerung. KORAH, das die sozio-kulturellen Strömungen in seinem Programm berücksichtigen und gleichzeitig aber auch ein professionelles Radio machen will, hat deshalb Werbung als einzige Finanzierungsalternative in Betracht gezogen. Der Zwangsehepartner Kommunales Radio hatte sich von Anfang an für ein werbefreundliches Programm entschlossen. Wie die Kommerziellen können auch die gemeinnützigen Radios bis zu 12 Minuten Werbung in einer Sendestunde senden.

Profilgewinnung

Wenn Werbung akquiriert werden soll, muß das Radio aber zunächst erst ein eigenständiges Profil gewinnen. Wie Untersuchungen des Hans-Bredow-Instituts für Rundfunk an der Universität Hamburg belegen, kommt es nicht nur auf die Art der Präsentation einer Sendung an, sondern der Hörer wählt auch sehr stark nach Themen und Inhalten einer Sendung mit lokalem Bezug sein Programm aus.

Der lokale Bezug allein aber reicht bei fünf Lokalradios nicht aus. Es muß eine Festlegung auf bestimmte Zielgruppen erfolgen. Während die kommerziellen Radios sich in erster Linie an das gesamte jüngere Publikum richten, will KORAH durch Themen wie Umweltschutz, Frieden und Ausländer die Hörer aus dem alternativ-SPD-linken Spektrum erreichen. Ob der Partner Kommunales Radio mit diesen Themen einverstanden ist, bleibt abzuwarten. Welche Hörer das OK-Radio erreichen will, ist bislang noch unbekannt, doch ist zu vermuten, daß dieses Radio auch dieselbe Zielgruppe anvisiert.

Die qualifizierte Hörerschaft als Marktnische zu nutzen, wird für die Überlebenschance der gemeinnützigen Radios notwendig sein. Doch anders als bei den kommerziellen Radios dürfen die gemeinnützigen in Hamburg nicht dauerhaft auf die Hörerquoten schauen, die irgendwelche Meinungsforscher ermittelt haben. Eine hohe Hörerquote muß nicht gleichzeitig hohe Werbeakquisition bedeuten. Im Gegensatz zu den kommerziellen, die durch die große Sendereichweite über fast ganz Norddeutschland verstärkt Markenartikelunternehmen als Werbekunden haben, muß dem Werbekunden des gemeinnützigen Radios verdeutlicht werden, daß er sein Zielpublikum mit dem qualifizierten Programm ohne Streuverluste erreichen kann.

Werbekunden können deshalb vor allem der Hamburger Einzelhandel und Kleinbetriebe sein. Die Kosten eines 30-Sekunden-Werbespots werden sich durch die große Konkurrenz der Radios wahrscheinlich bei Preisen einpegeln, die den Werbepreisen der Lokalzeitungen entsprechen (ohnes die Produktionskosten der Werbekassette). Neben dem Werbespot besteht noch die Möglichkeit der Sponsorenwerbung. Der Werbekunde kann nicht nur seinen Namen verbreiten, sondern vor allem ihm naheliegende Themen und Inhalte einem größeren Publikum bekanntmachen. Diese Form der Werbung kann für all jene Betriebe interessant sein, denen es nicht nur darum geht, ihre Produkte zu verkaufen, sondern die auch Hintergründe über diese Produkte vermitteln wollen.

Kapital contra Inhalte

Ob die Finanzierung der gemeinnützigen Radios über die Werbung Erfolg hat, ist noch offen, da der Hamburger Werbemarkt, der bisher überwiegend von den Lokalzeitungen und Anzeigenblättern abgeschöpft wird, nur schwer zu kalkulieren ist. Ob das oft prognostizierte Wachstum der Werbeausgaben eingetreten ist ebenfalls unsicher. Bislang haben selbst die kommerziellen Radios Schwierigkeiten, ihre erlaubte Werbezeit auch nur annähernd zu füllen. Der Werbemarkt wird durch die beiden neuen Radios nur noch enger.

Der Kampf um die Werbekunden wird dann auch zwangsläufig die Programminhalte der gemeinnützigen Radios beeinflussen. Schon durch die Zwangsehe mit dem Kommunalen Radio wird KORAH Abstriche an den Programminhalten machen müssen. Wenn dies aber immer noch nicht ausreicht, um Werbekunden anzuziehen, werden die Kapitalgeber darauf pochen, noch mehr Abstriche an den Programminhalten vorzunehmen. Damit fällt dann auch der letzte Anspruch an ein alternativeres Radio.

Wohin unterschiedliche inhaltliche Vorstellungen des Programms bei fehlenden Werbeeinnahmen führen können, dafür bietet das linke „Radio 100" in Berlin zur Zeit guten Anschauungsunterricht.

Wenn sich die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten gegenüber den inhaltlichen Ansätzen durchsetzen werden, wird sich die „Basisnähe" zu den Hamburger Initiativen und Alternativprojekten höchstens zu den werbeungünstigen Sendezeiten niederschlagen. Eine engagierte Beteiligung der sozio-kulturellen Szene an den Lokalradios wird dann auf keinen Fall möglich sein. Aber nur durch eine stärkere Mitwirkung dieser Szene im Hörfunk wird ein wirklich anderes Programm entstehen können, wird ein Stück lokalen Geschehens widergespiegelt.

Wenn in Hamburg ein Radio für und von den Initiativen senden soll, müssen diese sich die Öffnung und Durchlässigkeit der Radios ertrotzen. Die abgelehnte Anbietergemeinschaft FUNK e.V. will die Initiativen durch die Radiowerkstatt unterstützen,indem sie Seminare und Workshops anbieten wird, auf denen technische und redaktionelle Kenntnisse vermittelt werden für den Umgang mit den Lokalradios.

Übersicht über Privatradios in Hamburg

Kommerzielle Radios: (senden schon)
Radio Hamburg (Springer, Burda, Gruner & Jahr) UKW 103
Radio 107 (RTL, Holzbrink, Hamburger Geschäftsleute) UKW 106,9

Gemeinnützige Radios: (senden ab 1988)
OK-Radio (Stadtzeitung Oxmox und Vereine) UKW 95,0
KORAH/Kommunales Radio (17 Vereine, 50 Einzelpersonen) UKW 97,1

Die Bewerber um die beiden freien Frequenzen
Kommunales Radio (50 Einzelpersonen, FDP-nahes Spektrum)
Radio Hummel (Radiofreaks vom Krankenhausrundfunk)
Vierzig Plus (initiiert von der rechten Hand des Gruner & Jahr-Bosses und der Spielbank)
Rundfunkinstitut (NDR-Moderator Willem)
OK-Radio (Stadtzeitung Oxmos und Vereine)
KORAH (Robin Wood, BUND, Vogelschützer, Terre des Hommes, div. Kultur- Stadteil-Inis)
Funk e.V. (Ausländergruppen, Stadtteilzentren und -inis, Alten- und Jugendgruppen)

Staatsknete: 87er Rate vergeben

In nicht einmal 5 Monaten vergab die staatsnahe Lawaetz-Stiftung in Hamburg knapp 800.000 DM an selbstverwaltete Projekte. Der Fonds für Darlehensförderung ist damit fast ausgeschöpft. Ein Senatsbeschluß zur Fondsaufstockung um eine Million DM harrt der Bestätigung durch die Bürgerschaft. Die Arbeit im Vergabeausschuß – 4 Behördenvertreter und 4 Netzwerker – verlief nahezu konfliktfrei. Ausführlicher Bericht folgt.

Ökologisches Marketing

Nicht nur für ökologische Nahrung / Zwischen Vermarkten und „auf den Markt bringen" – zwischen Dienstleistung und Nötigung?!

Red. Hamburg Die Diskussion über ökologisches Marketing hat im letzten Herbst in verschiedenenen Kreisen begonnen: Auf dem Seminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK in Bremen, bei der Beraterfortbildung des ZERP, und eher unbemerkt im Umfeld von 3.Welt-Läden und -Handel, wo die Label-Diskussion positiv wie negativ eine Rolle spielt. (Vgl. auch Schwerpunktthema „Naturkosthandel in der Zerreißprobe" in der Juniausgabe.)

Bernhard Scholer

Bestimmte Namen und Produkte – Müsli vorneweg – sind kein gesicherter Bestandteil der Szene mehr. Nestlé, Oetker und Arko locken mit Vollkorn und Müslischnitten, Burger King und Mc Donalds gestehen dem Gesundheitstrip ein Eckchen zu.

Jede/r, der darüber stilles Entsetzen vom Schlage „was ist daraus geworden" verspürt, mag Recht haben und muß doch sehen, wie es weitergehen kann.

Einfachste Erkenntnis: Das Produkt an und für sich bleibt neutral, das Papier schon gar, auf dem sich Werbesprüche für Bio-, Ökodynamisch und -hydraulisch finden. Was also können Produzenten mit neuem Produktbewußtsein und Willen zu ökonomisch-sozialer Veränderung tun?

Sich mit mehr Erfolg um die neue Kundschaft aus der „Otto-Normalverbraucher-Gruppe" bemühen oder ein soziales Netz aus „bewußten Konsumenten" aufbauen, die beim Kauf an Produkt **und** Produzenten denken?

So völlig neu ist dieser Gedanke nicht: Pestalozzi schreibt in einem Aufsatz zu dem Buch „Der neue Konsument" von einem Label-System in der Schweiz, das vor Jahrzehnten schon dem Käufer signalisieren sollte, welches Produkt unter vernünftigen Bedingungen hergestellt wurde.

Von einer ganz anderen Seite traten bislang Dritte-Welt-Läden an die Vermarktungsfrage heran: Die Bedingungen der Produzenten und die Auswahl der Produzentengruppen sind absolut vorrangig vor der Nachfrage nach bestimmten Produkten. Das hält indes immer so lange, bis eine Komplette Lieferung auf Halde liegt und unverkäuflich ist. Bewußtseinsbildung Mithilfe der Ware, kein Verkauf auf Menge, war jahrein, jahraus Grundprinzip der „Aktion Dritte Welt Handel". Die ökonomische Veränderung von aktiven Gruppen in der sogenannten 3. Welt vollzieht sich nicht durch „beispielhaftes" Kaufen - eher durch verpflichtende Abnahme. Eine zeitliche Begrenzung muß auch dabei jeweils absehbar sein, alles andere wäre Selbstbetrug. Erträge für einige Gruppen, während die Situationen der anderen unverändert bleibt. Entwicklungsinseln statt Solidarität mit allen dort Arbeitenden. Deshalb entschieden sich viele Gruppen und Läden auch für den bewußten Nichtkonsum: Boykottbewegung gegen Obst aus Chile und Südafrika (Azania), gegen Fleisch aus 3.Welt-Ländern, gegen Coca-Cola und Chiquita, Nestle und Milupa.

Es stellt sich die Frage: Soll mensch wirtschaftliche Veränderungen mit Boykotten und Negativmarken herbeiführen oder sind Positiv-Labels für anderes Leben eine sinnvollere Herangehensweise? Im Kontext 3.Welt-Handel stellt sich das Dilemma rasch ein: Die Vereinfachung, „Kauf dies, das nicht" bewirkt das genaue Gegenteil jener Arbeit, die wir eigentlich leisten wollen.

Statt Bewußtseinsbildung, „bewußtem anders tun und kaufen", wird gewissermaßen eine Konformitätsgarantie, eine Handlungsanweisung gegeben: Wenn ich dies und das trage und benutze, versehen mit der „richtigen" Erkennungsmarke, unterstütze ich auf jeden Fall Sinnvolles.

Demeter ist da schon aufschlußreich, z.B. die so gelabelten Zwiebacke und Knäckebrote kommen aus derselben Großbäckerei, die auch „Golden Toast" herstellt. Produkt- und Produktions- nebeneinander, biologisch- dynamisch neben speziellen amerikanischen Importweizensorten.

Mit dem blauen Engel, dem Umweltengel für alles und jedes, was nur etwas besser ist, gibt es ja genug Erfahrungen. Am selben Produkt entzündet sich der Streit zwischen Food-Coops und Bioläden. Bewußtes „Auf-den-Markt-Bringen" ist schlicht nicht einfach.

Einerseits ist Interesse da, über Entstehung, Herkunft, Belastung der Waren mit Chemie, Radioaktivität und Ausbeutung Bescheid zu wissen, was jedoch einen erheblichen Informationsaufwand bedeutet. Sprich Zeit, die nicht zur Produktion zur Verfügung steht.

Andererseits erfahren die Produzenten oft ein Mißverhältnis zwischen dem Aufwand für Informationsbeschaffung für diese Zwecke und der bescheidenen Honorierung, z.B. im Buch- und Weinhandel, Bio- und 3. Welt-Laden.

Jeder Betrieb benötigt sein Minimum an Umsätzen, um seinen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, sich ganz dieser Arbeit und den daraus resultierenden Kundenbeziehungen widmen zu können. Die Zeit für Zuverdienste fehlt allen - auch den nach Information suchenden Kunden.

Die Organisierbarkeit der Konsumenten über eine Lesergemeinschaft hinaus, wie sie etwa „Ökotest", „Mahlzeit", in gewisser Weise auch „Consum Critic" haben, oder wie sie als „sparsame" Gemeinschaft durch Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften manchmal gegeben ist, bleibt extrem schwierig. Zu lange haben Verbraucherzentralen mit staatlichen Mitteln und unter Einfluß der Landwirtschaftsministerien ein Eigenleben geführt, als daß den Konsumenten die Notwendigkeit der eigenen Organisierung bewußt würde. Die lesende Gemeinschaft ist größer als die bewußt kaufende. Letztendlich müssen für ökologisches Marketing daher zwei Wege beschritten werden:

1. Schlichte Effektivierung in den Produzentengruppen: Was dort manchen Arbeitserfolg mindert, ist eher mangelnde Koordination, sind zuwenig Fälle sinnvoller Übertragung von Informationen und Arbeitsergebnissen, ohne dafür gleich ein Plenum zu gebrauchen, in dem dies untergeht.
   - Vernetzung der Produzenten/Projekte. werbe- und infomäßig, Stadtführer und Stadtteilführer, grössere Infos zu mehreren Einkaufsquellen, mit Information, die nicht direkt dem Verkauf dient, Praktisches wie Spermüll oder Recyling-Zettel.
   - Bei den Warenaustäuschen zwischen den Projekten hapert es schon schwer; was den einen Absatz ist, sind den anderen Kosten. Einkaufsgemeinschaften gegenüber den weniger alternativen Quellen bilden sich da schon eher durch Transportkostenvorteile, verringerte ökologische Belastung beim Transport.
2. Einbezug der Konsumenten durch:
   Informationsveranstaltungen, Betriebsbesichtigungen, wozu der zahlungswillige Netzwerkerkreis sicher nicht ausreicht, die Ökobankinteressenten schon eine nennenswerte Erweiterung bilden.
   Bildungskurse zu bewußtem Konsum nicht nur bezüglich Chemie; sondern auch Ausbeutungsfreiheit von Produkten.
   Bewußter Einbezug von Konsumentenkritik durch entsprechende Eingabemöglichkeiten, die verhindern, daß Kritik je nach Tagesform einfach als Anmache abgetan wird:
   Wie wärs z.B. mit schwarzen Brettern zum wechselseitigen Gebrauch:
   - uns nervt an unseren Kunden
   - mich nervt in diesem Laden ?

Das alles verhindert natürlich nicht, daß derlei demnächst auch in Supermärkten auftaucht, gar evtl. bösartig zur Personaldisziplinierung.

Der Widerspruch bleibt - zum einen Informationsinteresse der Konsumenten, um einen positiven Bezug zu einer sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvollen Wirtschaftsecke zu erlangen, zum anderen das notwendige Absatzinteresse derer, die von ihren Produkten leben müssen.

Das muß in einem zweiseitigen Informationsprozeß angegangen werden. Es ist typisch, daß das Marketing der Großfirmen den Konsumenten nur zur Auswahl von Neuerungen eine Rolle zuweist, nicht aber für Neuerungen selbst. Im Regelfall geschieht dies im Nachhinein, den Kaufakt nur noch als Unterstützung der These achtend, daß die Industrie nur dem Konsumenten diene.

Falsche Kaufentscheidungen, Entscheidungen aufgrund unzureichender Information sind dort nur für den Anbieter ein Problem, der seine Ware nicht los wird.

Miteinander als wesentliches Unterscheidungskriterium zur traditionellen Wirtschaft ist das denkbar Verbindende, das „unserer" Art des Wirtschaftens eine Möglichkeit auf breiterer Ebene läßt, um die Entmündigung der Käufer und vermeintliche Sachzwänge der Produzenten zu mindern. Ökologisches Marketing hieße dann eben vor allem Einbezug der kaufenden Umwelt.

Ein wenig Kreativität in dieser Richtung hilft uns vielleicht eher aus der Defensive als das Graben in den Spielzeugkisten traditioneller Betriebswirtschaft.

Eile tut not

Zusammenarbeit im Naturkostsektor: Ideen und Vorschläge aus traditioneller Sicht

Red. Freiburg In der Juni-Ausgabe der CONTRASTE hatte Oswald Paulig Gelegenheit, zum Spannungsverhältnis zwischen traditionellen Konsumgenossenschaften und neuen Naturkostinitiativen Stellung zu nehmen. Michael Wöhrle hat daraufhin in der letzten Ausgabe unter der Überschrift „Eile mit Weile" geantwortet. Weil nichts langweiliger ist als ein literarisches Ping-Pong-Spiel, soll an dieser Stelle der Versuch gemacht werden, neben der Replik auf Michael Wöhrle weitere Diskussionspunkte aus der Sicht der traditionellen Verbandes einzubringen.

Die Antwort auf Oswald Paulig zeigt, wie tief Mißtrauen und Angst vor den etablierten Genossenschaftsverbänden sitzen. Wo vermutet wird, daß ‚kritische Bemerkungen Vertrauen erzeugen sollen, um anschließend durch die Hintertür zu kommen', da ist in der Tat kein Platz für eine offene Zusammenarbeit zwischen Tradition und Alternative.

Der Revisionsverband ist Prüfungs- und Beratungseinrichtung für alle ihm angeschlossenen Genossenschaften, d.h. nicht nur für die von der Frankfurter co op Aktiengesellschaft unabhängigen, aber ebenfalls unter „co op" firmierenden Genossenschaften, sondern auch für die ihm angeschlossenen NATURATA-Genossenschaften, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften eG etc. Seine Funktion als Dienstleistungsträger für neue **und** alteGenossenschaften schließt es aus, selber für den ‚gerechten' Ausgleich zwischen beiden Gruppen zu sorgen.

Der Revisionsverband kann allenfalls Anlauf- und Kontaktstelle für beide Seiten sein, damit die Sprachlosigkeit zwischen alten und neuen Genossenschaften überwunden wird; er will darüberhinaus Erfahrungen vermitteln und Ideen produzieren, die dem alternativen Genossenschaftssektor helfen können.

Angeregt wurde ein Vergleich zwischen Naturkostinitiativen, um ihnen durch Vergleichsmöglichkeiten die Chance zu geben, die eigene wirtschaftliche Grundlage zu verbessern. Die traditionellen Konsumgenossenschaften führen einen solchen Betriebsvergleich durch; die Naturkost-Genossenschaften im Revisionsverband sind daran interessiert -- die Datenbasis ist indessen zu klein.

Wenn das Angebot des Revisionsverbandes hier als Dienstleister aufzutreten, die Sorge auslöst, die Daten könnten in falsche - nämlich traditionelle Hände geraten und dort zum Nachteil der Datengeber ausgenutzt werden, dann kratzt dieser Verdacht natürlich an der Ehre des unparteiischen und verschwiegenen Prüfungsverbandes.

Auf keinen Fall aber sollte das Mißtrauen den dringend notwendigen Betriebsvergleich verhindern. Deshalb mit Nachdruck: Der Revisionsverband muß nicht als Dienstleister in Anspruch genommen werden; er drängt sich nicht nach dieser Aufgabe. Es sollte dann aber ein anderes Büro gefunden werden, das - unter Einbeziehung der im Revisionsverband organisierten Naturkostgenossenschaften - diese Aufgabe erfüllt.

Genausowenig muß der Revisionsverband bei den gleichfalls angeregten Mitarbeiter-Innen-Schulungen durch zeitweisen Arbeitsplatztausch als Vermittler auftreten. Aber die Aus- und Weiterbildung von MitarbeiterInnen ist mit oder ohne traditionelle Hilfestellung für viele kleine Läden ein drängendes Problem, das gelöst werden muß.

Auch die von Paulig formulierte Frage, ob nicht traditionelle Konsumgenossenschaften Verkaufsflächen an Naturkostinitiativen untervermieten können, stößt bei Wöhrle auf Ablehnung. In diesem Punkt wird sich seine Ansicht mit der der meisten traditionellen Konsumgenossenschaften decken. Die Untervermietung wird nämlich nur in sehr seltenen Ausnahmefällen lukrativ sein.

Generell gilt, daß die Naturkostbewegung sich nicht mit sinnlosen Debatten aufhalten sollte, denn eines hat sie mit Sicherheit nicht: Zeit zum Verweilen. Die Veröffentlichungen in der Fachpresse des Lebensmitteleinzelhandels belegen, welche Dynamik in diesem Wirtschaftssektor steckt und mit welcher Vehemenz er in die Marktnische „Naturkost" drängt.

Die „Rationalisierungsgemeinschaft des Handels" (RGH) hat kürzlich eine Untersuchung vorgelegt, die den Trend zur Naturkost durch herkömmliche Anbieter noch verstärken dürfte. Die RGH lockt mit Umsatzsteigerungen von 15 %in 1986, mit traumhaften Netto-Handelsspannen von bis zu 24 %, Renditen bis 11 % sowie mittlerweile akzeptablen Umschlagshäufigkeiten von 6,5/ Jahr bis 12/Jahr.

Die Untersuchung enthält eine konkrete Anleitung, wie mit Naturkost umzugehen ist (Plazierung nicht bei den Nährmitteln, sondern neben Obst und Gemüse oder Feinkost) und stellt fest, daß die Angst des Handels vor der Beratungsintensität unberechtigt sei weil „die meisten Produkte durch ihren hohen Bekanntheitsgrad bereits zur Standardware geworden" sind. Zu den Problemen mit Naturkost heißt es in der Studie wörtlich: „Allerdings erschweren Beschaffungsprobleme das Geschäft mit der Gesundheit. Wollten alle Filialunternehmen ihre Geschäfte mit Biokost beliefern, wäre das einfach nicht möglich".

Das Eingeständnis dieser Schwäche zeigt, wo die Chance für eine autonome und selbstbestimmte Entwicklung des Naturkostsektors liegt und wie die Vereinnahmung durch die Großorganisationen des Handels verhindert werden kann. Die Autonomie der Vertriebswege im Naturkost-Sektor ist allerdings bislang eher zufällig, unorganisiert und wird nicht konsequent durchgehalten, wie z.B. die Zusammenarbeit zwischen BIOLAND und dem Ve Ge-Großhändler Büchter zeigt.

Deshalb ist es wohl keine billige Panikmache, wenn man feststellt, daß der Naturkosthandel bevor er überhaupt eine relevante Größenordnung erreicht hat, schon wieder vom Untergang bedroht ist. Es ist auch aus der Sicht der Verbraucher nicht egal, in welcher Form Naturkost vertrieben wird. Die Vereinnahmung des Naturkostsektors durch den traditionellen Handel hätte nicht nur die von Michael Wöhrle beschriebenen negativen Folgen für das Produkt „Naturkost" selbst. Sie wäre daneben auch eine Niederlage für neues, alternatives, häufig genossenschaftliches Wirtschaften und hätte eine destruktive Ausstrahlung auf andere Sektoren, in denen sich Alternativen durchsetzen wollen. Es ist deshalb notwendig, zu verbindlichen Formen der Zusammenarbeit **innerhalb** des Naturkostsektors zu kommen. Die Vorschläge und Ideen aus traditioneller Sicht (vgl.CONTRASTE Juli 1987) liegen auf dem Tisch. Widerspruch oder Unterstützung hat sich bislang nicht gerührt.

Hans Stapelfeldt

Der Lockruf des Geldes

Die Berliner Praxis der staatlichen Förderung von Selbsthilfegruppen und -projekten / Eine Bestandsaufnahme und Bewertung aus der Sicht der Projekte

Red. Berlin. Vor einigen Wochen hat der Berliner Sozialwissenschaftler Joseph Huber („Wer soll das alles ändern") eine im Auftrag des Senats erstellte Studie vorgelegt, die als Buch erschienen ist, unter dem Titel „Die neuen Helfer" und sich mit der Berliner Praxis der staatlichen Förderung von Selbsthilfegruppen und -projekten beschäftigt. Inzwischen hat der Berliner Arbeitskreis zur Förderung von Frauen- und Alternativprojekten „nachgezogen" und eine Dokumentation erstellt, in der eine Bestandsaufnahme und Bewertung des nunmehr 5 Jahre existierenden „Berliner Modells" (des sog. 7,5 Mio Fink-Topfs) aus der Sicht der Projekte vorgenommen wird. Im folgenden Artikel schildert Lutz Wende von AK-Staatsknete die Förderpraxis im Rahmen des 7,5 Mio-Programms und die unmittelbaren Folgen des Programms für die Projekte: Die politische Bewertung des „Berliner Modells" folgt in der nächsten CONTRASTE- Ausgabe.

Ausgangspunkt der Projekte war die Anerkennung der von ihnen geleisteten gesellschaftlich nützlichen Arbeit durch eine bedarfsgerechte Dauerförderung (mit tarifgerechter Entlohnung) in Form eines Selbstverwaltungsfonds.

Die intendierte Projektförderung ist vom Senat nicht aufgenommen worden. Stattdessen wurde mit der Beschränkung auf Selbsthilfeförderung, der Ablehnung eines „Beschäftigungsprogramms" sowie der Zuordnung zum Ressort „Gesundheit und Soziales" von vornherein ein grosser Teil der Projekte aus anderen Bereichen ausgegrenzt (z.B. gewerbliche Projekte sowie Projekte aus den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft). Desweiteren wurde die Selbsthilfeförderung auf „Einzelmaßnahmen" begrenzt. Dies bedeutet, daß nie die gesamte Arbeit eines „Selbsthilfe-Projektes" gefördert wurde, sondern immer nur der Bereich, der mit Selbsthilfe oder Anleitung zur Selbsthilfe beschrieben werden kann.

Mit dieser Einschränkung wird den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen, von der originären Selbsthilfegruppe bis zum Alternativprojekt, in keiner Weise Rechnung getragen. Insgesamt hat Fink es geschafft, sich für die Öffentlichkeit das liberale fortschrittliche Mäntelchen der Förderung „alternativer Ansätze" umzuhängen, indem er in geradezu genialer Weise einen Begriff aus der medizinischen Versorgung zu einem sozial- und gesellschaftspolitschen Instrument (aber mit einem ähnlichen sozial-pathologischen Ausgrenzungscharakter) umfunktionierte.

Die Widersprüchlichkeit des Programms wird schon am Konzept der „Anschubfinanzierung" deutlich, ein Begriff übrigens, der aus der Wirtschaftsförderung stammt. Die Selbsthilfegruppen und Projekte sollen drei Jahre lang „angeschoben" werden und sich dann selbst finanzieren können. Dabei hätte von vornherein klar sein müssen, daß im sozialpolitischen Bereich jegliche Arbeit subventioniert werden muß – und auch wird. Trotzdem schreibt das Programm fest, daß ein Eigenanteil erbracht werden muß.

Um nach drei Jahrensden Zusammenbruch vieler von der „Anschubfinanzierung" abhängigen Initiativen zu vermeiden, wurde 1985 die „Selbsthilfeförderung – Stufe II" entwickelt. Um in die zweite Stufe zu gelangen, mußten die Kriterien dreijährige Anschubfinanzierung, sowie Bedarf und Eignung erfüllt sein. Der Anteil der Eigenleistungen liegt weiterhin bei 20 %. Insgesamt sind die Kriterien der Selbsthilfeförderung so schwammig (aber durchaus pragmatisch) gewählt, daß sich im Verlauf der Förderung mannigfaltige zusätzliche Ausgrenzungsmöglichkeiten ergeben.

Das Sich-Einlassen auf die Selbsthilfeförderung wird für die Projekte insofern zum Problem, als die Möglichkeiten, in den regulären Haushalt zu gelangen, wie es in anderen Bundesländernsund Städten möglich ist, minimiert werden. Somit ist ein Teil der Arbeit der Projekte aus dem sozialpolitischen Bereich zur „ehrenamtlichen Laienhelferarbeit" degradiert worden.

Zunehmend werden die Mittel des Fink-Topfes als eine Art „Feuerwehrfonds" für Vorhaben verwendet, die sich im laufenden Haushalt nicht unterbringen lassen. So geht ein großer Teil des Geldes an die Aids-Hilfe, deren Finanzierung eigentlich in den regulären Haushalt gehört. Desweiteren an sogenannte „investive Vorhaben" professioneller Träger, also Einrichtungs- und Umbaumaßnahmen, für „ergänzende Einrichtungen zur Betreuung psychisch Kranker" (therapeutische Tagesstätten, therapeutische WGs, Rehabilitationseinrichtungen).
Bisher wurden diese Maßnahmen aus dem jetzt ausgelaufenen Bundesmodellprogramm Psychiatrie gefördert.

Der Trick mit der Förderung von Einzelmaßnahmen kommt hier den großen, professionellen Trägern zugute. Die kleineren Träger (bzw. die originären Selbsthilfegruppen) werden (nicht nur finanziell) benachteiligt. Für sie werden „Raum- und Service-Stationen", lokale Kontakt- und Beratungsstellen eingerichtet. Diese sollen als „Selbsthilfeanimateure" die Nutzung von Räumen, Büros und technischen Hilfsmitteln sowie eine fachliche Beratung organisieren. Sie sollen flächendekkend über Berlin verteilt werden und haben als Anlaufstelle für Einzelpersonen und Gruppen in der gesundheitlichen Selbsthilfe eine wichtige Funktion. Als sozialpolitische Einrichtungen wären sie aber überfordert. Trotzdem sollen sie, nach dem Willen des Senats, der Etablierung des Selbsthilfegedankens auf allen Ebenen dienen.

Betroffene sollen sich hier zusammenfinden und sich gegenseitig selber helfen, unbezahlt selbstverständlich, denn dafür bekommen sie ja ein umfangreiches Serviceangebot und, wenn nötig, die Anleitung durch fachliche Hilfe.

Hier wirken bezahlte Spezialisten in den Selbsthilfe-Zentren, die unbezahlte Arbeit bleibt in den Gruppen und Projekten. Wenn eine dieser Institutionen in einem Bezirk vorhanden ist, verringern sich die Chancen kleinerer Träger mit dem Argument, dieser Bezirk sei schon „versorgt" bzw. mit dem Zwang der Angliederung an das betreffende Zentrum.

Insgesamt 1/3 der Fördersumme (2,5 Mio DM) wird für die Finanzierung von Institutionen bzw. zusätzlicher Aufgaben verwendet. Dies bedeutet eine weitere Einschränkung der Möglichkeiten kleinerer Gruppen.

Dieses Mißverständnis wird auch deutlich an der geringen Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze (ca. 80). Trotzdem muß die Schaffung von Arbeitsplätzen als Erfolg gewertet werden, da ursprünglich überhaupt keine Personalmittelfinanzierung intendiert war. Aber: Im Unterschied zu dem Personal, das sich **mit** der und **über** die Selbsthilfe beschäftigt, was von Seiten des Senates als schwierig und bedeutungsvoll eingestuft und dementsprechend nach BAT (incl. teilweiser Aufwertung) beglichen wird, werden die Arbeitsplätze in den Projekten mit einer „Personalkostenpauschale" abgegolten. Diese ist unabhängig von der Qualifikation der jeweiligen MitarbeiterInnen wie auch der konkreten Arbeit als eine Art „Einheitslohn" (so die zynische Begründung) an BAT Vb (Eingangsstufe Sozialarbeiter) angelehnt, aber **ohne** Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und zusätzliche Leistungen. Diese Stellen sind auf ein Jahr befristet, allerdings mit der Möglichkeit der Verlängerung im Falle einer weiteren Förderung. Es sind zudem in überwiegender Zahl nur Teilzeitstellen („halbe Stellen"), so daß die Bezahlung extrem niedrig zu nennen ist. Derart befristete, untertariflich bezahlte und unsichere Stellen sind als prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu bewerten. Auch die Möglichkeit der Einrichtung von ABM-Stellen bietet, da diese ebenso befristet sind, keine längerfristige Perspektive.

Während der vergangenen 5 Jahre sind immer wieder Projekte ausgegrenzt bzw. nicht in die Förderung übernommen worden: Asylprojekte wie auch Sozialhilfeberatungsprojekte bekommen keine Fördermittel, ein Arbeitslosenladen wurde aufgrund seiner politischen Betätigung gekippt und nicht zuletzt der AK Staatsknete selbst wurde wegen seiner politischen Position unter fadenscheinigen Gründen aus dem Programm geworfen. Dies alles entgegen der offiziellen Beteuerung, nicht die Politik der Projekte beurteilen zu wollen, sondern ihre Selbsthilfearbeit. Hier zeigt sich deutlich, daß die derzeitige Form der Selbsthilfeförderung es zumindest ermöglicht, der politischen Zielrichtung des Senates entgegenstehende Projekte auszugrenzen. Und selbstkritisch muß hinzugefügt werden: Diese Ausgrenzungen haben nicht zu Solidarisierungsprozessen in der Szene geführt.

Die Projektszene ist insgesamt zersplittert und schafft es nicht, ihre inhaltlichen wie politischen Forderungen deutlich zur Geltung zu bringen.

Die Ausrichtung des Förderprogramms betont Ehrenamtlichkeit, d.h. die sozialpolitische Einbindung unbezahlter Arbeit. Arbeitsplätze sollten nicht geschaffen werden. Die Forderungen der Projekte nach besserer Bezahlung, nach Umstrukturierung des Etats und nach Entbürokratisierung blieben ungehört.

Zur weiteren Entwicklung einer sinnvollen Projektarbeit ist zum einen eine finanzielle Absicherung der gesamten Projektarbeit unabdingbar. Die Finanzierung muß dementsprechend in eine bedarfsgerechte Regelfinanzierung inclusive der Verteilung der Gelder durch die Projekte selbst umgewandelt werden. Diese Forderung beinhaltet ebenfalls die tarifgerechte Bezahlung der Projektmitarbeiter.

Zum anderen heißt dies für die Projekte, sich über ihre konkrete Arbeit auszutauschen und die Entwicklung, die der Alltag der Projektarbeit mit sich brachte, wie auch die schleichenden Veränderungen der Projektstruktur zu diskutieren; heißt, die Zusammenarbeit zu verbessern und heißt auch, eine Infrastruktur aufzubauen, die es erlaubt, in der sozialpolitischen Diskussion, die das Arbeitsfeld bestimmt, kräftig mitzumischen. Dies bedeutet für die Berliner Projekte auch, andere Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, um aus der Fixierung auf den Selbsthilfetopf herauszukommen.

Zur Weiterführung dieser Diskussion plant der AK Staatsknete im Herbst eine Tagung, auf der neben einer Bestandsaufnahme die veränderten Projektstrukturen, die Entwicklung weiterer Perspektiven wie auch die Verbindung von Sozialpolitik und Selbsthilfeförderung diskutiert werden sollen.

Lutz Wende
AK Staatsknete Berlin
Arbeitskreis zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Bürgerinitiativen und Alternativprojekte e.V.
Bethaniendamm 25
1000 Berlin 36
30/6183020

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Langsam kommts ins Rollen

Landwerk Bayern auch für die Provinz

Red. Nürnberg.Seit die Netzwerke Bayerns laut über ein „Landwerk" als Fördereinrichtung für alternative Projekte in Bayern nachzudenken begonnen haben, kommen die Dinge erst langsam ins Rollen. Trotzdem, erste potentionelle Finanzierungspartner melden sich...nicht nur aus Bayern.

Und auch aus den Weiten Nordbayerns hallt es verhalten vom Landwerk wieder: aus Regensburg oder aus Würzburg. Und das hat das Landwerk auch bitter nötig, um für die einzelnen Regionen überhaupt Förderpolitik ernsthaft diskutieren zu können. Tatsächlich war bei bisherigen Treffen von nördlich der Donau immer nur Netzwerk Franken vertreten.

Dabei bestehen in Nordbayern durchaus wichtige Projektnetze, etwa um das Bürgerhaus in Coburg, das Autonome Kulturzentrum Würzburg oder den Regensburger Verein zur Beratung sozialer Einrichtungen, um nur einige zu nennen. Außerdem häufen sich in letzter Zeit beim Netzwerk Franken Projektanfragen aus den weiten Räumen zwischen Fulda und Regensburg in teilweise, für Netzwerk-Verhältnisse, exorbitanter Höhe. Etwa das Dreifache dessen, was Netzwerk Franken seit sieben Jahren fördern konnte, wird da gebraucht... und zum Teil äußerst dringend. Wenn dann der Kreditverteiler in München zum x-ten Mal einen Biobaumarkt oder Bioladen schlucken soll, um Direktkredite zu produzieren, ist auch dieser Markt bald abgegrast. Die bestehenden Finanzierungseinrichtungen sind offenbar überfordert.

Daher ist auch beim Landwerk Eile mit Weile geboten, um den Norden Bayerns an die stark vom (Netzwerk-) reichen Süden getragene Entwicklung anzukoppeln.

Das Landwerk soll nach bislang diskutierten Strategien schon bald öffentlich thematisiert werden. Bereits im kommenden Winter planen die MacherInnen, über CONTRASTE Forumsveranstaltungen in Augsburg, München und Nürnberg auszurichten, auf denen mit PolitikerInnen, und ExpertInnen, Finanziers und Projekten über einen Haftungsfonds als ersten möglichen Realisierungsschritt eines Landwerks gesprochen werden kann.

Künftige Treffen werden auf Angebot der KOVAP (Kontaktstelle für verbandliche Arbeitslosenprojekte, CAJ Bayern) von derselben betreut (Einladung, Koordination etc). Zunächst fehlen aber mehr Projekte und Projektnetze, die ihre Interessen einbringen.

Die können/sollen sich auch auf dem nächsten Treff einmischen, der deshalb hiermit höchst öffentlich verkündet sei:

Landwerk-Diskussion, 10.10. um 11 Uhr in Nürnberg, „Volksschule" im Gewerbezentrum Johannis, Steinstr.21

IM VERGLEICH ZU UNS SIND ALLE ANDEREN GLEICH

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle

die tageszeitung
Blackout is beautiful!

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

**Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!*

Name:
Vorname:
Straße:
Ort:
Datum:
Unterschrift:

☐ Verrechnungsscheck liegt bei
☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift:
650

Ökobank

Echte Alternativen zum traditionellen Leistungsangebot sind möglich

Nach ihrer Zulassung zum Betreiben von Bankgeschäften wird die „Ökobank" ein differenziertes Angebot von Bankdienstleistungen anbieten. Wir nehmen den Auftrag der GründerInnen sehr ernst, zusätzlich echte Alternativen zum traditionellen Leistungsangebot der Banken zu entwickeln. Impulse für neue Produkte erhoffen wir uns insbesondere aus dem Umfeld der die „Ökobank" tragenden gesellschaftlichen Gruppen. Von dort werden wir Anregungen aufnehmen und versuchen, diese in entsprechende Produktideen umzusetzen. Diese Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden gehört wesentlich zu unserem Selbstverständnis.

Oliver Förster

Stufenweiser Ausbau der Bankdienstleistungen

Daß eine derartige Geschäftspolitik nur stufenweise und unter Beachtung aller banküblichen Kriterien erfolgen kann ist selbstverständlich, ebenso wie die Notwendigkeit, stets für die Übereinstimmung zwischen bankmäßigen Erfordernissen und individuellen Wünschen der Kundinnen und Kunden zu sorgen. Aus diesem Grunde werden wir zunächst nur wenige Bankprodukte anbieten, gleichzeitig jedoch an Produktinnovationen arbeiten.

„Ökobank" - Sparbriefe

Vor diesem Hintergrund wird die „Ökobank" gerade im Einlagengeschäft neue Akzente bei der Produktgestaltung setzen. So denken wir daran, nicht nur die traditionellen standardisierten Anlageformen anzubieten, sondern Ökobank-spezifische Anlagen zu entwickeln und herauszugeben. Gedacht ist hierbei zunächst an „Ökobank"-Sparbriefe. Diese Sparbriefe wird es für allgemeine und klar definierte Geldanlagen geben. So werden nicht nur Umwelt-Sparbriefe sondern auch Sparbriefe für spezielle Projekte herausgegeben. Gerade im Bereich der speziellen „Ökobank"-Sparbriefe hoffen wir auf mannigfaltige Anregungen der die „Ökobank" tragenden gesellschaftlichen Gruppen.

Tranzparenz als Aufgabe „alternativer Geldpolitik"

Ziel unserer „alternativen Geldpolitik" ist eine bessere Transparenz zwischen Mittelherkunft und Mittelverwendung für die interessierten EinlegerInnen. Deren Forderung soll erfüllt werden über den Erwerb alternativer Bankdienstleistungen „mitentscheiden" zu können, in welchen gesellschaftlichen Bereichen die Bank investiert. Diese „Mitentscheidung" der EinlegerInnen ist ein wesentliches Element unserer Unternehmensphilosophie.

Ein weiteres Element dieser „alternativen Geldpolitik" ist die Verdeutlichung des Zinsgewinns für die EinlegerInnen auf der einen Seite und Zinsbelastung für die Projekte als Kreditnehmer auf der anderen Seite. So können die EinlegerInnen durch Zinsverzicht die wirtschaftliche Basis der kreditnehmenden Projekte stärken, deren Zinsbelastung durch den Zinsverzicht der EinlegerInnen entsprechend verringert wird.

Alternativen auch in der Kreditvergabe

Auch im Bereich der Kreditvergabe werden Alternativen zum traditionellen Bankgeschäft deutlich. Die Kreditvergabe wird nicht nur von betriebswirtschaftlichen Kriterien abhängig gemacht, sondern darüber hinaus werden geänderte gesellschaftliche Wertvorstellungen mitberücksichtigt. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, alternative Geldanlagemöglichkeiten für die Bank zu finden und banktechnisch umzusetzen, für die über die Produktpolitik der Einlagenseite Nachfrage innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen besteht. Die Spannungsbreite dieser Anlagemöglichkeiten für die „Ökobank" kann dabei von Investitionen im Bereich des Umweltschutzes, Investitionen in umweltfreundliche Technologien, über Investitionen in den biologischen Landbau bis hin zu Investitionen in bestimmte gesellschaftliche Projekte reichen. Daneben werden wir natürlich auch für die Privatkundin und den Privatkunden da sein.

Uns ist völlig klar, daß eine derartige Kreditpolitik nur durch eine genaue Prüfung der Wirtschaftlichkeit der zu finanzierenden Objekte erfolgen kann. Darüber hinaus haben wir differenzierte Überlegungen zur Risikobegrenzung angestellt und verbindlich im Geschäftskonzept der „Ökobank" verankert. Sollten bestimmte AntragstellerInnen nicht genügend Sicherheiten stellen können, so wollen wir auch dort Einfallsreichtum zeigen. So werden wir bei der Suche nach vertretbaren Finanzierungslösungen auf die Hilfe bei der Beschaffung von Sicherheiten, etwa durch Bürgschaftsgemeinschaften, auf die Zusammenarbeit mit anderen auf diesem Gebiet tätigen Initiativen und auf eine umfangreiche Informations- und Beratungspolitik besonderen Wert legen.

Unverzinsliches Eigenkapital – ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung des Förderzwecks

Ein wesentlicher Pfeiler für die Umsetzung der „alternativen Geldpolitik" wird das nicht zu verzinsende Eigenkapital der „Ökobank" sein. Durch den Verzicht auf Zinsen für das Beteiligungs-(Genossenschafts-) Kapital leisten die Mitglieder der „Ökobank" einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Geschäftspolitik. Je mehr dieses unverzinsliche Kapital den Deckungsbeitrag für die Sach- und Personalkosten der „Ökobank" leisten kann, desto größer wird der Nutzen sein, den die Ökobank bietet. Und deshalb ist mit einem Eigenkapital von 6 Millionen DM zwar den Ansprüchen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen zwar Genüge getan, über die Umsetzung der Geschäftspolitik ist mit dieser absoluten Größe jedoch noch nichts ausgesagt. Deshalb wird ein weiterer Gegenstand unserer Geschäftspolitik das Ziel einer hohen Eigenkapitalquote sein.

Abstand vom Massengeschäft

Girokonten werden wir vorrangig nur für KreditnehmerInnen anbieten und entsprechend der Nachfrage sukzessive auf andere Gruppen ausweiten. So werden diese im Zwischenschritt Firmen und Organisationen angeboten. Von einem Einstieg ins Massengeschäft sehen wir vorerst noch ab. Allerdings werden wir auch hier das Gespräch mit InteressentInnen suchen und bei entsprechender Nachfrage und Wirtschaftlichkeit Kreativität zeigen.

Mut zur Bescheidenheit

Eine derartige alternative Geschäftspolitik läßt sich nicht ohne Haken und Ösen aus dem Stand umsetzen.

Doch wir sehen gerade in der Beschränkung auf zunächst wenige Bankprodukte den notwendigen Mut zur Bescheidenheit, der eine solide Geschäftspolitik sicherstellen wird. Wir gehen davon aus, daß eine derartige geschäftspolitische Vorgehensweise Verständnis bei Kundinnen und Kunden finden wird.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aufsichtsrat erweitert

Ein weiterer Schritt zum Ziel

Die Ökobank Genossenschaft in Gründung hat auf ihrer Generalversammlung am 5.8.1987 den Aufsichtsrat von drei auf sechs Personen erweitert. Karl Bergmann und Agnes Lewe schieden aus persönlichen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus. Neben Michael Berger gehören jetzt Wolfgang Roth (SPD/MdB), Jo Müller (Ex-MdB Grüne), Dieter Seifert (ehemaliger Geschäftsführer der Frankfurter American Express Bank), Jutta Gelbrich (als Vertreterin der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen) und Dieter Reincke (Geschäftsführer des Ökobank-Vereins) dem neuen Aufsichtsrat an. In seiner anschließenden Sitzung wählte der Aufsichtsrat Dieter Reincke zu seinem Vorsitzenden, Jutta Gelbrich zur stellvertretenden Vorsitzenden und Michael Berger zum Schriftführer.

Torsten Martin

Froh ist die Ökobank über die Bereitschaft kompetenter Fachleute wie Wolfgang Roth, Jo Müller und Dieter Seifert, im Aufsichtsrat mitzuarbeiten. In deren Entschluß, die Ökobank mit Rat und Tat zu begleiten, sieht man auch eine Bestätigung der bisher geleisteten Arbeit. Gleichzeitig ist die Erweiterung des Aufsichtsrats ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zum Ziel.

Daß die „Ökobank" als Instrument eines neuen wirtschaftlichen Denkens zunehmend an Vertrauen gewinnt, geht zudem aus einer Bemerkung Wolfgang Roths, wie auch aus einem Kommentar im „Handelsblatt" hervor. So betonte Wolfgang Roth, daß „wer A sagen auch B sagen müsse." Wer Alternativen für wichtig erachte, der müsse auch bereit sein, sich aktiv dafür einzusetzen, u.a. auch durch die Übernahme eines derartigen Mandats." Und im „Handelsblatt" war unter der Überschrift „Ökobanker kurz vor dem Ziel" in der Ausgabe vom 13.8.1987 zu lesen, daß „es schade wäre, wenn das Projekt an sachfremden Ressentiments scheitern sollte". „Ausdauer und Engagement", so das Blatt weiter, „hätten die Ökobanker jedenfalls bewiesen", abschließend, „die Marktwirtschaft lebt von solchen Unternehmertugenden".

Mit dem neuen Aufsichtsrat wird die Ökobank Genossenschaft in Gründung in den nächsten Wochen den Zulassungsantrag beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin stellen. Die genossenschaftliche Gründungsprüfung als Voraussetzung zur Aufnahme in den Genossenschaftlichen Prüfungsverband läuft seit dem 16.6.1987.

Sollte sich in diesen Institutionen eine ähnliche Haltung durchgesetzt haben, wie sie im Kommentar des „Handelsblatt" zum Ausdruck kommt, könnten die ersten Kunden und Kundinnen womöglich zwischen dem 1.1. und 1.4. 1988 die Schalterhalle in Frankfurt betreten – endlich, nach über drei Jahren Arbeit.

Die kompetente Erweiterung des Aufsichtsrats sollte von den Institutionen als weiteres Signal in Richtung einer soliden Geschäftspolitik verstanden werden und damit erneut die Möglichkeit eröffnen, zögerliche Haltungen aufzugeben.

Neue Adresse

Der Landesverband Schleswig-Holstein des Ökobank-Vereins hat eine neues Adresse:
Schwartauer Allee 39–41
2400 Lübeck 1
Kontakt-Tel. 0451/47 62 23
Bitte notiert Euch diese Adresse!

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Zäh wie Leder

Die weiteren Aktivitäten des Vereines Selbstverwalteter Grafischer Betriebe

Constantin Bartning

Auf einen lahmen Start waren wir vorbereitet. So hat es uns nicht sonderlich erschüttert, daß nach den Rundschreiben an die Betriebe die Mitgliedserklärungen nicht waschkorbweise eingegangen sind.
Wie erwartet, hat sich die Geldfrage als das Hauptproblem des Beitritts erwiesen (neben Bermudadreiecken in einigen Ablagen und Urlaub). Bringt der Verein eine angemessene Leistung für so viel Geld (200 DM/Jahr pro Betrieb, und 100 DM/Jahr pro Mitarbeiter)?
Wir wünschen eine klare Diskussion der Frage, was der Verein „wert" ist. Wir wollen keine Karteileichen, wir wollen die Mitglieder auch nicht als Rechtfertigung für öffentliche Zuschüsse.
Wir werden Leistung zeigen.

Das Angebot für die nächsten Monate.
Seminar und Mitgliederversammlung vom Freitag, dem 9.10.87 bis Sonntag, dem 11.10.87 in Kassel.

Die Themen:
Freitagabend: Vorstellungsrunde, anschließend Bericht über die dramatische Krise eines Betriebes und die Erfahrungen daraus.

Am Sonnabend im Rahmen der Mitgliederversammlung (welche für Gäste offen ist): **Welche Erwartungen** haben wir an eine professionelle Arbeit bezüglich Erfahrungsaustausch, **Kooperation und Weiterbildung?** Welche Gefahren sehen wir?

Da der Verein bisher keine Frauen unter den Aktiven hat, wählen wir, dem Trend der Zeit folgend, einen **Fräuenbeauftragten.**

Sonnabend-Nachmittag-Seminar: **Was bedeutet für uns Selbstverwaltung/Kollektivarbeit?** Vorgetragen werden gelebte und aufgezeichnete Betriebsverfassungen sowie eine Utopie. Anhand dieser Beispiele wollen wir erarbeiten, wodurch sich unsere Betriebsform besonders auszeichnet, und wohin wir sie entwickeln wollen. Was macht den Unterschied aus zwischen Selbstverwaltung/Kollektivarbeit und erweiteter Mitbestimmung mit Belegschaftsanteilen?

Parallel dazu Seminar: Die **Entwicklung im PC- und Fotosatz.** Erfahrungsberichte aus Betrieben, die mit Satz und Desk-Top-Publishing arbeiten. Überblick über Low-Cost-Systeme für Einsteiger und Kleinbetriebe.

Eventuell parallel: Erfahrungsbericht über die Einführung der **FORGRA-Standardiesierung** für Druckformherstellung und Druck in einem Betrieb.

Sonntag: Bericht aus den Arbeitsgruppen, Planung weiterer Seminare.

Dieses Programm ist für ein Wochenende zu voll. Wir würden gerne breit die Vereinsaufgaben, also die Entwicklung von Weiterbildung und Erfahrungsaustausch diskutieren. Wir stehen aber vor dem Problem, den Betrieben genug bieten zu müssen für das Geld und die Anreise. Und ist dafür ein Thema „attraktiv" genug? Gleichzeitig sollen die Teilnahmegebühren gering sein (ca. 90 DM fallen allein für Übernachtung und Essen im Tagungshaus an). Solange die Betriebe erst Leistung sehen wollen, bevor Beiträge fließen, muß entweder Vorbereitung und Nacharbeit für ein Trinkgeld erledigt werden, oder es wären Teilnehmerbeiträge zwischen 100 und 200 DM erforderlich.

Für diese und die folgenden Tagungen ist eine **Anmeldung mit Themenwunsch unbedingt erforderlich.** Bitte mitteilen, ob ein Thema auf einen anderen Termin verschoben werden sollte. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Wer unangemeldet kommt, muß damit rechnen, keine Mahlzeiten und Übernachtungsmöglichkeit zu bekommen.

Der beste Weg von der Druckvorlage zur Druckplatte?
Seminar vom 13. bis 15.11.87 in Kassel.

Am Freitag: **Vorführung des S/W-Flachbettscanners** der Grafischen Werkstatt Kassel und **Diskussion** der damit gemachten Erfahrungen in der laufenden Arbeit (unbedingt voranmelden!). Welche Vorteile bringt das Gerät? Sind die hohen Investitionskosten zu erwirtschaften? Welche Probleme haben sich ergeben? (Nach Voranmeldung kann der Scanner auch schon am 9.10. vorgeführt werden. Die Praxiserfahrungen sind dann noch unzureichend.)

Am Sonnabend: Kollegen von Montania/Dortmund, Grafische Werkstatt Kassel, Oktoberdruck/Berlin werden die Druckformherstellung vergleichen über Negativ-Film (ultratec) und Platte, Positiv-Film (copyproof) und Platte, Copyrapid-Offset-Direktplatte für das Format DIN A 1 und DIN A 3.

Verglichen werden die Herstellungszeiten, Gesundheitsgefährdung, der Materialaufwand, der Geräteaufwand, die Abfallmengen und Kosten, die Verarbeitung von Fotos, das Korrekturverhalten, die Verarbeitung von kombinierten Vorlagen (z.B. Fotosatz und Zeitungsausschnitte), Rüstzeit in der Formherstellung und der Druckmaschine, Zuverlässigkeit, das in Frage kommende Auftragsspektrum. Herangezogen werden die Erfahrungen im Alltag sowie die Erfahrungen mit einer Testform.

Weitere Verfahren können in den Vergleich einbezogen werden, wenn Ihr Euch an der Vorbereitung beteiligt.

Angebot und Abrechnung auf PC: Große Lösung für viel Geld oder Arbeitshilfen selbstgestrickt?
Seminar vom 4. bis 6.12.87 in Kassel

Berichtet werden die Erfahrungen von Betrieben mit kompletten Kalkulations- und Abrechnungsprogrammen (Branchenlösungen): Welche Erleichterungen haben sich ergeben? Welche erwünschten und unerwünschten Veränderungen mußten in den betrieblichen Abläufen vorgenommen werden?

Welche Erfahrungen wurden mit selbstgemachten Lösungen gemacht? Können evtl. 70% der Aufgaben der großen Programme durch geschickten Einsatz von Standardsoftware mit viel geringerem finanziellen Aufwand erledigt werden? Welche Kenntnisse sind dafür erforderlich? Welche Vor- und Nachteile haben diese „kleinen" Lösungen?

Dieses Treffen ist für Leute, die sich mit der Computerei schon etwas beschäftigt haben und über Grundkenntnisse verfügen.

Alle Seminarthemen werden gründlich durch Arbeitsmaterial vorbereitet und protokolliert. Die Unterlagen werden an Mitglieder und angemeldete Teilnehmer verschickt.

Die Seminare finden im Gut Kragenhof (umgeben von Wald und Feld in einer Flußschleife der Fulda) bei Kassel statt. Der Weg mit dem Auto ins Stadtzentrum von Kassel dauert nur ca. 15 Minuten. Die Unterbringung und das Essen waren bei unseren bisherigen Treffen vorzüglich!

Weitere Projekte:
Die Broschüre mit den **Betriebsbeschreibungen** aufgrund der Umfrage soll bis Anfang Oktober vorliegen. Sie wird in zwei Versionen erscheinen:
- als Bezugsquellennachweis nur mit Angaben über Eigentumsverhältnisse, technische Leistung/Angebotspalette
- zur gegenseitigen Information darüberhinaus mit Arbeitszeiten und Einkommen usw.

Vor dem Druck erhalten alle Betriebe Korrekturabzüge.

Die **MusterMappe** wird mit dem Abschnitt über Papiersorten begonnen. Sie soll ebenfalls Anfang Oktober vorliegen. Als zweites soll der Bereich „Vorlagenherstellung/Manuskripte" erstellt werden.

Ende mit Schrecken
Über den Konkurs der Freiburger Selbstverwalteten Druckerei Bundschuh ein Bericht auf Seite 4

Anzeige

NEUES DENKEN IM OST EN ERSETZT NICHT DAS EIGENE DENKEN IM WESTEN

WIR HOLEN DIE RUSSEN

WENN SIE DIE VOLKSZEITUNG

JETZT NICHT ABONNIEREN

Als Wochenzeitung mit demokratischem Anspruch können wir zuhören und lassen uns durch Argumente überzeugen. Die Volkszeitung lebt vom Widerspruch. Friedensaktionen und die Diskussion sicherheitspolitischer Konzeptionen sind nur gemeinsam wirksam. Und wer selbst nachdenkt, braucht die Russen nicht zu holen.

Volkszeitung die tat

INTELLIGENT
PROGRESSIV
STREITBAR

An Volkszeitung-Leserservice, Postfach 2726, 4000 Düsseldorf

Ja, ich möchte ein **8-Wochen-Probierabo** der Volkszeitung für ganze NEUN DM gegen Rechnung. Das Abo wird **nicht** automatisch fortgesetzt.

Vorname, Name

Straße

Wohnort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Volkszeitung, Ostr. 154, 4000 Düsseldorf widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

Wir verlosen 100 x unter allen, die ein 8-Wochen-Probierabo für NEUN DM bestellen. Jewtuschenko's Roman liefert in großer Dichte Anregungen zum Verständnis der sowjetischen Entwicklung. 352 Seiten/ Ladenpreis 9,80 DM.

„Wir haben keine Ansprüche auf die Wahrheit in letzter Instanz. Wir reagieren bereitwillig auf Vorschläge, die andere Länder, politische Parteien, gesellschaftliche Bewegungen und auch einzelne Personen unterbreiten."
MICHAIL GORBATSCHOW am 16. Februar 1987*
*Wir senden Ihnen die Rede gerne im Wortlaut zu.
Die Anzeigenidee stammt von der Schweizer WochenZeitung.

JETZT AUCH IM HANDEL FÜR **2.- DM** JEDEN FREITAG

In Einigkeit zweigleisig fahren...!

oder: Kein Himmel auf Erden, solange es um Geld und Strukturen geht!

Petra Inden

Red. Rhein/Main **Bericht über den Workshop zur grün-nahen Stiftung in der Gesamtschule Bonn-Beuel am 27./28.6.87.**

Gedacht war dieser Workshop als gründliches Diskussionsforum zwischen Grüner Partei und sozialen Bewegungen, aber schon die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und der Zeitdruck, unter dem die Betroffenen stehen – im September entscheiden die Grünen über ihre Stifung – lassen darauf schließen, daß es so gründlich nicht werden kann. Eher sieht alles nach einem letzten verzweifelten Versuch aus, die Bewegungen nun doch noch in die Stiftungsdebatte miteinzubeziehen.

Vertreter der Stifungskommission, die vor einem Jahr eingesetzt wurde, um Ordnung in das Modell-Chaos zu bringen, und die Fürsprecher der vier Modelle besetzen das Podium und stellen diese vor peinlich leeren Stühlen vor (es sind etwa 200 Teilnehmer gekommen).

Da fordern Grüne Bundesländer-VertreterInnen unter dem Gesichtspunkt der Basisdemokratie und Dezentralität eine Bundesstiftung, die Dachverband für elf Landesstiftungen sein soll. Vertreter des Bundeskongresses Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) und des Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) fordern zentrale Strukturen, um Widerstand zu organisieren und parteinahe Geldvergabe, wie sie bei Länderstiftungen zu befürchten sei, zu vermeiden. Die Heinrich-Böll-Initiative – der Name steht für das Programm – sieht die Stiftung als Möglichkeit der Diskussion zwischen Bewegungen, der Grünen Partei und parteiunabhängigen Persönlichkeiten und möchte dadurch ein „anderes Deutschland" darstellen. Und – was allseits neu ist – sie bieten den Frauen inzwischen einen unabhängigen Bereich an. Diese Neuigkeit kann die Frauen allerdings nicht davon abbringen, ihre Frauenstiftung, in der alle Entscheidungen den Frauen überlassen bleiben, auch weiterhin vehement zu vertreten. Und bevor an dieser Stelle die Diskussion aufbricht, trennt man sich zum Mittagessen. (Die verschiedenen Modelle werden in den nachfolgenden Beiträgen eingehender dargestellt.) Und während man sich danach über drei der vier Modelle in relativ ergebnis-, wenn auch nicht immer fruchtlosen Diskussionen die Köpfe für ihre jeweiligen Vorstellungen heißredet, lassen sich die Frauen erst gar nicht auf eine Diskussion ein, sondern entwickeln – abgesondert von allen draussen auf der Wiese – Ideen und Ansätze zur Struktur und Inhalt ihrer Frauenstiftung und gründen nebenbei den Initiativkreis 'Frauen-An-Stiftung'. Annäherungen gab es zwischen den einzelnen Vorstellungen kaum, es geht ja immerhin um Geld, wobei man sich dann doch wieder einig war, daß man darauf nicht verzichtet. So ging es auch weniger um die Frage der Stiftungsgründung überhaupt, womit die Partei sich nach ihrer Verfassungsklage gegen pauschale Zuschüsse aus Haushaltsmitteln an die Parteistiftungen und den damit verbundenen krummen Parteispendengeschäften einfach schwertun muß, sondern eher darum, wer entscheidet und wie entschieden wird. Hier blieb die Diskussion vielfach bei der Frage der Organisation stekken (zentral/dezentral), so daß kaum über politische Inhalte geredet wurde. Konsens bestand darüber, daß die Stiftung ein eigenständiges Profil entwickeln muß, daß allerdings mit ihr keine Parallelstrukturen zu den bestehenden politischen Zusammenhängen aufgebaut werden dürfen, die die bisherige Arbeit der Bewegungen mindern oder beherrschen. Sachliche Ergebnisse gab es wohl ebenso keine; wären die zu erwarten gewesen, hätten sich ja vielleicht einige mehr der 44 Abgeordneten nach Bonn-Beuel bequemt. Ein einziger hielt es für nötig (Helmut Lippelt), die Bundestagsfraktion zu vertreten, so daß dieser Workshop schon ein wenig an eine ‚Brot-und-Spiele'-Veranstaltung erinnerte, die lediglich dazu gedacht schien, das schlechte Gewissen der Grünen zu beruhigen, die so oder so im September über den ‚Himmel auf Erden?' abstimmen werden. Und – man wird sich darauf verlassen können – zu diesem Termin werden die Abgeordneten schon da sein.

Aber vielleicht sind gerade dadurch zwei Dinge deutlich geworden: Die kulturelle Krise der Grünen Partei, dadurch, daß sie ihre Bewegungsnähe verloren hat; und die Ernsthaftigkeit der Perspektive ‚Frauenstiftung', eine Idee, die lange Zeit belächelt wurde, die aber auch gezeigt hat, daß die Frauenbewegung, mit Sicherheit die progressivste und emotionalste Bewegung unserer Zeit, zunehmend ein eigenes Profil in der allgemeinen momentanen Krise der ‚Linken Szene' entwickelt. Nun wird man die nächsten Jahre guten Gewissens politisch, wirtschaftlich und kulturell mit dem Titel ‚Wege in der Gefahr' (Carl Friedrich von Weizsäcker) bezeichnen können. Für jede Art des Widerstandes war und wird es schwierig, diese Jahre ohne ‚Verluste' zu überleben. Die allgemeine kulturelle Krise der Linken ist eben die Feststellung über die ersten Verluste des politischen Profils und der eigenen Ohnmacht, bedingt auch durch die ständigen Selbstzerfleischungsakte innerhalb der Linken, in Zeiten, da die Rechte sie Stück für Stück ausblutet. Vielleicht bietet ja diese Stiftung endlich mal den Boden, die Zeit und die Ruhe, durch Bildung, Wissen und Entwicklung in eine gemeinsame Richtung der Linken ein Profil zu geben, damit sie innen- und außenpolitisch eine Relevanz bekommt und dadurch, daß sie alle miteinbezieht ohne jede Berührungsangst, einen besonderen Charakter hat?

In Einigkeit zweigleisig fahren – immer noch etwas, was uns unser Gegner voraus hat. Und es wird immer schwieriger – auch nach diesem Workshop – an den Himmel auf Erden, der zu Recht ein Fragezeichen nach sich zieht, noch zu glauben.

Bewegungsstiftung?
– ja, verständlich!?...
Länderstiftungs-Dach?
– ja, verständlich!?...
Böll-Stiftung?
– ja, verständlich!?!?!?!?...
Frauenstiftung?
– ja, verständlich!?!?!?!?!?...

Wo fängt das eine an, hört das andere auf? Und wird es wirklich so wichtig sein, sich für **eines** der Modelle zu entscheiden?

Stiftungen

Grundlagen und Praxis der Altparteien:

Der rechtliche Rahmen:
Aufgrund des 'Parteienprivilegs', – die im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Parteien, an der politischen Willensbildung mitzuwirken – werden die sogenannten Stiftungen mit öffentlichen Mitteln ausgestattet, soweit sie von im Parlament vertretenen Parteien als in ihrem Sinne agierend bzw. parteinah anerkannt werden. Sogenannt deshalb, weil bis auf die Friedrich-Naumann-Stiftung alle anderen die Rechtsform eines eingetragenen Vereins haben. Daß öffentlich finanzierte politische Bildungsarbeit nicht von den Parteien direkt organisiert werden darf, hat das Bundesverfassungsgericht 1966 entschieden. Die Parteien übertrugen dann diesen Aufgabenbereich auf „ihre" Stiftungen; die Hans-Seidel-Stiftung wurde deswegen eigens gegründet. Die Klage der GRÜNEN 1984 richtete sich dagegen, daß über nicht abzurechnende sogenannte Globalzuschüsse indirekte Parteienfinanzierung betrieben werde. Das Bundesverfassungsgericht folgte dieser Argumentation nicht (Juli 1986). Seitdem sind die GRÜNEN dabei, ebenfalls eine 'Stiftung' aufzubauen.

Entscheidungsstruktur und Aufgabe:
Die wesentlichen Posten sind bei den 'Altparteien-Stiftungen' mit verdienten Parteikadern oder linientreuen Prominenten versehen.

Letztlich übernehmen die Stiftungen die Aufgabe der ehemaligen Parteihochschulen (Kaderschmieden?) bzw. Funktionärsqualifizierung. Außerdem PR (Öffentlichkeitsarbeit) und Zuarbeit in allen erdenklichen Bereichen (Forschung, Nachwuchsförderung, Wahl/Trendanalysen, Kampagnen...).

Das am schwersten zu kontrollierende Aktionsfeld ist die Auslandsarbeit, die mit hohem personellen und finanziellem Aufwand aus öffentlichen Mitteln jeweils die 'Außenpolitik' der Partei unterstützt, bis hin zu Einflußnahme auf Wahlen (z.B. durch sogenannte Wahlanalysen) oder gar – wer weiß es genau – Putsch und Bürgerkrieg.

Finanzierung
Die Finanzierungspläne, z.B. 1986, bestehen fast vollständig aus öffentlichen Geldern:

Konrad Adenauer-Stiftung:	134,983 Mio DM
Friedrich Ebert-Stiftung:	136,177 Mio DM
Friedrich-Naumann-Stiftung:	61,296 Mio DM
Hans Seidel-Stiftung:	59,979 Mio DM

Diese Gelder stammen aus Haushaltstiteln wie ...bedeutsame Archivalien (Bundestag), Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit Inland, ...Ausland ...informationspolitische Maßnahmen, Besucherprogramm publizistisch und kulturpolitisch wichtiger Persönlichkeiten (alles Bundeskanzleramt). Weiter:
Auswärtiges Amt: Stipendien, Auslands-Uni-Praktika, Wissenschaftsbeziehungen bis hin zu Gerätespenden, internationale Gruppenaktivitäten. Vom Innenministerium (Global)zuschüsse für demokratische und politische Bildungsarbeit. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit klotzt mächtig rein, weil Scheel es den Parteien 1961 bei der Gründung schmackhaft machen wollte... Und sonst steckt fast jedes Ministerium drin: Innerdeutsche Beziehungen, Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft.

Im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die Auslandsaktivitäten ist noch folgende Anteilszuschreibung interessant:
In Prozent verteilt sich

Internationale Arbeit; Forsch./Arch.; inländ. Bild.; Stud. Förd.	
Konrad Adenauer-Stiftung:	66,6 11,5 8,3 13,6
Friedrich Ebert-Stiftung:	55,1; 17,8 15,1 12,0
Friedrich-Naumann-Stiftung:	63,6; 7,4; 33,4; 0,6
Hans Seidel-Stiftung:	7,0; 5,1; 86,7; 1,2.

Diese jeweils in der Reihenfolge angegebenen Prozentzahlen aus 1974 (heute wird's kaum anders ein) zeigen auch ohne Ausarbeitung in Tabellenform, daß außer der Seidel-Stiftung jeweils der Mammutanteil auf der internationalen Ebene liegt. Und die Seidel-Stiftung dürfte lediglich wegen der Arbeitsteilung mit der Konrad Adenauer-Stiftung auf die großen Auslandsmachenschaften verzichten.

Vor allem sind also Stiftungen nicht nur für den Machterhalt der etablierten Parteien da, sondern weil ja mal wieder am deutschen Wesen die Welt...

Daten und Quellen sind bei mir zu haben.
Arno, Red. Nürnberg

Hände hoch! Keine Bewegung!

Wie Bewegung in die grün-nahe Stiftung kommt

Bernd Ulrich

Weil von Anfang an (Ende 1986) starke grüne Kräfte eine Stiftung wollten, ist die Diskussion über das „Ob" einer solchen kaum ernsthaft geführt worden. Die machtpolitische Konstellation hat eine gründliche und offene Debatte absurd gemacht und damit erstickt.

Das ist ein schwerer Geburtsfehler der grün-nahen Stiftung. Denn, auch wenn die Diskussion in der grün-nahen Linken über das „Ob" höchstwahrscheinlich zu einem Ja-Wort geführt hätte, so wäre doch wenigstens unterwegs eines klar geworden – daß nämlich die alte politische Grundregel „ohne Kampf kein Kaviar" auch hier gilt. D.h. eine solche Stiftung ist nur dann für uns sinnvoll, wenn wir auch bereit sind, um ihre finanziellen, politischen und juristischen Spielräume zu kämpfen. Die Stiftung wird sich immer zwischen widerständiger Opposition und anpasslerischer Mitherrschaft bewegen. Sie wird ständig von Verbotsdrohungen und Mittelkürzungen bedrängt sein, wenn sie Zwecken zugeführt wird, die aus unserer Sicht sinnvoll sind. Die Auffassung, die Stiftung sei etwas wie eine Kuh, die nur gemolken werden muß, ist irrig. Das ist leider ein Aspekt, der in der ganzen Debatte um die Stiftung unterbelichtet ist.

Darum ist es besonders wichtig, diese Staatsknetequelle mit dem Widerstand in der BRD in enger Verbindung zu halten – mit den Bewegungen, die noch auf der Straße sind; die Stiftung soll also auch auf der Straße, vor den Kasernen und AKW's stattfinden.

Doch braucht nicht nur die Stiftung die Bewegung, um nicht auf die staatliche Leimrute zu kriechen. Umgekehrt brauchen die Bewegungen auch die Stiftung:

Es ist nicht nur so, daß den Bewegungen zur Zeit die Menschen weglaufen, sie vom ständigen Auf und Ab geschüttelt werden, sie von staatlicher Repression mehr als andere bedroht sind. Nein. Auch die Politikstrategie sozialer Bewegungen ist in der Krise, wie auch die der grünen Partei, der Grün-Alternativen überhaupt. Die vielen Niederlagen haben auch die Bewegungen ein Stück weit zermürbt. Daß dabei durchaus noch weitergekämpft wird, ist wichtig, reicht aber nicht aus. Und tatsächlich sind die Bewegungen dabei, mit anderen nach neuen Wegen zu suchen. Den darum sich rankenden Debatten kann und soll die Stiftung Medium sein. Es geht uns also nicht nur um die Finanzierung von Widerstand, sondern auch um den Diskurs, um die Möglichkeit, mit den Bewegungen die Bewegungsbeschränkungen zu überwinden. Dazu brauchen wir auch die Oppositionellen, die an anderen Orten Politik machen.

Insofern unterscheiden wir uns kaum von der gesamten grün-alternativen Linken, die hauptsächlich Trägerin der Stiftung sein wird. Wenn es gelingen sollte, die segmentierte Opposition mit dem Lockmittel Geld wieder ans miteinander Diskutieren zu kriegen, so hätte die Stiftung schon einen historisch wichtigen Beitrag geleistet.

Wir wollen daher keine Stiftung, in der eine Fraktion innerhalb der grün-alternativen Linken den Daumen drauf hat – seien es die Grünen oder die Bildungswerke – oder auch wir. Unser Ziel ist die Gemeinsamkeit einer politischen Kultur in der Stiftung und um die Stiftung. Es könnte auch nur ein solches Umfeld auf Dauer eine vernünftige Vergabepraxis gewährleisten und nicht allein eine noch so gut ausgearbeitete Struktur oder ein noch so detaillierter Kriterienkatalog. Und das ist auch wieder so ein neuralgischer Punkt, an dem einige, sich realzynisch gebend, alle Diskussionen und Debatten für sekundär und weich erklären und dabei von der Stiftungsstruktur von dem eigentlichen und harten Kern ausgehen. Ich halte das für bürokratisch-naiv. Mindestens ebenso wichtig wie eine vernünftige Struktur ist der politische Zusammenhang, in dem dieselbe steht.

Für uns sollte die so relativierte Struktur folgende Momente aufweisen: Sie sollte keine Parallelstrukturen zu existierenden Bewegungen, Initiativen und Vernetzungen herstellen, um den gewachsenen Widerstand und die gewachsene Alternativstruktur nicht auszutrocknen. Sie sollte die Bewegungen und Initiativen nicht zwingen, Sonderstrukturen aufzubauen, die quer zu den gewachsenen liegen. Deshalb lehnen wir das Ländermodell ab. Die Bewegungen sind in aller Regel einerseits vor Ort und andererseits bundesweit organisiert. Wir können und wollen uns nicht für die Stiftung anders oder doppelt strukturieren. Dezentralität soll nach unserer Auffassung durch die Fachbereiche (Frieden, Frauen, Internationalismus, Ökologie usw.) gewährleistet werden, die die Mittel direkt nach unten weitergeben. Dabei muß strukturell angelgt sein, daß auch fachbereichsübergreifende Diskussionen geführt werden, um nicht etwaige Themenbornierungen der Bewegungen in die Stiftung hinein zu verlängern.

Da für uns die Offenheit der Diskussion in der Stiftung maßgeblich ist, halten wir es für selbstverständlich, niemanden auszuschließen und auszugrenzen, der oder die nicht in allen Fragen die Prinzipien der Grünen teilen – es sei denn, er oder sie gehören einer anderen Partei an.

Alles in allem ist die grün-nahe Stiftung eine Chance, den überfälligen Aufbruch zu neuen Ufern, der sich nicht im Abbruch des alten erschöpfen darf und vor dem die grün-alternative Linke steht, mit zu betreiben und zu unterstützen. In vielem sind wir in einer Sackgasse gelandet, die unsere Attraktivität für andere einschränkt: Die Arbeit der Grünen Partei ist ätzend, die immergleichen Aktionsbündnisse der Bewegungen sind langweilig, die Knetediskussionen im Ökofond und im Netzwerk machen keinen Spaß, und die Bildungsseminare außerhalb und innerhalb der Hochschulen sind auch schon lange nicht mehr das Gelbe vom Ei. Eine Kombination von allen vier Elementen, die eine solche grün-nahe Stiftung herstellen und sein könnte, die könnte echt geil werden.

Bernd Ulrich (BUF-TK und Teilnehmer an den Treffen von Bewegungsinitiativen am 26. Juni in Köln)
Kontakt (auch für alle, die unsere Stiftungsprüfsteine haben wollen: Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Gruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel: 040/393156.

Stiften gehen oder dranbleiben

Heinz Schulze

„Stiften gehen" (weglaufen) könnte mensch schon in den Sinn kommen, angesichts der Diskussion um eine grün-nahe Stiftung, besonders, was die Erwartungen und die Strukturen angeht. Welches politische Bewußtsein steht hinter Äußerungen von GRÜNEN Funktionsträgern, wenn sie beim „Stiftungsworkshop" im Juni 87 in Bonn äußern, daß die „sozialen Bewegungen tot seien", wenn die GRÜNE Partei keine zukunftsweisenden Diskussionen mehr führen kann, daß eine grün-nahe Stiftung in Form der „Heinrich-Böll-Initiative" die inhaltliche Instanz ist, mit der diese Probleme gelöst werden können. Die Befürworter einer vorwiegend ländermäßig aufgebauten Stiftungsstruktur sehen in einer grün-nahen Stiftung nicht den Märchenprinzen, der die sozialen Bewegungen „wachküßt", auch nicht eine abgehobene „Vordenkfabrik", sondern ein konkretes und wichtiges Hilfsmittel für die gemeinsamen Bemühungen um eine menschliche Welt.

Es war und ist nicht grünnah, zentrale Strukturen zu favorisieren, um kleine „dezentrale Pflanzen" auf Länderebene zu zerstören.

Hier nochmals einsichtbare Gründe für einen Stiftungsaufbau von unten nach oben – dezentral – ländermäßig:

*Das Ländermodell kommt am wenigsten dem Machtanspruch einiger weniger Männer und Frauen entgegen;

*Es gibt der Arbeit, die wir z.B. als Provinzarbeit verstehen, mehr Chancen. Das ist auch deshalb wichtig, weil es der GRÜNEN Partei gelingen muß, in ländlichen Gebieten verstärkt „Grünes" Denken anzusiedeln;

*Es ist viel leichter, aus einem Länder-Struktur-Modell später eine zentralere Struktur (Wenn sich diese als günstiger erweisen sollte) zu bauen, als das umgekehrt möglich ist.

*Der Grundsatz „lokal handeln – global denken" ist mit einer Struktur von „unten nach oben" am besten zu verwirklichen.

Es wird Länder geben, in denen aufgrund spezieller Situationen und Konstellationen keine Länderstiftungen gegründet werden; aber dadurch dürfen doch nicht die Länder bestraft werden, die versuchen, ein Stück grün-naher Kooperation auf Länderebene zu kultivieren? Innerhalb der einzelnen Bundesländer wird es weitere Überlegungen geben, wie die Arbeit besser koordiniert werden kann: Fachbereiche einrichten, regionale Schwerpunkte setzen, Kooperationsverträge mit dem Provinzbereich, dem Frauenbereich usw.

Es ist eine Unterstellung, wenn zum „Ländermodell" immer wieder gesagt wird, das sei die beabsichtigte Gießkanne/Selbstbedienungsmaschine der grün-nah anerkannten Bildungszusammenschlüsse auf Länderebene.

Anstatt solche Bestrebungen, wenn sich wie im ZBB (Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen) verschiedene Gruppen und Projekte zusammentun, um besser miteinander zu kooperieren, gemeinsame Aktionen zu machen, um auch im Bildungsbereich für eine bessere Gesellschaft zu arbeiten, zu unterstützen, wird von denjenigen, die jetzt zentrale Strukturen befürworten, dagegengearbeitet.

Eine Stiftungsstruktur, die ländermäßig aufgebaut ist, hätte folgende Säulen:

- Delegierte aus den Bundesländern,
- Delegierte der bundesweiten Zusammenschlüsse aus Bewegungen (Frieden, Ökologie, sozialpolitische Arbeit, Kultur, alternativer Wissenschaft und Forschung, Ausländerarbeit und Asylarbeit, Anti-AKW, selbstverwaltete Betriebe, Gesundheitsbewegung..)

Wichtig ist, daß die Frauen nicht als ein weiterer „Bereich" hier eingebunden werden sollen, sondern als ein überall sich durchziehender „Organisationsbereich" zu sehen wären.

Wichtig ist, daß für den „3. Welt"-Solidaritätsbereich eine Form gefunden werden muß, die bei Unterstützung von Projekten in den „unterentwickelt gehaltenen Ländern" nicht nur den BUKO als Vertreter der „3. Welt"-Arbeit zuläßt, sondern den Solidaritätsgruppen, die zu einem speziellen Land arbeiten und ihre Arbeit koordinieren, zu „ihren" Ländern ein Mitspracherecht einräumt und bei der „entwicklungspolitischen Bildungsarbeit" hier bei uns die „3. Welt"-Zusammenschlüsse aus den Bundesländern miteinbezieht. Vorstellbar ist, daß ein kleinerer Anteil im Verwaltungsbeirat der Stiftung für Menschen reserviert ist, die für Ideen und Arbeiten stehen, die bisher nicht organisiert sind, und die neue Ideen und Ansätze damit fördern können.

Die sonstigen Vorstellungen hinsichtlich „gläserner Kasse", Quotierung der Sitze für Frauen und Männer, keine grünen Funktionsträger auf Landes-, Bundesebene .. sind seit Beginn der Diskussion um eine grün-nahe Stiftung in der damaligen „Dezentrale" bereits vorentwickelt worden (und nicht von der „Heinrich-Böll-Initiative"). Hier besteht zwischen den verschiedenen Stiftungsmodellen eher eine Übereinstimmung. Wichtig für eine Verbindung der Länderstruktur mit den sozialen Bewegungen ist, daß die Stiftung nicht zu einer „Zunftstruktur" wird, in der mittels des „Gesundschrumpfungshammers" und der „Ausgrenzungssichel" die diversen sozialen Bewegungen gegeneinander um den Kuchenteil arbeiten.

Aus der so vorhandenen Interessensvielfalt (Länderinteressen und Bewegungsinteressen) ergibt sich notwendigerweise die Bildung von Schwerpunkten, was auch mithelfen kann, zu einer übergreifenden Zusammenarbeit zu kommen.

Gerade das Ländermodell bietet die Chance, die Vielfalt der Bewegungen zu erhalten statt sie in einen Topf der Einfalt zu pressen.

Der Struktur nach föderativ

...muß nach Meinung des neugegründeten „Forums rheinland-pfälzischer Bildungsinitiativen" die in Aussicht stehende grünnahe Stiftung organisiert werden. Wie der Sprecher des rheinland-pfälzischen Forums, Guido Dahm von der Bildungsinitiative Umwelt, Technologie und Gesellschaft in Evertsheim/Pfalz, mitteilt, schließt sich der Verband der überwiegenden Meinung der anderen alternativen Landesorganisationen an und fordert den Aufbau der zukünftigen Stiftung von der Landesebene her. „Die Vernetzung mit den Initiativen und eine dezentrale Förderung müssen Vorrang vor einem Personenmodell, wie es erkennbar die Initiative für eine Heinrich-Böll-Stiftung vertritt, haben." Die existierenden Landesstiftungen und Länderbildungswerke, die sich bereits im Rahmen der Kooperation grün-alternativer Bildungswerke zusammengeschlossen haben, sollten den Kern der zukünftigen Stiftung bilden. Ansonsten werden im Bereich der alternativen politischen Bildung Doppelstrukturen geschaffen, die wegen des hohen Verwaltungsaufwandes ineffizient arbeiten. Das rheinland-pfälzische Forum kann sich vorstellen, daß die Verwendung der Stiftungsgelder so weit wie möglich den Länderzusammenschlüssen übertragen wird . In den Bereichen Forschung und Internationalismus, wo eine Verwendung der Projektmittel zweckmäßigerweise zentral entschieden werden soll, sind Vertreter der Landesorganisationen mehrheitlich an den Entscheidungen zu beteiligen.

Forum rheinland-pfälzischer Bildungsinitiativen
Guido Dahm
6719 Ebertsheim/Pfalz

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Heinrich - Böll - Stiftung

Eine Werkstatt für Kreativität und Dialogfähigkeit – Ein Ort der Vernetzung und Ermutigung

Lukas Beckmann / Michael Vesper

Was fehlt denen in unserer Gesellschaft, die diese radikal, von den Wurzeln her, im Sinne einer gesellschaftsökologisch emanzipatorischen Hoffnung verändern wollen? Diese Frage hat uns bei der Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet – weil eine partei-un-abhängige und grün-nahe Stiftung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann und muß, ein solches Defizit zu füllen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung will das schon heute Vorhandene – die GRÜNEN und Alternativen, die Initiativen und Bewegungen, die Netzwerke, Ökofonds, Bildungswerke und Länderstiftungen – weder ersetzen noch ignorieren. Vielmehr möchte sie hierauf aufbauen, **neue** Kristallisationspunkte schaffen und vor allem einen machtfreien Raum für einen querliegenden, nicht in Lagermentalität verharrrenden Dialog schaffen.

Mit dem Namen Heinrich Böll verbinden wir diesen Ansatz: Zivilcourage, Mut zum Widerstand, das Streben nach Gerechtigkeit weltweit, die Freiheit von ideologischen und konfessionellen Ketten, der bewußte Umgang mit der Geschichte. Heinrich Böll hat im Nachkriegsdeutschland den Dialog mit den Nachbarn im Osten und Westen wieder ermöglicht und wesentlich dazu beigetragen, daß die deutsche Sprache wieder hörbar und sprechbar wurde. Er ist eine Instanz, ein Symbol im In- und Ausland für die andere Republik und für das „andere Deutschland".

Eine grün-nahe, parteiunabhängige Stiftung wird zur gesellschaftlichen Veränderung nur dann einen grundlegenden Beitrag leisten können, wenn sie im In- und Ausland Vertrauen erweckt, einen Impuls aussendet, wenn sie überzeugt statt versucht, Menschen „auf Linie zu bringen". Wir müssen und wollen viele Menschen weit über den Rand der grünen Partei hinaus für unsere Arbeit gewinnen. Dafür garantieren gerade auch diejenigen, die die Arbeit der Stiftung tragen.

Die Parteiunabhängigkeit der Stiftung ist für uns eine wichtige Lebensader. Deshalb können wir uns dem Parteistiftungsmodell der Länder nicht anschließen. Wir halten den Parteiansatz nicht nur für unglaubwürdig mit Blick auf die in Karlsruhe geführte Organklage. Auch das damit verbundene Politikverständnis über die Rolle der Parteien halten wir für fragwürdig.

Was sind nun die grundlegenden Merkmale des Modells der „Heinrich-Böll-Stiftung"? Vor allem vier Punkte sind uns wichtig:

1. Parteiunabhängigkeit: Die Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung ist im grün-alternativen Umfeld, aber außerhalb der grünen Partei entstanden. Es handelt sich um ein **unabhängiges** Angebot an die Partei DIE GRÜNEN, die ja vor gar nicht langer Zeit bei den bestehenden Parteistiftungen gerade deren mangelnde Unabhängigkeit vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt hatte. Gerade die Menschen, ohne deren Arbeit sich die grüne Partei wohl nie hätte entwickeln können, bieten dieser nun an, die Alternative zu den Stiftungen der etablierten Parteien zu bilden.

2. Inhaltliches Profil: Die Heinrich-Böll-Stiftung soll nicht profilloses „Dach" kunterbunter Einzelaktivitäten sein, sondern selbst ein inhaltliches Profil entwickeln. Der Alternativbewegung bringt es nichts, wenn die Stiftungsknete allein dazu verwandt wird, das, was bisher mit 200.000 DM gemacht wurde, jetzt mit 2 oder 20 Millionen Mark fortzusetzen. Vielmehr müssen **neue** Ansätze entwickelt, **neue** Träume geträumt und **neue** Werkstätten für alternatives Denken und Handeln gebaut werden.

3. Frauenautonomie: Das Modell der Heinrich-Böll-Stiftung sieht neben dem Grundsatz strikter Quotierung einen autonomen Frauenbereich vor (Arbeitstitel: „Hexenhaus"), dem neben den Projektmitteln ein Drittel der Globalzuschüsse gewährt werden soll. Damit macht das Heinrich-Böll-Modell ernst mit dem Grundsatz der Frauenautonomie, ohne jedoch zusätzlich andere Bedürfnisse und Ansätze beiseite zu legen. An dem Ansatz einer Frauenstiftung finden wir vor allem eins bedauerlich: daß dessen Initiatorinnen – die sich schon im Vorfeld wenig dialogfähig zeigten – nur alles und nicht das Ganze wollen.

4. Lern- und Kompromißfähigkeit: In einem Jahr intensiver Diskussionen mit BefürworterInnen und KritikerInnen haben wir viel gelernt. Wir haben versucht, die verschiedenen Ansätze aus dieser Diskussion aufzunehmen und zu einem akzeptablen Kompromiß zu verarbeiten. So sollen die Länderstiftungen mit über einem Drittel der Sitze in sämtlichen Stiftungsgremien vertreten sein, ferner sollen sie einen festen Anteil der Ressourcen für ihre Arbeit erhalten. Nur eben der Totalanspruch der Länderstiftungen stört uns: Wir befürchten, sollte der Länder-Antrag durchgehen, Parteilobbyismus und Vetterle-Wirtschaft, und wir haben Angst, daß ausschließlich nach dem Prinzip „neues Geld für alte Ansätze" vorgegangen wird. Das aber wäre schade – und einer grün-nahen, parteiunabhängigen Stiftung nicht würdig.

Die Heinrich-Böll-Initiative hat auf fast 50 Seiten ein umfassendes Modell vorgelegt, das deutlich macht, welche Vorstellungen inhaltlicher, struktureller und personeller Art damit verbunden sind. Die anderen Anträge konzentrieren sich im wesentlichen auf allgemeine Prinzipien. Die sind zwar auch wichtig – aber wohl zu ungenau, wenn es um eine Richtungsentscheidung geht. Eine Annahme würde, so ist zu befürchten, eine Art „Freibrief" für die „siegreichen" AntragstellerInnen bedeuten, die dann bei der konkreten Ausfüllung der Prinzipien freie Hand hätten. Wir meinen, daß die Delegierten in Oldenburg wissen müssen, worüber sie abstimmen. Das ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung der Fall.

Apropos Böll

Regina Engel

Ohne Zweifel hat der im Juli 1985 verstorbene Schriftsteller Heinrich Böll eine ebenso bedeutsame wie umstrittene Rolle in der Geschichte der Bundesrepublik gespielt, sowohl literarisch als auch politisch. Daß insbesondere das politische Engagement dieses Mannes, welches oft unbequem für die Politiker unseres Landes war, nicht in Vergessenheit gerät, ist ein berechtigtes und wichtiges Anliegen.

Laut Böll „ ... gehört jeder Künstler von Natur aus zur außerparlamentarischen Opposition." Durch seine Prominenz, er nannte es seinen „Pseudo-Adel," fühlte er sich verpflichtet, Stellung zu beziehen, was ihm viele Freunde, aber auch viele Feinde verschaffte.

Von breiten Kreisen wurde ihm 1972 der Literaturnobelpreis keineswegs gegönnt, man bezeichnete die Wahl Bölls als einen Fehlgriff, weil er nicht den Elfenbeinturm bewohnte, wie es dem klassischen Bild des Literaten entspricht. Überhaupt wandte er sich gegen Bilder und gegen Personenkult: „Ich will kein Image haben und keins sein... was Autoren sind: auch Bürger... sonst nichts." Er wußte und betonte, daß es nicht allein sein Verdienst war, was er geschaffen hatte, sondern auch das anderer, mit und für ihn, (z.B. seine Frau Annemarie Böll, andere Schriftsteller wie Günter Grass, Martin Walser u.v.a.). Er wollte weder das „Gewissen der Nation" noch Autorität sein. „Wenn der einzelne, der Autor, zum Guru wird, so halte ich das für lebensgefährlich, weil dann eine Person identifiziert wird mit einer Lehre." „Ich sehe keine andere Möglichkeit, als Bewegungen in Gang zu setzen, (...) ". Bewegungen im Sinne von Bürgerinitiativen, die auf allen Ebenen und in allen Belangen ernst genommen werden müssen, das sah Böll als Möglichkeit, die Verhältnisse Menschenwürdiger zu gestalten.

„Es muß gar nicht gesucht werden nach der politischen Etablierung, sondern diese Bewegungen oder Bewegung müßten eine solche Kraft haben, daß die Politik nicht mehr an ihr vorbeigehen kann." Etablierung bedeute für ihn den Tod der Bewegung. Er rief die Menschen dazu auf, das Stigma „Systemveränderer" zu sein und als Auszeichnung zu nehmen.

Böll setzte sich für die GRÜNEN ein, weil er bei den großen Parteien nichts sehe, was auch nur annähernd so einleuchtend sei, wie die Denkansätze der GRÜNEN. In ihnen sah er den Ausdruck der Protest- und Reformbewegungen der 80er Jahre. Er verteidigte die Bewegung „von der Straße". Jede Verächtlichmachung „der Straße sei heute eine Verachtung der Wähler". Bürgerrechtsbewegung, Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, sie alle sind „von der Straße". Auch Heinrich und Annemarie Böll gingen auf der Straße mit, als z.B. die Leute gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen protestierten. Als sie jemand fragte, ob sie nichts Besseres zu tun hätten, als auf der Straße zu sitzen, antworteten sie nur „Nein, wir haben nichts Besseres zu tun".

Bewegungsnähe ist ein Attribut, das zum Namen Heinrich Böll unmittelbar dazugehört, eine Prominentenstiftung unter seinem Namen kann jedoch einen Widerspruch in sich bedeuten. Wer damit wem einen Gefallen erweist, diese Frage bleibt offen.

Bundesvorstandssprecherin Regina Michalik Foto: Joker/L. Schmitz

An - Stifterinnen

Interview mit Regina Michalik

CONTRASTE: *Vom 31.7. bis 2.8. gab es ein Treffen der Anstifterinnen. Kannst Du kurz den neuesten Stand um die Initiative einer Frauenstiftung erläutern: Ziele und Aufgaben, Arbeitsformen?*

Regina. Die Idee Frauenstiftung hat in den letzten Wochen ganz schön weite Kreise gezogen. Die Gründung des Kreises „Frauen-An-Stiftung" auf dem Workshop der GRÜNEN vier Wochen vorher hat etliche Frauen an-gestiftet. Wir haben uns nun auf einen Antragstext an die Bundesversammlung geeinigt, der neben Zielen und Aufgaben auch einen Vorschlag zum Aufbau der Stiftung und zum weiteren Gründungsverfahren beschreibt. Langfristiges Ziel – sozusagen Utopie – ist eine Gesellschaft ohne jede Form von Unterdrückung und Gewalt, in der jeder – und natürlich auch jedem – ein autonomes, selbstbestimmtes Leben möglich ist. Ein weiter Weg natürlich, aber wir haben eine Reihe von Schritten und Schrittchen hierhin beschrieben. Die Frauenstiftung soll zum einen Kritik an den weltweiten patriarchalen Machtverhältnissen entwickeln und über diese Kritik hinaus ganz konkrete, lebbare Utopien, Alternativen zur jetzigen Wissenschaft der Naturbeherrschung, der Wirtschaft der Ausbeutung von Menschen, insbesondere von Frauen, und Natur, der Technik des Machbarkeitswahns, der Politik, die Herrschaft einiger weniger über den Rest der Welt ist. In all diesen Bereichen (Naturwissenschaft, Politik, Bildungsarbeit etc.) gibt es ja bereits theoretische wie praktisch gelebte Ansätze von Alternativen in der Frauenbewegung. Die Stifung soll diese Alternativen unterstützen und weiterentwickeln, den Austausch von Frauen aus den verschiedenen politischen Zusammenhängen fördern, das heißt, daß Frauen aus allen sozialen Bewegungen gemeinsame Vorhaben planen und durchführen. Natürlich wollen wir auch Frauen ansprechen, die sich bisher nicht oder wenig politisch engagiert haben. Also kein feministischer Insiderinnenzirkel! Der Weg hierhin muß mit dem Ziel übereinstimmen; das heißt keine Hierarchien, keine Gewaltverhältnisse in den konkreten Aktivitäten; das heißt Selbstverwaltung und Selbstorganisation, kollektives Arbeiten, absolute Öffentlichkeit und Durchschaubarkeit.

Abgesehen davon, daß die Stiftung von Frauen getragen wird, interessiert uns, wo die größten inhaltlichen und strukturellen Unterschiede zu den gemischten Stiftungsmodellen liegen. Was sind die feministischen Ansätze?

Schon das Vorgehen der An-Stifterinnen: Die Idee kam von der Basis, aus Projekten. Wir haben dann keine Promis gesucht, sondern Basisfrauen. Wir geben nicht vor, ein endgültiges Konzept zu haben. Noch ist weder über die Schwerpunkte noch über die abschließende Struktur eine Entscheidung gefallen. Erste Aktivität wird sein, öffentlich und breit alle interessierten Frauen zur Gründungsversammlung einzuladen. Hier soll über Schwerpunkt, Satzung und Stiftungsrat entschieden werden. Das heißt für uns praktische Basisdemokratie, Transparenz und Selbstorganisation. Wir wollen in der Stiftung keine Trennung in einzelne Disziplinen oder Fachbereiche, sondern übergreifende Schwerpunktsetzungen; denkbar ist z.B. im Bereich der Gen- und Reprotechnologien kritische Forschung zu machen, die gleichzeitig mit ‚Bildung', also Vermittlung des Wissens und konkreter Unterstützung von Frauenwiderstandsgruppen verbunden ist; Forschung, Bildung und Praxis dürfen nicht getrennt werden.

Im Hintergrundgespräch sprecht ihr von einer fehlenden politischen Kultur der GRÜNEN. Inwieweit wird die Frauen An-Stiftung dazu beitragen, eine eigenständige Kultur zu entwickeln?

Die eben beschriebene Verbindung konkret zu erproben und zu leben, das ist ein Stück solcher Kultur. Außerdem brauchen wir gerade unter Frauen eine neue Streitkultur: Nicht über der Frauensolidarität die Unterschiede der Positionen vergessen, sondern über Inhalte streiten können – in einer Frauenstiftung fehlt ja dann der ‚Feind' erst mal – und trotzdem gemeinsam handeln können.

Nun die Frage für die armen ‚linken Schnullis' (dieser Ausdruck bezieht sich auf eine saublöde Bemerkung im Kommentar von unserem Kollegen Kurt): Inwieweit wird ‚ernstzunehmenden Feministen' die Möglichkeit eröffnet, sich einzubringen?

Wenn Männer uns ernstzunehmende Zuarbeit anzubieten haben, sagen wir natürlich nicht nein. Aber das Prüfsiegel ‚ernstzunehmender Feminist' muß erst noch entwickelt werden – sicher nicht von uns, wir haben Wichtigeres zu tun.

(Das Gespräch führten Sabine Joswig und Regina Engel)

Echt innovativ: „Femmes fatales"

Grün-nahe Frauen-Stiftung

Gisela Vollradt

Vorgestellt wird hier die sogenannte reine Frauen-Stiftung. Rein heißt nicht unbefleckt vom schnöden Mammon, im Gegenteil: Um die ganzen Stiftungsmillionen rein für Frauen soll es bei diesem Stiftungsmodell gehen. Quotierung, d.h. Anteile an Funktionen, Stellen und Fördersumme, reicht nicht mehr aus. Außerdem ist Quotierung keine feministische Zielvorstellung, sondern ein Notbehelf, ein Zwischenschritt; Angesichts des ungeheuren Nachholbedarfs von Frauen aus Geschichte und Gegenwart sind die ca. 60 Millionen Stiftungsgelder ein bescheidener Größenwahnsinn. Es gibt aber andere, noch gewichtigere Gründe dafür, die Grünen aufzufordern, daß, wenn sie eine zu den Alt-Parteien wirklich alternative Stiftung gründen wollen, die ein politisches Signal in die Wende-Zeit setzt, sie dann zum Stiftungszweck erklären müßten: Förderung der Frauen (-Bewegung) und ihrer feministischen Politik und Kultur in der ganzen, einen Welt.

Frauen sollen über die Ressourcen verfügen, d.h. sie nach eigenen Kriterien verwalten und verteilen, und zwar: an feministische „Einzel-Kämpferinnen", an Frauen-Gruppen (auch in gemischten Zusammenhängen arbeitende) und insbesondere an Projekte der Frauen (-Bewegung), die hier und in der „3.Welt" gegen Unterdrückung und Ausbeutung aufgrund von Geschlecht, Klasse und Rasse kämpfen und Ökologie, Forschung, politische Bildung, Kultur, Gesundheitsvorsorge, „3.Welt"-Arbeit, Kampf gegen Militär und Rüstung, gegen Ausländerfeindlichkeit usw. betreiben, und das „interdisziplinär" tun und autonome, selbstverwaltete und nicht-hierarchische Selbsthilfe-Gruppen sind.

Die Initiative zu diesem Stiftungs-Modell kam aus der Frauen-Bewegung selbst, nicht von einzelnen Prominenten oder Institutionen. Es gab bundesweite Treffen von Frauen-Projekten in Frankfurt, die das Modell entwarfen und dafür zu powern anfingen, und es gab Aufrufe an Frauen-Projekte im ganzen Land (ja, sie sind in allen Regionen und „Arbeitsbereichen!") und hunderte von Unterstützungs - Unterschriften für die Frauen-Stiftung, auch von Arbeitsgemeinschaften der Grünen, aus der ASF, von den Jusos und von vielen einzelnen Frauen wie Männern.

Profil und Inhalte: An keinem Punkt der Stiftungsdiskussion zeigen sich so abgrundtiefe Differenzen zwischen vielen Grünen und „Sympathisanten" des grün-alternativen Spektrums einerseits und den sozialen Bewegungen andererseits wie bei diesen Stichworten.

„Inhalte müssen her", tönt es aus Parteikreisen, als wäre die Förderung der sozialen Bewegungen kein Inhalt einer Stiftung und die Förderung der Frauenbewegung kein ‚scharfes' Stiftungs-Profil. „Eine Stiftung muß das ganz Neue schaffen, eine neue Politik, neue Utopien hervorbringen" so ertönt es weiter, als werde nicht in den sozialen Bewegungen, insbesondere in der Frauenbewegung, seit Jahren an der schrittweisen Realisierung konkreter Utopien gearbeitet, und als gäbe es das meiste nicht längst, was da viele Grüne u.a. jetzt alles neu gründen wollen. Ausbau des Vorhandenen, Förderung von Gruppen und Projekten, um die Bewegung in ihren Kämpfen voranzubringen und Utopien sichtbarer zu machen – darauf käme es primär an. So wie da bei vielen Grünen offensichtlich die Erfahrung fehlt, daß Utopien Orte konkreter Realisierung brauchen, so fehlt bei ihnen oft die Erinnerung daran, daß Selbstverwaltung – auch von Geldern – ein Prinzip von Basisdemokratie (z.B. Genossenschaften) ist und nicht in jedem Fall „Selbstbedienung à la Flick" heißen muß! ...

Zu den Inhalten der Frauen-Bewegung sei noch gesagt (am besten wäre das an einem oder mehreren Projekten deutlich zu machen), daß sie alle Krisen- und Kampfbereiche der Gesellschaft umfassen, daß die Frauen-Bewegung eine Befreiungsbewegung ist, die an der prinzipiellen Umwälzung aller bestehenden Gesellschaftsstrukturen arbeitet und an vielen konkreten Utopien, an „einem neuen Politikbegriff, der den unversöhnten Gegensatz des Privaten und des Öffentlichen aufhebt, an neuen Handlungs- und Organisationsformen: von Selbsterfahrungsgruppen zu selbstverwalteten Projekten, zu Frauenzentren, zu Frauennetzwerken, zu Menschennetzwerken".[1] „Kulturrevolution durch Feminismus", „Feminismus als universales Heilmittel gegen globale Krisen" – das sind Erkenntnisse, wie sie derzeit auch von Männern vielfach vertreten werden. Sie zeigen, daß die Frauenbewegung keine soziale Bewegung neben den anderen ist (für einen Teilbereich gesellschaftlicher Probleme), sondern quer zu allen steht und umfassender und radikaler alle gesellschaftlichen Machtstrukturen in Frage stellt. Eine reine Frauen-Stiftung würde die „Militanz feministischer Politik und Kultur" stärken, nicht nur durch die materielle Förderung, sondern dadurch, daß „Frauen sich außer an den gesellschaftlichen Übeln und ihren eigenen Macken nicht auch noch ständig an Männerstrukturen aufreiben müßten."[2] Die Signalwirkung einer Frauen-Stiftung käme last not least den Grünen selbst zugute.

Zur Struktur der Frauen-Stiftung: Hier verlasse ich den Boden des Konsenses der das Modell diskutierenden Projekte. Zur Struktur stehen sich unterschiedliche Vorschläge gegenüber. Ein vom FFBIZ, Berlin, vertretenes Rätinnen-Modell fand fast keine Zustimmung (s. Grünen-Reader). Fest steht für die meisten Projekte: Die Frauen-Stiftung muß – dem Stiftungsrecht entsprechend – einen Kopf haben. Der soll aus Vertreterinnen der Grünen Frauen bestehen sowie aus Vertreterinnen von Frauennetzwerken, denen sowohl einzelne Frauen wie Gruppen und Projekte angehören, und die je nach „Bereich" auf regionaler oder Bundesebene angesiedelt sind. Dezentral heißt jedenfalls nicht unbedingt Länderebene. Den Stiftungs-Unterbau bilden die vielen bereits vorhandenen lokalen Frauenprojekte-Treffen und die Bundestreffen, wie die der Frauenhäuser, Frauenarchive, Gesundheitszentren, Frauen in Naturwissenschaften und Technik, Erwerbsloseninitiativen, Historikerinnen, „3.Welt"-Gruppen usw. Es mangelt allerdings noch an Querverbindungen. So sollte einer der Förderschwerpunkte, die festzulegen auf jeweils einige Jahre Aufgabe der Förderkommission ist, die Vernetzung der Arbeit der Frauenbewegung sein unter Wahrung ihrer besonderen Strukturen. Ein Förderverein für alle „Sympathisanten" einer Frauen-Stiftung (Frauen wie Männer), ein jährlicher Tätigkeitsbericht der Förderkommission, bezahlte Arbeit in Geschäftsstellen – all das gehört ebenfalls zum Struktur-Repertoire einer Frauen-Stiftung. Und auf die freut sich schon aufs schärfste die Verfasserin.

1 aus einem Papier von Ursula Nienhaus, FFBIZ, Berlin

2 Helga Braun, Denk(t)räume, Hamburg

HINTERGRUND –

Zwischen Bundeshaus und Selbstverwaltung

GESPRÄCH

„Selbstverwaltung und grüne Kultur – das hat in der Praxis nichts miteinander zu tun", klagte Regina Michalik, Bundesvorstandssprecherin der GRÜNEN (CONTRASTE hofft, noch nicht...). Wir trafen sie und ihren Bundesvorstandskollegen Rolf Grösch nach dem Workshop der Grünen zur Stiftung am 29. Juni in Bonn. Die Grünen, gerade bemüht, zumindest zu einer Kultur des parteiinternen Dialogs zu finden, tun sich schwer mit ihren Vorstellungen einer anderen Kultur. Dabei hat die Selbstverwaltungsszene in Regina und Rolf durchaus engargierte SympathisantInnen im Bundesvorstand, obwohl „das nicht unbedingt ein Thema sei, mit dem man sich profilieren kann", wie Regina freimütig bekannte. Und das müssen ParteipolitikerInnen nun mal?

Profilieren taten die beiden sich zuvor auf dem Stiftungsworkshop, Rolf für einen dezentralen Ansatz, wie ihn etliche Landesverbände der Grünen favorisieren und Regina für die Frauenstiftung. Das Gespräch führten Sabine Joswig und Kurt Regenauer.

CONTRASTE: *Wir sind hier mit fünf Redaktionen angereist, so wichtig fanden wir Euren Workshop zur grünnahen Stiftung; gleichzeitig fand in Berlin eine Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema „Alternative Projekte und ihre Vernetzung" statt. Da wurde alles finanziert, mit Übernachtung und Verpflegung. Meine Frage ist jetzt: Wie steht es mit Eurem Engagement in der Bundeszentrale für politische Bildung?*

Rolf: Die Grünen direkt haben keinen Kontakt zur Bundeszentrale, die uns auch abblockt, gerade nach dem Stiftungsurteil. Es standen 120.000 DM für Seminararbeit der Bildungswerke zur Verfügung, dieser Topf ist auf 70.000 DM gekürzt worden, auch mit dem Hinweis, die Stiftung endlich zu gründen.

CONTRASTE: *Hat die geringe Teilnehmerzahl nicht auch etwas mit der kurzfristigen Ankündigung und mit der Gleichzeitigkeit dieser beiden Veranstaltungen zu tun?*

Regina: Immerhin haben wir 7.000 Einladungen verschickt und 2 Wochen vorher eine große Vorankündigung in der taz gemacht. Von daher bin ich schon etwas enttäuscht darüber, daß nur 200 Menschen daran teilgenommen haben. Andererseits waren es nicht die aus dem Projektbereich bekannten ‚Reisekader' – die ständig und immer vernetzten ‚Reise-Gurus' – sondern ganz neue Leute.

Rolf: Außer dem Zeitdruck, den Workshop noch vor der Sommerpause zu machen, spielte auch die Veranstaltung von BUF und BUKO am 25. Juni in Köln eine Rolle, aufgrund der die Stiftungskommission den Workshop nach Bonn verlegt hat, um nicht zu weit entfernt von dieser Organisation zu tagen. Von der Veranstaltung in Berlin haben wir vorher nichts gewußt. Für einige Länder gibt es die Er-

Fortsetzung nächste Seite

Zwischen Bundeshaus und Selbstverwaltung – Fortsetzung –

klärung der Ferienzeit oder daß viele sich bereits vertreten fühlen. Ein letztes Argument ist das der Kosten; hier spiegelt sich auch der Unterschied in der Finanzierung wieder: ob nun über Landes- oder Bundeszentrale finanziert wird.

Inwieweit beschäftigen sich die Grünen mit dem Thema Selbstverwaltung

CONTRASTE: *Inwieweit beschäftigen sich die Grünen mit dem Thema Selbstverwaltung, welche Informationen, Kontakte und Aktivitäten gibt es da? Der Workshop war die erste bundesweite Veranstaltung zum Thema, während die Bundeszentrale z.B. schon öfters dazu eingeladen hat.*

Regina. Der Workshop war nicht zum Thema Selbstverwaltung – das wäre ein ganz anderer Kongreß – sondern zum Thema ‚grünnahe Stiftung', was schon eine ganz spezielle Fragestellung ist. Selbstverwaltungswirtschaft ist zu wenig Thema für die Grünen, es war auch im Bundesvorstand immer unterbesetzt. Das liegt zum einen daran, daß es kein brisantes Tagesordnungs-Thema ist, daß frau sich aus diesem Grund als Grüne mit diesem Thema auch nicht profilieren kann und damit, daß es den Sachzwang gibt, sich mit brisanten Themen des Tages auseinandersetzen zu müssen. Es gab in der Bundestagsfraktion einen Arbeitskreis dazu, der aus eben diesen Gründen versandet ist. Meine Schwerpunktthemen sind Frauenpolitik und Selbstverwaltung, weil für mich beides miteinander zusammenhängt. Allerdings sind wir immer noch zu wenig Leute, als daß ich das Thema so behandeln könnte, wie ich es gerne täte.

CONTRASTE: *Eines Eurer Themen heißt „Schritte zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung". Ist es dazu nicht wichtig und ratsam, Projekte, die konkrete Schritte in diese Richtung unternommen haben, in die Diskussion miteinzubeziehen und mit ihnen in einen Dialog zu treten?*

Auf Bundesebene keine organisierte Diskussion

Rolf: Auf der regionalen Ebene läuft dazu eine ganze Menge. Die regionale Koordination, z.B. beim Netzwerk Niedersachsen, läuft mit den Grünen zusammen. In der Niedersächsischen Landtagsfraktion ist jetzt Thea Dückert, die vorher im Netzwerk Oldenburg/Bremen gearbeitet hat. Auf Bundesebene ist das, so wie ich es mitbekommen habe, sehr schwierig.

CONTRASTE: *Michael Rätsch, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, hat z.B. die Einladung zum Workshop 4 Tage vor der Veranstaltung bekommen.*

Regina: Dann verstehe ich nicht, warum gerade Michael aus dem Verteiler rausgefallen ist. Es ist so, daß wir sicherlich nicht jeden erreicht haben, aber die Veranstaltung war zwei Wochen vorher in der taz groß angekündigt, es sind 7.000 Einladungen verschickt worden, und wenn Michael Rätsch das nicht auch irgendwo anders gehört hat, dann wundert mich das, weil so vernetzt ist die Bewegung inzwischen, daß es genug Netze gibt und daß es mich wundert, wenn gerade er durch dieses Netz durchgefallen sein soll.

CONTRASTE: *Er hat. Er hat. Vom Prinzip her: Es hat sich ja inzwischen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke gegründet, die auch ein wichtiger Gesprächspartner der Bundesgrünen sein muß.*

Rolf: Also, ich denke, das ist das Dilemma. Es hat bisher ja – auch im Zusammenhang mit Länderprogrammen – ganz konkrete Finanzanträge gegeben. Nur auf der Bundesebene hat es da in diesem Zusammenhang keine organisierte Diskussion gegeben. In Niedersachsen wurde im Zusammenhang mit einem ganz konkreten Projektantrag ja lange diskutiert: Wie kann man Richtilinien machen, wie kann man die so gestalten, ohne daß man sich einfach den Bedingungen unterwirft.

Regina: Ihr macht das sehr stark am Bundesvorstand oder einzelnen Personen fest. Es gibt sehr viele Beispiele für eine Zusammenarbeit von Selbstverwaltung und Grünen auf regionaler Ebene. Was nicht passiert, sind die Gespräche auf einer etwas „höheren" Ebene, wo z.B. auch die Wittgensteiner Gespräche gezeigt haben, daß auf beiden Seiten noch viel zu viele Unterstellungen da sind.

CONTRASTE: *In Eurem Programm steht: „Wir schlagen zum Aufbau einer ökologischen, sozialen und demokratischen Wirtschaft vor". Wir haben uns schon gewundert, daß ihr das Wort Selbstverwaltung nicht benutzt.*

Regina:Wenn du Basisdemokratie zu Ende denkst, bist Du einfach bei Selbstverwaltung, die sehr viel mit einer anderen Kultur von Leben und Arbeiten zu tun hat. Daß sie im realen, politischen Alltagsgeschäft zu kurz kommt, liegt sicherlich auch daran, daß die Grünen praktisch eine ganz andere politische Kultur haben, die wenig mit Selbstverwaltung zu tun hat.

Eigeninitiative kommt immer nur dann, wenn es um Staatsknete geht

CONTRASTE: *Das Umbauprogramm schlägt regionale Entwicklungsfonds vor, die „auch für cooperative Betriebsformen" sein sollen. Wie weit seid Ihr mit dem Aufbau dieser Entwicklungsfonds und mit wem wollt ihr das machen, wenn nicht – wenigstens partiell – mit Selbstverwaltungs-Einrichtungen?*

Rolf: Das Umbauprogramm ist – jetzt so kurz vor den Wahlen – sehr haushaltsimmanent vorgestellt worden. Das wäre ja eine grundsätzliche Frage, ob man soziale Umbauprogramme so nennen darf, wenn sie sich auf die Logik eines vorgegebenen Haushaltsrahmens beschränken. Ich denke, die Grünen sind sich einig darüber, daß Selbstverwaltungsstrukturen gefördert werden. Es fehlt allerdings auch die Eigeninitiative der Selbstverwalteten Betriebe auf die Grüne Partei, die eigentlich immer nur dann kommt, wenn es um Staatsknete geht, aber nicht in Bezug auf das inhaltliche Grüne Programm. Ein anderer Punkt sind die gewerkschaftlichen Arbeitskreise bei den Grünen: Vordergründig widerspricht der Selbstverwaltungs-Gedanke gewerkschaftlichen Forderungen. Wir müssen aber Widerstandsformen in den Betrieben – sofern sie überhaupt vorhanden sind – erweitern. In diesem Dilemma ist es unsere Aufgabe, Spielräume zu erweitern und nicht – als relativ kleine Partei – sozusagen die neue Gesellschaft vorwegzubestimmen. Es ist bei den Grünen abhängig von denen, die aus Projekten kommen, ob sie dieses Thema stärker emotional besetzt halten.

CONTRASTE: *Aber vielleicht auch politisch und sachlich in einem Sinne, wo gar nicht verschwiegen wird, daß die sozialen Bedingungen in den Betrieben und Initiativen oft miserabel sind und daß mit Staatsknete oft soziales Elend finanziert wird, weil die Staatsknete-Modelle auch so darauf aufbauen, daß ein Arbeitsmarkt 2. oder 3. Klasse letztendlich auch entsteht. Da stellt sich dann die Frage – z.B. bei der Frauenstiftung: Werden solche Überlegungen auch im Rahmen einer Frauenstiftung eine Rolle spielen? Wie wird es bei einer Frauenstiftung möglich sein, Entscheidungen zu treffen für Vorhaben vor Ort. Unsere Erfahrungen mit Staatsknete waren immer die, daß es sehr schwierig ist, Entscheidungen vor Ort transparent zu machen.*

Regina: Es gab Versuche, Projekte und Selbstverwaltungsansätze zu stärken und soziale Verantwortung an die Leute zurückzugeben, wie das z.B. Michael Opielka favorisiert. Diese Debatte bricht – gerade im Rahmen von Frauen- und Sozialpolitik – immer wieder auf, und natürlich gibt es da auch Kontroversen, bei der Diskussion um die Mütterpolitik ist das wieder sehr deutlich geworden. Zu den Projekten: Gerade Staatsknete, ABM u.ä. haben zur Abhängigkeit der Projekte geführt, und von der grün-nahen Stiftung erwarten sich diese Projekte jetzt eine Art Grundfinanzierung, die Absicherung bestehender Zusammenhänge, was auch innerhalb der ‚Frauenanstifterinnen' ein umstrittenes Thema ist. **Ein** Schwerpunkt der Frauenstiftung wäre für mich beispielsweise das Thema ‚Feminismus und Ökologie' und die Auseinandersetzung zuallererst mit dem Maria-Mies-Ansatz, also dem zurück zur Subsistenzwirtschaft, weil gerade hier die politischen Gegensätze deutlich werden. Die Einbindung der Projekte in die Frauenstiftung ist daher schon gewährleistet, als daß die Idee dazu ja aus Projekten kommt. Was ich mir nicht vorstellen kann, sind Projekte-Treffen, auf denen die Gelder der Gießkanne verteilt werden. Es kann nur nach Kriterien entschieden werden, wer gefördert wird, und an diesen Kriterien arbeiten wir zur Zeit.

Angleichung der Modelle

CONTRASTE: *Wie sollen die Strukturen einer Frauenstiftung aussehen? Wie soll entschieden werden, soll sie zentral oder dezentral aufgebaut sein?*

Regina: Ich bin für ein Mischmodell, wobei ich konkret noch nicht weiß, wie das aussehen soll. Die Frage zentral/dezentral ist immer falsch angegangen worden. Dezentral ist nicht unbedingt mit basisdemokratisch gleichzusetzen, da hat es ja inzwischen auch ein Stück Angleichung der Modelle gegeben. Wenn du nun die Gelder auf Länder verteilst, wird ein Macht- und Verteidigungskampf entstehen, der von den Frauen einfach nicht zu leisten ist, und es wird wieder nicht um Inhalte gehen. Eine der ersten Aktivitäten der Frauenstiftung wäre ein bundesweites Treffen, auf dem Schwerpunktthemen festgelegt werden, wonach ein Vergabegremium, das für mich aus Einzel- und Projektfrauen besteht, über die Gelder entscheidet.

Podium beim Stiftungs-Workshop Interviewpartner Regina Michalik und Rolf Grösch (v.r.) *Foto: CONTRASTE*

CONTRASTE: *Die Rolle der Grünen im Zusammenhang mit Projekten und in Bezug auf die Stiftung könnte doch auch einmal über die der Geldgeberin hinausgehen? Welche Pläne gibt es da nach dem Workshop?*

Regina: Themenorientiert gab es diese Diskussionszusammenhänge schon immer. Es hat zu fast jedem Inhalt eine Debatte mit Projektvertreter-Innen gegeben. Gerade in der Stiftungsdebatte ist deutlich geworden, daß es nicht **das** Interesse der Frauen und **das** der Grünen gibt, sondern daß die Widersprüche des politischen Ansatzes innerhalb der Gruppierungen zu suchen sind, und daß es sicherlich zu ganz neuen Konstellationen kommen wird. Es wird jetzt endlich – beispielsweise anhand der Frauenstiftung – inhaltlich diskutiert. Die GeldgeberInnen-Funktion der Grünen hat sich aus der Zusammenarbeit mit den Projekten entwickelt, die diesen Anspruch an die Grünen herangetragen haben mit der Begründung, sie haben die Inhalte erarbeitet. Das geht nicht nur von den Grünen aus. Die Frauen haben beschlossen, auch über den September hinaus an Inhalten zu diskutieren. Die bundesweiten Zusammenhänge sind genau das, was gerade der Frauenbewegung gefehlt hat. Frau wird zunächst eine kritische Bestandsanalyse von 15 Jahren Frauenbewegung machen, um dann an der Weiterentwicklung zu arbeiten.

Sich in grüne Zusammenhänge einmischen

CONTRASTE: *Ihr habt auf der Pressekonferenz dazu aufgerufen, daß sich alle Bewegungen auf dem Parteitag im September einmischen sollen. Wie können sie das, wenn sie kein Stimmrecht haben?*

Regina: Das stimmt schon. Mir fiel nur auf – jetzt auch wieder auf dem Workshop – daß eine große Unwissenheit darüber besteht, daß es möglich ist, sich in grüne Zusammenhänge einzumischen. Zwei weitere zentrale Möglichkeiten werden die Bundesfrauenkonferenz im November und der Strategiekongreß im Frühjahr sein. Hier besteht einhellige Meinung darüber, daß eine Perspektiv-Debatte mit den Bewegungen passieren soll, weil die Grünen sich nicht allein die Perspektiven aus der Tasche ziehen können, was auch garnicht sinnvoll ist. Außerdem hat es auf der letzten Bundesversammlung den Beschluß gegeben, die Kreisverbände über alle Stiftungs-Initiativen zu informieren. Die fehlende Infrastruktur der Bewegungen kann teilweise durch die der Grünen, z.B. durch den Kreisrundbrief, aufgefangen werden.

Rolf: Ich denke, man muß es – vielleicht auch selbstkritisch – so sehen, daß die bundesweiten Bewegungen im Moment gezwungen sind, nach außen hin etwas vorzutäuschen, was eigentlich gar nicht mehr da ist. Unsere Einschätzung ist eigentlich die, daß die Kraft der Bewegung momentan nicht ausreicht, auch noch aus den Projekten zu möglichen Treffen zu fahren. Und die Erwartungen der Bewegungen müßten für eine Stiftungsbegründung schon ein Gesamtinteresse beinhalten. Das Gefährlichste wäre, wenn eine Stiftung mit äußerst knapper Mehrheit beschlossen wird und, mit permanentem Störfeuer von allen Seiten ausgestattet, anfängt zu arbeiten. Und ich sehe nach wie vor große Probleme mit der Bundestagsfraktion. Es ist ein demokratisches Unding, daß man bis auf Helmut Lippelt von keinem Abgeordneten etwas hört.

Regina: Das ist allerdings ein Skandal.

CONTRASTE: *Es gibt ja das Gerücht, daß sich die Böll–Initiative den Frauen anbiedert.*

Regina: Sie haben es versucht, aber es gibt einen Boykottaufruf zur Böll-Initiative. Inzwischen arbeiten dort weniger Frauen mit, aber es ist auch ganz klar, daß nie alle Frauen für eine Frauenstiftung sein werden, dafür sind einfach die politischen Unterschiede zu groß. Jetzt ist die Böll-Ini darauf gekommen, uns einen unabhängigen Bereich anzubieten; die lernen natürlich dazu. Aber ein unabhängiger Bereich und eine Frauenstiftung sind immer noch zweierlei Dinge.

Rolf: Was bei der Böll–Initiative immer auffällt, ist, daß die meisten aus NRW kommen. Ich denke, NRW fängt gerade wieder an, darüber nachzudenken, wie ein organisierter Zusammenhang im Land aussehen könnte. Wäre das früher geschehen, hätte es auch den Ärger mit der Böll-Stiftung so nicht gegeben. Doch mittlerweile scheint es sogar in Hessen soweit zu sein, daß die Leute sich an einen Tisch setzen können, sogar aus verschiedenen Strömungen.

CONTRASTE: *Inwieweit nehmen die Grünen die Inhalte der CONTRASTE ernst?*

Rolf: Ich glaube, die meisten Grünen kennen die CONTRASTE gar nicht, was wohl mit den Papierfluten und dem dadurch bedingten Medienstau zusammenhängt. Die Partei–Zeitung, das Denken im Sinne der Grünen wird immer zentraler, was auch damit verbunden ist, daß neue Mitglieder nur noch selten aus Projektzusammenhängen kommen und für sie die Grünen die einzige politische Erfahrungsgruppe sind. Die, die mit Projekten zu tun haben, werden sich natürlich für die CONTRASTE interessieren.

Regina: Die Grünen werden sich jetzt nicht automatisch durch die Stiftung mit der Selbstverwaltung auseinandersetzen. Selbstverwaltung und grüne Kultur – das hat in der Praxis nichts miteinander zu tun.

Eine der letzten Chancen

Rolf: Die Stiftung darf mit den Grünen direkt als Partei nichts zu tun haben. Wenn die Bewegung allerdings indirekt dadurch gestärkt wird, dann denke ich, ist das eine Chance, daß die gestärkte Bewegung auch viel selbstbewußter an die Partei herantritt. Diesen Konflikt lösen wir aber nicht durch eine Stiftung. Ich denke, es ist jetzt überhaupt eine der letzten Chancen, in den nächsten 1 oder 2 Jahren eine Stiftung durchzusetzen, in der die Grünen nicht die Mehrheit haben. Das merkt man ja auch an der Bundestagsfraktion, daß die Partei „DIE GRÜNEN" eine immer zentralere Rolle spielt.

Regina: Es wird immer stärker sinnlich erfahrbar, warum das Thema Selbstverwaltungswirtschaft bei den Grünen eine so geringe Rolle spielt. Seht Euch das Hochhaus Tulpenfeld an, seht Euch eine Fraktionssitzung an, ein Büro oder wie die Struktur der Fraktion sich verändert: Inzwischen schreitet da die Hierarchisierung immer stärker fort; so daß die nicht auf den Gedanken kommen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, außer auf dem Hintergrund der Schaffung von Arbeitsplätzen. Und sie verstärken diese Strukturen ja immer noch selber. Die kulturelle Krise der Grünen ist nicht zu übersehen; bestimmte Inhalte spielen keine – oder nur noch eine zweitrangige – Rolle.

Produktivgenossenschaften in der BRD ~ vergessen oder verhindert

Armin Höland

Red. Freiburg Bummelt man am Schaufenster des deutschen Rechtsformenangebots vorbei, dann muß man schon aufmerksam hineinschauen, um die Genossenschaften hinter den Lieblingskreationen des Wirtschaftspublikums zu entdecken, hinter Einzelkaufmann, offener Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft einschließlich der besonders beliebten GmbH & Co. KG, hinter GmbH und Aktiengesellschaft. Sucht man dann aber nach der weiland so gerühmten , so leidenschaftlich diskutierten Produktivgenossenschaft, dann muß das Auge viel Geduld und Scharfsicht aufbringen, um sie in Spuren, ganz hinten, kurz vor den Ladenhütern auszumachen. Woran liegt es, daß die Produktivgenossenschaften – sie sind in § 1 Abs. 1 Ziff. 4 des Genossenschaftsgesetzes definiert als „Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkauf derselben auf gemeinschaftliche Rechnung" – im deutschen Rechtsformenangebot praktisch keine Rolle spielen?(1984 noch 21 Exemplare). Anders gesehen: Es gibt keine zweite Rechtsform, die sich so selten verwirklicht hat. Selbst der wirtschaftliche Verein im Sinne des § 22 BGB – eine andere große Rarität – hat stärkere Verbreitung gefunden als die Produktivgenossenschaft.

Entweder gibt es keine Nachfrage nach Produktivgenossenschaften, warum sollte man sie dann ausstellen? Oder es gibt kein Angebot, woher sollte dann die Nachfrage kommen?

Wir wollen dieser simplen Marktlogik die Behauptung gegenüberstellen, daß es durchaus Nachfrage gibt, die sich dennoch nicht in ein Angebot umsetzt. Dazu die folgenden Überlegungen:

Die tatsächliche Zahl der Produktivgenossenschaften ist wesentlich höher als ihre rechtliche Zahl

Es gibt in der Bundesrepublik wesentlich mehr als die 21 in der Statistik gezählten Produktivgenossenschaften. Dies beruht nicht auf einem Zählfehler, sondern auf einem Formfehler. Die meisten der neuartigen kleinen Gemeinschaftsunternehmen sind von ihren Entstehungsbedingungen und von ihren Organisationszielen her Genossenschaften. Sie entziehen sich der statistischen Wahrnehmung nur deshalb, weil sie rechtlich anderswo unterschlüpfen, weil sie sich als Gesellschaften bürgerlichen Rechts, als GmbHs oder als Kombination, etwa von Verein und GmbH, tarnen.

Die verkehrte Rechtsform – ein umgekehrter Gestaltungsmißbrauch

Dieses Ausweichverhalten ist in gewisser Hinsicht das Gegenteil von dem, was man sonst als „Gesetzesumgehung" oder im Steuerrecht als „Gestaltungsmißbrauch" (§ 42 AO) Bezeichnet: Wer ein bestimmtes wirtschaftliches Ziel auf dem falschen Wege erreicht, wird so behandelt, als habe er den richtigen, für dieses Ziel typischen Weg, eingeschlagen. Einfacher gesagt: Wer auf billige Weise an ein teures Ziel gelangen will, muß nachzahlen. Bei den verhinderten Produktivgenossenschaften verhält es sich gerade umgekehrt. Sie nutzen ebenfalls nicht die Mittel, die ihnen die Rechtsordnung zur Verfügung stellt, hier aber geht die Abweichung zu ihren Lasten.

Die Genossenschaft ist eine behütete Rechtsform

Es gibt für kleine Genossenschaften unbestreitbar einige unangepasste und unbequeme Regelungen. Die wesentlichen Hemmnisse liegen aber offenbar nicht darin, sondern in der Tatsache, daß die Genossenschaft eine behütete Rechtsform ist. Sie wird, ebenso wie ihre Schwestern, die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, verbandlich verwaltet – ein Unikum im Gesellschaftsrecht der Bundesrepublik. Seit 1934 lautet der § 54 Abs.1 des Genossenschaftsgesetzes: „Die Genossenschaft muß einem Verband angehören, dem das Prüfungsrecht verliehen ist (Prüfungsverband)". Und seit demselben Jahr verlangt § 11 Abs. 2 Ziff. 4 GenG für die Eintragung „die Bescheinigung eines Prüfungsverbandes, daß die Genossenschaft zum Beitritt zugelassen ist, sowie eine gutachterliche Äußerung des Prüfungsverbandes, ob nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der Genossenschaft, eine Gefährdung der Belange der Genossen oder der Gläubiger der Genossenschaft zu besorgen ist".

Mit dieser, auch im europäischen Vergleich einmaligen Koppelung von Verbandsmitgliedschaft, Prüfungspflicht und Eintragungsvoraussetzung kommt den Verbänden eine mächtige Hüterposition zu. Ohne Mitgliedschaft kein Gründungsgutachten, ohne Gutachten keine Eintragung, ohne Eintragung keine Rechtsfähigkeit.

Wie jede Behütung ist das Ergebnis zwiespältig, es beinhaltet sowohl Schutz als auch Kontrolle.

Die Genossenschaft ist eine unbekannte Rechtsform

Aber: Wie kann etwas, wovon es mehr als 10.000 Unternehmungen, knapp 14 Millionen Mitgliedschaften und drei medienwirksame Spitzenverbände gibt, unbekannt sein?

Die These läßt sich aufrechterhalten, wenn man nicht auf das **populäre** Wissen über Genossenschaften abstellt, sondern auf das für die Existenzgründung viel bedeutsamere **fachliche** Wissen über Gründung, Statutengestaltung, Mustersatzung, Prüfungskriterien der Verbände, steuerliche Situation usf. Das Organisationswissen ausserhalb der Verbände ist dürftig. Genossenschaftsrecht und -wirtschaft führen in der Juristenausbildung dasselbe Mauerblümchen-Dasein wie in der Ausbildung von Volks- und Betriebswirten, in der Wirtschafts-, Arbeits- oder Sozialverwaltung oder auch bei den meisten freien oder verbandlichen Unternehmensberatern. Darin liegt **eine** Erklärung: Wer über etwas nicht Bescheid weiß, wird dazu nicht raten.

Die gesetzliche Genossenschaft ist für Produktivgenossenschaften zu groß

Produktivgenossenschaften des heutigen Zuschnitts sind für das Genossenschaftsgesetz zu klein; andersherum betrachtet: Das Genossenschaftsgesetz verlangt von solchen kleingewerblichen Zusammenschlüssen zu viel.

Die meisten rechtlichen Anforderungen sind aus der Entstehungsgeschichte der Genossenschaften heraus verständlich. Historisch gesehen waren die Genossenschaften Rechtsformen für kleine Leute, für Handwerker, Arbeiter und Bauern. Qualifiziert man die „kleinen Leute" unter den Gesichtspunkten des Gläubigerschutzes und der Verkehrsinteressen näher, muß man feststellen, es waren erstens arme Leute, zweitens Leute ohne Geschäftserfahrung und drittens Leute, für die keine wirtschaftliche Unterstützungsstruktur bereitstand.

Auf diese Grundbedingungen hat sich die rechtliche Konstruktion der Genossenschaft eingestellt durch ihre Vorschriften über eine relativ große Mindestzahl, über das interne Kontrollorgan des Aufsichtsrates, über die seit 1889 existierende Pflichtprüfung und über die Zwangsmitgliedschaft in einem Prüfungsverband (die entgegen der Optik keine Erfindung der Nazis war).

Die wuchtigen Regulierungen des Genossenschaftsgesetzes sind durch die tatsächliche Entwicklung verstärkt worden. Genossenschaften sind im Laufe ihrer Entwicklung, zumindest in der Nachkriegsepoche der Bundesrepublik, immer weniger und immer größer geworden.

Kritikwürdig am geltenden gesetzlichen Modell ist aber nicht das Modell an sich, sondern sein Mangel an Differenzierung zwischen Groß und Klein. Für Kleingenossenschaften muß für Entlastung vom Regelungsdruck gesorgt werden, etwa nach dem Vorbild der französischen Arbeiterproduktivgenossenschaften.

Heimatsuche: Im Verband, im eigenen Verband oder gar nicht?

Fasst man die vorstehenden Überlegungen zusammen, so gibt es in der Bundesrepublik ein zwar kleines, aber dennoch von seiner wirtschaftlichen, arbeitsmarktlichen und rechtlichen Innovationsfähigkeit her beachtliches Potential an produktivgenossenschaftlichen Zusammenschlüssen, das sich nicht der entsprechenden Rechtsform bedient. Die Gründe hierfür liegen in den undifferenziert wuchtigen Anforderungen des Gesetzes, in der geringen fachlichen Bekanntheit dieser Rechtsform, insbesondere aber in den Einlaßschwierigkeiten an der Verbandspforte.

Sollte sich der gegenwärtig zu beobachtende „Dialog zwischen Tauben" nicht in eine fruchtbare Kommunikation überführen lassen, stellt sich die Frage, ob den Produktivgenossenschaften nicht mit einem eigenen Verband sowohl ein eigener Überbau als auch ein Platz innerhalb der genossenschaftlichen Verbandsstruktur eingeräumt werden könnte.

Leicht gesagt. Was würde ein solcher Zusammenschluß an rechtlichen Voraussetzungen erfordern?

Der Zusammenschluß als solcher zunächst gar nicht viel. Man kann einen Verein gründen. Er erfordert neben Idealität und allgemeiner Erlaubtheit der Ziele im wesentlichen nur die schon erwähnte alteuropäische Mindestzahl von sieben Mitgliedern.

Damit hat man aber noch keinen Verband im Sinne des Genossenschaftsgesetzes. Nach § 63 b Abs. 1 GenG soll ein Verband zwar die Rechtsform des eingetragenen Vereins haben. Schwieriger zu erfüllen ist aber der Absatz 2 dieser Vorschrift: „Mitglieder des Verbandes können nur eingetragene Genossenschaften und ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform solche Unternehmungen sein, die sich ganz oder überwiegend in der Hand eingetragener Genossenschaften befinden oder dem Genossenschaftswesen dienen."

Die Vorschrift macht einen zirkelschlüssigen Eindruck. Wie soll man etwas gründen können, wenn Voraussetzung dafür ist, daß man das bereits ist, was man erst nach der Verbandsgründung werden könnte, nämlich eine Genossenschaft oder doch ein von einer Genossenschaft getragenes Unternehmen?

Der Ausweg: Eine reizvolle Ansammlung von Ungewißheiten und Ungewöhnlichkeiten

Über zwei Auswege müsste man genauer nachdenken. Zum ersten könnte ein solcher neuer Verband tatsächlich aus dem Genossenschaftssektor heraus gegründet werden. Ein nach dem gegenwärtigen Beziehungsstand sicherlich nicht einfaches Ansinnen.

Der zweite Weg bestünde darin, dem Merkmal „oder dem Genossenschaftswesen dienen" eine außerordentlich großzügige Auslegung zukommen zu lassen.

Hat man diese Hürde geschafft, steht man vor einer noch höheren, dem Prüfungsrecht. Es wird dem Verband nach § 63 GenG durch die zuständige oberste Landesbehörde verliehen, in Bremen etwa durch den Senator für Wirtschaft und Außenhandel. Allerdings

- muß der Verband die Gewähr für die Erfüllung der von ihm zu übernehmenden Aufgaben bieten;
- kann die Verleihung abgelehnt werden bei fehlendem Bedürfnis für die Prüfungstätigkeit des Verbandes;
- kann die Verleihungsbehörde das Prüfungsrecht von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig machen, insbesondere von ausreichender Versicherung gegen Schadensersatzansprüche.

Weiterhin verlangt das Gesetz in § 63b Abs. 5 GenG, daß dem Vorstand mindestens ein Wirtschaftsprüfer angehören soll, oder ansonsten ein Wirtschaftsprüfer als besonderer Vertreter im Sinne des § 30 BGB bestellt sein muß. Von diesem Erfordernis kann dem Verband allerdings für eine bestimmte Zeitdauer Dispens erteilt werden.

Wie man sieht, eine reizvolle Ansammlung von Ungewißheiten, Ungewöhnlichkeiten, unbestimmten Rechtsbegriffen und vielen Unbekannten auf Behörden-, Genossenschafts- und Szene-Seite – wer wollte da untätig bleiben?

Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt: Der Lindenhof

Vom 29.8. bis 10.10.1987 dauert die Ausstellung über die Siedlungsgenossenschaft Lindenhof. Sie kann täglich besucht werden zwischen 15.00 und 19.00 Uhr im Lindenhof in der Suttnerstr. 16, außer Montag. Unter dem Motto „Das war 'ne geschlossene Gesellschaft hier" zeigt die Berliner Geschichtswerkstatt die Entwicklung des Lindenhofs vom Baubeginn 1918 bis zum Ende der Wiederaufbauphase 1958. „Aufhänger" sind die verschiedenen Lebensgeschichten von Männern und Frauen aus den Jahrgängen 1910, 1920 und 1930. Lokal- und allgemeinhistorische Ereignisse unterbrechen den Verlauf der Lebensgeschichten und ergänzen das Bild einer bestimmten Zeit.

Auskünfte und Informationen gibt die Berliner Geschichtswerkstatt, Goltzstr. 49, 1000 Berlin 30, Tel. 030/215 44 50. Mit ihr können Führungen vereinbart werden. Ein Buch zur Ausstellung, ebenfalls mit dem Titel „Das war 'ne geschlossene Gesellschaft hier", ist dort oder beim Dirk Nishen Verlag in Berlin zu bestellen. Mit 250 Fotos und Abbildungen der Ausstellung kostet es DM 20,–.

Burghard Flieger

Eine Genossenschaft in Gründung

Die **Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft** will für Arbeitslose (bes. Jugendliche ohne Abschluß, Frauen) sich selbst tragende Dauerarbeitsplätze schaffen.

An bestehende Qualifikationen anknüpfend entstehen Projekte in den Bereichen.
–Maler-/Anstreicher
–Bau-/Ausbau und
–Graphik.

Aus Gewinnen werden neue Projekte geschaffen. Als Holding übernimmt die Genossenschaft z.B. zentrale Dienste, Akquisition und Rechnungswesen. Jeder Mitarbeiter ist Mitglied mit gleicher Stimme. Daneben gibt es Fördermitglieder. Nähere Hinweise:
Walter Kluth
Försterstraße 29
5000 Köln 30
0221 / 5503343

Stellenmarkt

Jobs

Schlossermeister, Fachrichtung Bauschlosserei, mit Berufserfahrung, sucht in Berlin Tätigkeit im Bereich Selbstverwalteter Produktions- oder Ausbildungsbetriebe.
Chiffre: 36879

Wir suchen Kollegen für die Kraftfahrerei mit längerfristigem Interesse an selbstverwaltetem Arbeitsplatz.
huckepack GmbH Fachspedition Naturwaren · Umzüge
Behringstr. 14, 2000 Hamburg 50

Malerin (ABM-berechtigt) für stadtteilbezogenes Projekt mit arbeitslosen Jugendlichen gesucht. Verein für Soziale Arbeit.
Tel. (040) 630 81 00

SchreinermeisterIn gesucht für Selbstverwalteten Betrieb in Oberbayern; Massivholzverarbeitung; Restaurierung; ab sofort
Hasselmann, Erhard, Höhn
Edlingerstr. 58
8209 Baierbach/b. Rosenheim
Tel. (08036) 21 38

Arbeit in kleinem Kollektiv!
Wir machen Gestaltung und Klein-Offset-Druck vorzugsw. für Recyclingpapiere und suchen einen Menschen mit Erfahrung im Druck. Außerdem sollte ihm/ihr Raum für Eigeninitiative und Spaß an Arbeit mit längerfr. Perspektive wichtiger sein, als große Scheine auf dem Gehaltskonto. FORUM Druck & Verlag, Striehlstr. 11, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 32 04 92.

Wir suchen für Verkauf/Vertrieb Marketing engagierte-n MitarbeiterIn. Erwartet werden gute kaufmännische Grundkenntnisse, Organisations- und Verhandlungstalent.
Wir sind Hersteller und Großhandel für umweltfreundliche Produkte insbesondere aus vup-Umweltschutzpapier.
Wenn Du Mut hast, Dich in einem Selbstverwalteten Betrieb mit ca. 20 MitarbeiterInnen einzubringen, setze Dich mit uns in Verbindung.
Chiffre Wechsel

Genossenschaftlicher Prüfungsverband sucht 3 ABM-berechtigte BeraterInnen für Mitarbeit in Genossenschaftsinitiativen. Erwartet werden durch Ausbildung und praktische Tätigkeit nachgewiesene Kenntnisse in Buchführung, Jahresabschluß und Wirtschaftsplanung. Mit Hilfe der BeraterInnen sollen ein betriebliches Rechnungswesen und eine umfassende Wirtschaftsplanung in Gründungsgenossenschaften aufgebaut werden. Vorausgesetzt wird die Fähigkeit, sich in unterschiedliche Geschäftsbetriebe (z.B.: Energieversorgung, Wohnen, Reisen, Naturkost, Bildung) einzuarbeiten. Die Tätigkeit soll jeweils über 6 bis 18 Monate an wechselnden Einsatzorten in der Bundesrepublik und West-Berlin erfolgen. Voraussichtlicher Beginn ist der 1. Oktober 1987.
Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Adenauerallee 21
2000 Hamburg 1
Tel. (040) 24 00 04

Stellensuche

Mädchen (bald 18) sucht dringend Arbeitsplatz oder Lehrstelle in Selbstverwaltetem Betrieb. Interessiere mich für Schneiderei/Gärtnerei/Kochen und Kunst. Bin bereit alles zu erlernen und überall hinzuziehen.
Uli Stange, Rosengasse 5, 6438 Ludwigsau 1, Tel. (06621) 77725

Verlagskaufmann (25) sucht dringend Arbeit, in selbstverwalteten Buch oder Zeitschriftenverlag oder Buchladen. Andreas Fischer, Hoffstr. 4, 3000 Hannover 21
Tel. (0511) 75 47 73

Ich suche Menschen, die in einem Selbstverwalteten Biologisch-Landwirtschaftlichen Betrieb (ohne Tierhaltung, da Vegetarier) arbeiten, zusammen leben und aktiv sind. Mein Beitrag in so einer Gemeinschaft ist nur meine Arbeitskraft und Idealismus. Wenn es solche Menschen gibt, bitte meldet Euch bei mir.
Jörg Falkus, Reper Weg 4
5952 Attendorn
Tel. (02722) 23 64

Schreinermeisterin sucht Arbeit in Kollektivbetrieb oder ähnliches im Raum Tübingen. Habe auch Interesse an Leuten und gebrauchten Maschinen zwecks Neugründung oder Übernahme.
Christiane Tel. (07071) 4 96 40

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). Private Stellengesuche sind kostenlos! Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere 5 DM. Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb. Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin, jeweils zum 15. des Monates. Chiffreanzeigen kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name . . . . . .

Straße/PLZ/Ort . . . . . .

Telefon . . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

FORUM BERUFSBILDUNG
Das neue Kursjahr beginnt im September/Oktober
9 bis 12monatige Fortbildungslehrgänge
NATURKOST
NATURSCHUTZ
ÖKOLOGISCHES BAUEN
BETRIEBSWIRTSCHAFT
für Klein- und Mittelbetriebe
Gründung und Führung von
SOZIALPROJEKTEN
Kostenübernahme durch das Arbeitsamt bei Erfüllung der individuellen Voraussetzungen möglich
FORUM BERUFSBILDUNG
Hedemannstraße 12, 1000 Berlin 61
Tel. 251 10 35, Mo–Fr 9.00–13.00 Uhr

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch-NRW: im Oktober! Adressen, Berichte, Literatur, Tips.
Frauen, Arbeit, Zukunft e.V.
Postfach 278, 4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 83 60 54
(ca. 300 Seiten, ca. 16,80 DM)

Reisen

Segeln mit Vollwertkost Balearen, Kanaren-Karibik 350,–/Wo ganzjähr. Segeln lernen i. NL a. Jollen, Yachten, tolle Oldtimertörns.
Yachtcharter Victor Jara
Tel. (02325) 3 61 31

Zum Verkauf

Vollkornbäckerei in Berlin zu verkaufen. Jahresumsatz ca. 330.000 DM; Ausbaufähig. VP 50.000 DM.
Chiffre: Stahlzahn

Von Privat: ehemalige Dorfkneipe Bj. 1912, 146 qm Wohnfläche; 6 Zimmer + Küche + Bad, Garten 400 qm, Obstbaumwiese + Terrasse 550 qm, gesamt 1.306 qm; biol. Garten seit 10 Jahren; Tierhaltungserprobt, 50 km bis Ffm; in der Wetterau,
Tel. (06043) 4668 o. (06402) 1438

Kleine Siebdruckerei, komplett eingerichtet, mit eigener Repro- und Grafikausstattung zu verkaufen. Ein Kundenkreis ist auch vorhanden. Zuschriften bitte an:
Repro-Grafik Werkstatt
Bereiterangerstr. 4
8000 München 90

Welches Kollektiv möchte **Restaurierwerkstatt übernehmen?** Wir sind gut eingeführt, 5 Jahre alt und würden beim Einarbeiten helfen. VB 30.000 DM. Standort: Berlin. Chiffre: Holzwurm

Bauernhof frei für Projekt. Bislang genützt als Kinderkleinstheim, evtl. mit Land (umgestellt biol. organisch) 12ha, Scheunen, Stallungen etc. Direkt am Stadtrand von Herford.
Tel. (05221) 2 24 00

Restbestände aus **Fahrradanhänger-Produktion**, Modell Wipo 2000 Einradanhänger, günstig abzugeben. Teile für ca. 80 Anhänger vorhanden, es fehlen Deichseln, Kisten u. Räder. Fahrradladen Drahtesel, Volgersweg 58, 3000 Hannover 1

Leute gesucht

Wer macht mit?
Ich suche Interessenten für den Aufbau eines Selbstverwalteten Betriebes im Bereich des Bestattungswesens auf genossenschaftlicher Grundlage. Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage seiner Mitglieder sowie alternativer Akzente für den Umgang mit dem Tod in unserer Gesellschaft.
Das Konzept sieht u.a. vor:
1. Entkommerzialisierung der Bestattungspraxis durch genossenschaftliche Unternehmenselemente.
2. Rückkehr zu vertretbaren Kosten.
3. Entwicklung einer Serviceleistung vom Sterbefall bis zur Grabpflege in einer Hand.
4. Alternative Bestattungsformen
5. Enttabuisierung des Umgangs mit dem Tod.

Kontakt: Rüdiger Reitz
Am Frohnacker 19
5330 Königswinter 21
Tel. priv. (02244) 47 04
dienstl. (0228) 532-286

Materialmappe

Heinz Schulze
Menschenfischer-Seelenkäufer
Evangeliade und fundamentalistische Gruppen und ihr Wirken in der 3. Welt
Materialmappe der AG SPAK, Mitherausgegeben von der asb, AMOS und ESG
128 Seiten, 10 DM
Bezug über AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Rezension

Erfaßt – Gemustert – Kriegsbereit

Graswurzelrevolution
Nr. 113/114, 1987
Sonderheft „Widerstand gegen die Wehrpflicht", 68 Seiten, DM 6,00
Vertrieb: GWR, Nernstweg 32
2000 Hamburg 50

Jüngst ging es durch die Presse: Die Zahl der Totalverweigerer ist erneut kräftig gestiegen. Totalverweigerung bedeutet die vollständige Ablehnung der staatlichen Wehrpflicht, angefangen mit der Erfassung über den Bundeswehr- oder Zivildienst bis hin zur Wehrüberwachung. Die Zeitschrift „Graswurzelrevolution" hat nun zum 30. Jahr der ersten Einberufung von Wehrpflichtigen in der BRD unter dem Titel „Widerstand gegen die Wehrpflicht" ein Sonderheft herausgebracht, das praktische Ansätze, Hintergründe und Diskussionen zur Wehrpflichtverweigerung in bisher einzigartiger Weise zusammenträgt.

Eingeleitet wird das Heft mit einem Plädoyer, den Widerstand gegen die „Kulturnorm Wehrpflicht" in der Friedens- und antimilitaristischen Arbeit verstärkt aufzugreifen: Hunderttausende sind von ihr betroffen und die ins Haus stehenden Verschärfungen (Verlängerung der Dienstzeiten, weniger Zurückstellungen und Ausmusterungen, Frauen zum Bund...) schaffen zusätzlichen Konfliktstoff. Nachdem im ersten Teil Informationen zur Wehrerfassung, Musterung bis hin zum Thema „Abhaun nach Berlin" gegeben werden, findet in zwei umfangreichen Themenblöcken die Auseinandersetzung mit Zivildienst und Bundeswehrzeit statt. Dabei wird politische Arbeit im Zivildienst und Bundeswehr keineswegs grundsätzlich abgelehnt, es werden Verbindungslinien geschlagen, die versuchen, Totalverweigerung und Widerstand in den Institutionen in einen Zusammenhang zu stellen.

Besonders berücksichtigt wird auch das Thema Repression und Solidaritätsarbeit mit wichtigen Anregungen für Betroffene und Unterstützergruppen. Neben dem Auslandsteil, in dem beispielhaft die Situation in Südafrika, Schweiz und Polen dargestellt wird, findet sich im historischen Teil ein Artikel, der es verdient besonders hervorgehoben zu werden: Dieter Brünn schildert die wenig bekannte Geschichte des Widerstandes amerikanischer Wehrpflichtiger gegen den Vietnamkrieg.

Kurz: Dies längst überfällige Heft ist jedem wärmstens empfohlen und für die politische Arbeit zur Kriegsdienstverweigerung unverzichtbar.

W.H.

S O N D E R A K T I O N
!!! FÜR CONTRASTE-LESER/INNEN !!!
Dieser neue Sammelband enthält neuere empirische Befunde und theoretische Überlegungen zu den Bestandsbedingungen und Zukunftsperspektiven der "Alternativen Ökonomie".
314 S./ 23,-
Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft
Johannes Berger, Maria Funder, Volker Domeyer, Lore Voigt-Weber
AJZ
mit Beiträgen von: Johannes Berger, Jan Priewe, Klaus Gretschmann, Klaus Novy, Wolfgang Beywl, Gerhard Fröhlich, Manfred Kaiser, Maria Funder, Lore Voigt-Weber, Volker Domeyer, Marlene Kück, Hans G. Nutzinger, Volker Teichert, Armin Höland, Reinhold Thiede, Michael Müller, Michael Berger und Manfred Gutzmer.
Bestellungen an: CONTRASTE-Vertrieb
Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1
!!! FÜR CONTRASTE-LESER/INNEN !!!

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.
Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr
Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!
blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Häuser atmen auf.
Holz lebt durch seinen warmen Ton, seine lebendige Struktur, seinen vertrauten Duft und seine angenehme Oberfläche. **Holz atmet** mit AURO Imprägniermitteln, Lasuren und Balsamen aus natürlichen Ölen, Harzen und Wachsen. **Wände sind unsere 3. Haut** durch ihre Wirkung auf das Raumklima, die Harmonie ihrer Farben und die Verwendung natürlicher Anstrichstoffe. **Biologische Wandgestaltung** mit AURO Wandfarben, Abtön- und Lasurfarben aus natürlichen Farbstoffen und Bindemitteln – frei von schädlichen Ausdünstungen, für das gesunde Haus. Der Natur vertrauen.
Die natürliche Antwort auf alle Fragen von Farbe und Fläche:
- Imprägnierungen, Holzlasuren, Bienenwachsbalsame
- Klar- und Decklacke
- Wandfarben, Abtönfarben, Kleber für Kork, Parkett, Linoleum und Teppich
- Biologische Reinigungs- und Pflegemittel
- Pflanzenfarben zum Malen und Gestalten

AURO
NATURFARBEN
AURO GmbH · Postfach 1220
3300 Braunschweig
Telefon 0531-895086

Tagungen...Seminare...Treffen

Johanneshof

Biologisch-dynamischer Gartenbau
Einführungsseminar in der Johanneshof-Gärtnerei
12. September 1987

Biologisches Bauen und Wohnen
Gesundes Raumklima, Wärmedämmung und Beheizung. Materialkunde und Bau eines gemauerten Ofens mit Lehmschale. Beispiele für Kachelofenbau.
26. bis 27. September 1987

Aktion Dritter Weg
Der Sozialismus Rudolf Steiners, die „Dreigliederung des sozialen Organismus" wird von der „Aktion Dritter Weg" in die Tat umgesetzt. So entstand ein Unternehmensverbund, der die Alternative zum „Kapitalismus" und zum „Sozialismus" tatsächlich praktiziert: Den „dritten" Weg.
19. bis 20. September 1987

Anmeldung & Information:
Johanneshof
2391 Freienwill/b. Flensburg
Tel. (04602) 270

Begegnungsstätte Bahnhof Ahrdorf

Sobi-Seminare in der Begegnungsstätte Bahnhof, 5378 Blankenheim, Tel. (02697) 4 56

Einführung in den Komplex Boden – die oberen Dezimeter unserer Erde, ihre Entstehung, Entwicklung und Fruchtbarkeit.
2. bis 4. Oktober 1987

Vollwertküche – für große und kleine Gruppen (Theorie und Praxis)
13. bis 15. 11.1987

ZWICKMÜHLE KULTUR-UND TAGUNGSHAUS MÜLLERSTEIGE e.V.

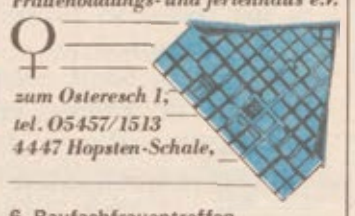
7117 Rappach 07946/8374

Selbstverwaltetes **Tagungshaus** mit ca. 16 Plätzen hat vor allem unter der Woche noch Plätze frei.
Wochenendseminare
Sing-workshop für „Unmusikalische" mit Körperarbeit, Entspannungstechniken und Anleitung zum Singen und Sprechen.
11. bis 13. September 1987

Gewässerökologie und Bachpatenschaften
Ein Seminar für Multiplikatoren mit praktischen Untersuchungen
2. bis 4. Oktober 1987

Information & Anmeldung:
Zwickmühle
7117 Bretzfeld-Rappach

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



6. Baufachfrauentreffen
9. bis 11. Oktober 1987

Wagen wir uns ran – Windenergie und Elektronik
25. bis 30. Oktober 1987

Das ausführliche Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag anfordern. Anschrift siehe oben.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube

Wald-STERBEN – Wald-LEBEN
21. bis 25. September 1987

Ökologisch orientierte Kommunalplanung
12. bis 16. Oktober 1987

Auf den Spuren eines Gewässers
19. bis 23. Oktober 1987

Wochenendseminare

Gewässergüte bestimmen
18. bis 20.9.87

Aus vollem Schrot und Korn
25. bis 27. September 1987

Sonnenkollektorselbstbau
16. bis 18.10.1987

Jugendhof Bessunger Forst

Frauenbildungsurlaub

Die Stärke der Frau
– Gewalt gegen Frauen –
– Selbstverteidigung für Frauen –
Gewalt gegen Frauen bezieht sich nicht nur auf körperliche Angriffe wie zum Beispiel Vergewaltigung, sondern sie ist ein Bestandteil unserer patriarchalischen Gesellschaft, der sich wie ein roter Faden durch jeden Lebensbereich der Frauen zieht:
– Gewalt in der Ehe
– Gewalt auf der Straße
– Gewalt in der Werbung
– Gewalt in der Sprache u.sw.
Der Bildungsurlaub besteht aus einem theoretischen Teil, in dem wir uns mit dem Gewalt-Begriff, mit der Opfer-Rolle der Frau, mit Alltagssituationen und mit eigenen Erfahrungen auseinandersetzen; und aus einem praktischen, „aktiven" Teil, in dem Selbstverteidigungstechniken gezeigt und geübt werden, ebenso wie Rollenspiele, Körperhaltung und Verhaltensweisen.
Der Kurs findet im Jugendhof Bessunger Forst statt, wird von der Selbstverteidigungstrainerin Sanne Helwig und einer Frau vom Jugendhof geleitet und kostet 150 DM incl. Übernachtung und Verpflegung. Weitere Informationen geben Margit Maul und Brigitte Hartwig vom Jugendhof

PC-Kurse für Einsteiger

Textverarbeitung I
17. bis 18. November 1987
Textverarbeitung II
18. bis 20. Dezember 1987

Intensivtraining:
Einführung und Vorbereitung
25. bis 27. September
Intensiv Kurs mit integrierter Software in Österreich
3. bis 10. Oktober 1987

Information und Anmeldung:
Jugendhof Bessunger Forst e.V.
Aschaffenburger Str. 183
6101 Roßdorf 1
Tel. (06151) 14 51 71

September:
Ausstellung im Gewerbehof Karlsruhe, Steinstr. 23:
John Heartfield
Reprints von Fotomontagen
Cafe Palaver, Kantine im GH

Verband Selbstverwalteter Projekte Württembergs in Gründung

Treffen zur weiteren Vorbereitung zur Verbandsgründung vom 19. bis 20. September in Tübingen, bei der CeBeeF
Anmeldung & Information:
WIR
Recksteinstr. 14
7453 Gauselfingen

Hamburger Seminare

Aus der Reihe „Die Schuldenbombe tickt...! Einführung in die Schuldenkrise der Dritten Welt", veranstaltet die Werkstatt 3 am 3. + 4. Okt. 87 ein Wochenendseminar. Themen. Der „rote Faden" der Schuldenkrise - einführende Darstellung/Kolonialismus und Entwicklungsmodelle für die Dritte Welt/Weltwirtschaftliche Entwicklung seit 1945/IWF-Auflagenpolitik für Schuldnerstaaten/Bedeutung internationaler Geldmärkte/Länderbeispiel.

Modalitäten: Teilnahmegebühr DM 50,- (incl. Material Mittagessen) Tagungsort: Werkstatt 3, Dauer jeweils 10 - 18.00 h.

Anmeldung: Schriftlich bei der Werkstatt 3, Matthias Schwark.

Frauen schaffen sich ihren Arbeitsplatz - ein Projektgründungskurs für Frauen, 15 Abende, donnerstags, ab 12. Novermber 1987, 19. Uhr.

Infos bei: Hildegard und Claudia, Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, HH 13, Tel. 44 49 60.

IFANOS

Institut für angewandte ökologische Studien

Ökologie im Haushalt
Energieverbrauch und Einsparmöglichkeiten im Haushalt, Besuch eines Energiesparhauses, Waschmittel, Reinigungsmittel und Kosmetika im Haushalt – Problematik und Alternativen.
Ort: Gröbenzell bei München
Termin 28. bis 29. Nov. 1987
Anmeldung bis 17. Oktober 1987

Anmeldung und nähere Informationen schriftlich oder telefonisch bei IFANOS, Austr. 14
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 44 08

AG SPAK

Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Die Arbeitsmarktlage für Behinderte in der BRD
25. bis 27. September 1987
Schloß Gnadental bei Kleve
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Kriminalpolitik

Neue Überwachungs- und Kriminalisierungstechniken und deren Bedeutung für die freie Straffälligenarbeit
2. bis 4. Oktober 1987
Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Treffen des Kriminalpolitischen Arbeitskreises (KRAK): Die „Wende" im Strafvollzugsgesetz
23. bis 25. Oktober 1987
Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften

Initiativgruppentagung
Beratung von Jugendwohngemeinschaften
September, Frille
Anmeldung & Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Herbsttreffen der Jugendwohngemeinschaften
8. bis 11. Oktober 1987
Bessunger Forst/Roßdorf
Anmeldung & Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Selbstverwaltete Jugendzentren

Herbstwoche mit Jugendlichen
1. bis 8. Oktober 1987
Bahnhof Göhrde
Anmeldung & Information:
Tiedeke Heilmann
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf

Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie

Genossenschaftswesen in Österreich
25. bis 31. Oktober 1987
Österreich
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Psychiatrie

Wen die Musen küssen... – Was die Kunst mit der Psychiatrie zu tun hat
Oktober, Kassel
Anmeldung & Information:
Gertrud Salm
Wissenschaftszentrum für Psychoanalyse, Gottschalkstr. 26
3500 Kassel

Stadtteilarbeit

Treffen der alternativen Mietervereine
25. bis 27. September 1987
Mühlheim/Ruhr
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Regionalseminar Gemeinwesenarbeit
Oktober, NRW
Anmeldung & Information:
Burkhard Luner
Fürstenwall 72
4000 Düsseldorf 1

Übergreifende Tagungen

Vertretertag der AG SPAK (Jahreshauptversammlung)
Wer redet mit Wem und Wer bestimmt Wer mit Wem reden darf? – die Kommunikation der sozialen Bewegungen untereinander
16. bis 18. Oktober 1987
Fronhausen/Lahn
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Erfahrungsaustausch zur Erwachsenenalfabetisierung
7. bis 9. Oktober 1987
Hamburg
Anmeldung und Information:
HEB
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 20

Lern-werkstatt

Selbstverwalt. **Tagungshaus** für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei. Unsere „Lernwerkstatt" hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- und Selbstverpfl., Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütl., herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. Entwicklungshelfer/innen. Info und Anmeldung: Lernwerkstatt e.V., Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. (06596) 5 51 und 10 31.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.- DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, eins...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:
Name, Vorname . . . . . .
Straße, Hausnummer . . . . . .
Ort . . . . . .

Spender/in:
Name, Vorname . . . . . .
Straße, Hausnummer . . . . . .
Ort . . . . . .
Datum, Unterschrift . . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1